

1 **Leitantrag zum Landesparteitag am 15./16.3.2025**

2 Antragsteller: Landesvorstand

3 **Kommunalpolitische Leitlinien**

4 **Einleitung**

5 **Für lebenswerte, sozial gerechte, friedliche und klimaneutrale Kommunen**

6 Die Linke in Nordrhein-Westfalen steht für eine Kommunalpolitik, die den Menschen in den
7 Mittelpunkt stellt. Wir setzen uns ein für lebenswerte, sozial gerechte, friedliche und klimaneutrale
8 Kommunen, in denen alle Menschen gute Lebensbedingungen vorfinden. Unser Ziel ist es, gut
9 bezahlte Arbeitsplätze, bezahlbaren Wohnraum und kostenfreie, barrierefreie Mobilität für alle zu
10 gewährleisten.

11 In den letzten fünf Jahren haben unsere Kommunalpolitiker:innen an vielen Orten bewiesen, dass sie
12 die Garantie für eine Kommunalpolitik im Sinne der Menschen sind: Sie haben verpflichtende Quoten
13 für geförderten sozialen Wohnungsbau durchgesetzt und somit tausenden Menschen bezahlbaren
14 Wohnraum gesichert. Sie haben die Kita-Gebühren gerechter gestaltet, auch wenn die Landespolitik
15 einer gebührenfreien Kindertagesbetreuung bisher noch im Weg steht, und damit Familien mit
16 niedrigen und mittleren Einkommen entlastet. Im Bereich der Mobilität haben wir uns für den Ausbau
17 des öffentlichen Nahverkehrs sowie sichere Fuß- und Radwege stark gemacht und auf Barrierefreiheit
18 bei Bussen und Bahnen gedrängt. Wir haben uns gegen Kürzungen bei Bildung, Kultur und Sport
19 gewehrt und für aktiven Umwelt- und Klimaschutz stark gemacht.

20 Unsere parlamentarischen Gruppen und Fraktionen sind häufig erste Anlaufstellen für Menschen, die
21 etwas verändern wollen, aber auch für Menschen, die sich von der herrschenden Politik
22 alleingelassen fühlen. Bei uns finden sie nicht nur Rat und Hilfe in Alltagsfragen, sondern auch die
23 Möglichkeit, sich zu organisieren und politisch mitzugestalten.

24 Als sozialistische Menschenrechtspartei unterstützen wir das Engagement von Einwohner:innen und
25 Initiativen für solidarisches Zusammenleben und für den Erhalt der Demokratie. Nicht die
26 Geflüchteten sind verantwortlich für kaputte Infrastruktur, Mietenwahnsinn und zu wenig
27 Lehrer:innen und Erzieher:innen, sondern die Politik der letzten Jahrzehnte. Wir müssen die
28 Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Menschen, die zur Flucht getrieben wurden.

29 Antifaschismus findet bei uns nicht nur in Sonntagsreden statt, sondern jeden Tag. Wir leisten
30 Widerstand gegen die Militarisierung aller Lebensbereiche und arbeiten dabei eng mit
31 Friedensgruppen und Gewerkschaften zusammen. Wir unterstützen das friedenspolitische
32 Engagement auf kommunaler Ebene und setzen uns dafür ein, dass unsere Kommunen
33 entsprechenden Bündnissen wie den Mayors for Peace beitreten.

34 Neben der Friedensfrage ist die Klimakrise die zentrale Herausforderung unserer Tage. Unter den
35 Folgen der Erderwärmung leiden diejenigen am meisten, die am wenigsten dazu beigetragen haben:
36 Menschen, die in dicht bebauten Vierteln mit schlecht isoliertem Wohnraum leben, alte und
37 pflegebedürftige Menschen, Menschen die körperlich und im Freien arbeiten – sie alle brauchen eine
38 Politik, die sie vor Hitze und Unwettern besser schützt. Mehr Grünflächen, besseres
39 Wassermanagement, Schattenzonen und Hitzeschutzräume in den Städten – neben Klimaschutz wird
40 auch Klimaanpassung immer wichtiger.

41 Wir machen keine Politik für diejenigen, die sich alles kaufen können, sondern für diejenigen, die im
42 Alltag auf funktionierende Kitas und Schulen, Straßen, Busse, Krankenhäuser und Pflegedienste
43 angewiesen sind.

44 Eine zentrale Aufgabe der Stadtplanung muss es sein, sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung zu
45 orientieren. Dies bedeutet, dass Kultur, Bildung, Pflege und Gesundheitsversorgung für alle zugänglich
46 und gut ausgebaut sein müssen. Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der Solidarität und
47 Zusammenhalt gelebt werden und in der jede:r die Möglichkeit hat, ein erfülltes und
48 selbstbestimmtes Leben in Gemeinschaft mit anderen Menschen zu führen.

49 Doch diese Vision kann nur verwirklicht werden, wenn die Kommunen finanziell ausreichend
50 ausgestattet sind. Hier zeigt sich die Schwäche der aktuellen Politik von Bundes- und
51 Landesregierung, die den Kommunen immer wieder neue Aufgaben zuweisen, ohne eine
52 auskömmliche Finanzierung sicherzustellen. Stattdessen werden die finanziellen Mittel gekürzt und
53 die Kommunen in eine prekäre Lage gebracht, die es ihnen erschwert, ihre Aufgaben im Interesse der
54 Bevölkerung zu erfüllen. Die Linke steht für starke, selbstbewusste Kommunen und einen staatlich
55 finanzierten Altschuldenfonds, der verhindert, dass Städte und Kreise erneut in die
56 Haushaltssicherung geraten und damit ihren Handlungsspielraum verlieren.

57 Es zeichnet sich zudem ab, dass auf die Städte und Gemeinden durch massive Aufrüstung noch
58 weitere Einschnitte der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur zukommen. In dieser
59 Auseinandersetzung wird die Linke eine starke Gegenstimme sein, die den Zusammenhang von
60 Aufrüstung und dem Abbau sozialer Infrastruktur benennt.

61 Die vergangenen Jahrzehnte waren geprägt von Umverteilung von unten nach oben und von
62 Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wenn Kommunen nicht ausreichend finanziert
63 werden, steigt der Druck, Leistungen zu privatisieren. Das machen wir nicht mit!

64 Die Linke sagt: Öffentliche Daseinsvorsorge muss unter öffentlicher Kontrolle bleiben, um
65 sicherzustellen, dass sie den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht wird und nicht den
66 Profitinteressen privater Unternehmen dient.

67 Privatisierung führt häufig nicht nur zu einer Verschlechterung der Qualität und Zugänglichkeit von
68 Dienstleistungen, sondern auch zur Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse da private Unternehmen
69 immer Kosten senken und Gewinne maximieren wollen. Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an
70 private Unternehmen muss daher immer an die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards sowie
71 Tarifverträgen gebunden werden.

72 Öffentliche Dienstleistungen spielen eine entscheidende Rolle bei der Förderung der sozialen
73 Gerechtigkeit, indem sie allen Einwohner:innen unabhängig von ihrem Einkommen oder sozialen
74 Status Zugang zu wichtigen Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und öffentlichem Verkehr
75 bieten. Obwohl Privatisierung kurzfristig Einsparungen bringen kann, sind die langfristigen Kosten für
76 die Gesellschaft höher, da private Unternehmen möglicherweise höhere Gebühren erheben und
77 weniger in die Infrastruktur investieren.

78 Ohne eine grundlegende Änderung dieser Politik werden wir keine lebendigen und lebenswerten
79 Kommunen schaffen können. Daher ist es unabdingbar, dass die Linke stark vertreten ist, um diese
80 Veränderungen herbeizuführen. Nur mit der Linken kann ein soziales, gerechtes und zukunftsfähiges
81 NRW geschaffen werden, in dem die Gemeinden nicht nur existieren, sondern auch florieren.

82 Ohne eine starke Linke keine lebendigen Kommunen!

83 **Thema: Antifaschismus**

84 Die rechte Szene ist eine alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen in den Kommunen. Es
85 brennen geplante oder bereits bewohnte Flüchtlingsunterkünfte. Geflüchtete, Migrant:innen,
86 Angehörige der LGBTIQ-Community, Antifaschist:innen, Gewerkschafter:innen und viele andere, die
87 nicht in ein autoritäres rechtes Weltbild passen, werden verbal und körperlich attackiert.

88 Die Verbrechen des Faschismus in Erinnerung zu rufen, ist ein wichtiger Beitrag für den Kampf gegen
89 rechts in der heutigen Zeit. Da die Zeitzeug:innen immer weniger werden, sind Orte des Erinnerns
90 und kulturelle Beiträge der Erinnerungskultur in den Kommunen zu organisieren.

91 Das Andenken an den vielfältigen Widerstand gegen das Naziregime verpflichtet uns, gerade in der
92 heutigen Zeit, zu einer klaren Haltung. Angesichts der Verharmlosung der Verbrechen des Faschismus
93 durch die extreme Rechte ist es wichtig, Orte des Gedenkens an die Strukturen und Opfer sowie an
94 den antifaschistischen Widerstand stärker zu betonen.

95 Deshalb engagieren wir uns für eine generationsübergreifende Geschichtsarbeit, welche die
96 Auseinandersetzung mit der faschistischen, kolonialen und imperialistischen Vergangenheit
97 Deutschlands fördert. Wir fordern eine spezifische Erinnerungskultur, die auch die Opfer rechter
98 Gewalt der Gegenwart einbezieht, etwa durch die Benennung von Straßen, Plätzen und Schulen.

99 Unsere Städte und Kommunen sollen weltoffen und engagiert gegen jede gruppenbezogene
100 Menschenfeindlichkeit aufgestellt sein. Das bedeutet, die Bedürfnisse und Interessen aller
101 Einwohner:innen gleichberechtigt zu berücksichtigen, unabhängig von Hautfarbe, Herkunft oder
102 Aufenthaltsstatus, von Geschlecht oder sexueller Orientierung, sozialem Status, Alter oder
103 Behinderung. Im kommunalen Alltag setzen wir auf offene Diskussionen und die Beteiligung aller, um
104 fremdenfeindlichen und nationalistischen Deutungen entgegenzuwirken. Breite Bündnisse auf lokaler
105 Ebene stärken unsere demokratische Kultur und helfen, neonazistische und rassistische Strömungen
106 zurückzudrängen.

107 Dafür setzen wir uns ein:

- 108 - für eine klare Positionierung kommunaler Gremien und Verwaltungen gegen Antisemitismus,
109 Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit durch öffentliche
110 Stellungnahmen und die Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte,
- 111 - für die Unterstützung und Vernetzung selbst organisierter Gruppen, interkultureller Vereine
112 und Initiativen zur Geflüchtetenhilfe,
- 113 - für Beratungsstellen, die sich Antidiskriminierung, Antirassismus und der Unterstützung von
114 Opfern rechter Gewalt widmen.
- 115 - lebendige Verpflichtungen der Kommunen zu den SDGs, nicht nur als Klimamaßnahmen,
116 sondern als gesamtgesellschaftliche Orientierung
- 117 - neuer Leben in Städtepartnerschaften, vor allem Blockübergreifend und mit dem globalen
118 Süden, um gegen Nationalismus vorzugehen
- 119 - Desateursdenkmaler erkämpfen, gegen die Militarisierung und Mobilmachung der
120 Gesellschaft

121 Antifaschismus ist ein zentraler Auftrag linker Kommunalpolitik, die sich entschlossen dafür einsetzt,
122 rechten Organisationen den Nährboden zu entziehen. Wir setzen auf einen konsequenten,
123 antirassistischen Antifaschismus und legen Wert auf:

- 124 - Widerstand und Selbstschutz gegen rechte Angriffe,

- 125 - Eine stabile Brandmauer im Umgang mit Rechten.
- 126 - Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften gegen rechts
- 127 - Ein Verbot aller (neo-)faschistischer Organisationen einschließlich der AfD
- 128 - Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus gehört zusammen! Die Militarisierung der
129 Gesellschaft führt sehr direkt zur Verbreitung faschistischer und rechter Ideologie
- 130 Dafür brauchen wir breite gesellschaftliche Bündnisse und gelegentlich auch zivilen Ungehorsam, um
131 rechten Strukturen entgegenzutreten. Ein wichtiger Bestandteil dieser Strategie ist, dass es in
132 Kommunalparlamenten keinerlei Zusammenarbeit mit Rassist:innen und Faschist:innen geben darf.
133 Unterstützung für ihre Anträge oder die Teilnahme an interfraktionellen Initiativen mit ihnen führen
134 zur Normalisierung rechter Positionen und sind konsequent zu vermeiden.
- 135 Unsere kommunale Erinnerungskultur trägt dazu bei, dass die Verbrechen des Faschismus nicht in
136 Vergessenheit geraten. Die Verlegung von Stolpersteinen, die Aufarbeitung von
137 Euthanasieverbrechen, die Erinnerungen an die Schicksale von Zwangsarbeitenden sowie Fahrten zu
138 Gedenk- und Erinnerungsstätten sind wichtige Beiträge dazu. Öffentliche Ausstellungen und
139 Theateraufführungen zur Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen tragen ebenso dazu
140 bei, das historische Bewusstsein wachzuhalten, wie moderne Multimedia-Projekte, die sich mit
141 Erinnerungskultur auseinandersetzen.
- 142 Die Linke stellt sich gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung und kämpft für eine
143 multikulturelle Gesellschaft ohne Ausgrenzung. Wir setzen uns dafür ein, dass rechte Organisationen
144 keinen Raum für ihre Ideologie finden – sowohl in der Politik als auch im öffentlichen Raum.

145 **Thema: Arbeit**

146 **Arbeit: Eine gerechte und zukunftsfähige Beschäftigungspolitik für alle**

147 Viele Menschen in den Städten und Landkreisen in Nordrhein-Westfalen leiden unter prekären
148 Arbeitsbedingungen. Sie müssen sich von Befristung zu Befristung hangeln, werden schlecht bezahlt
149 und können ihren Job nicht mit ihren Familien in Einklang bringen. Neoliberale Politik und der
150 wirtschaftliche Strukturwandel haben ihre Spuren hinterlassen. Besonders in industriellen Regionen
151 hat es einen massiven Arbeitsplatzabbau gegeben, der immer noch anhält. Das belastet die
152 Kommunen und schränkt ihre Handlungsfähigkeit ein. Die kommunale Selbstverwaltung und die
153 Politik im Interesse der Einwohner:innen werden dadurch infrage gestellt.

154 Wir setzen uns für Arbeitsplätze ein, die den Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht werden. Wir
155 brauchen Jobs, die unbefristet sind, Existenzsicherheit bieten, sozial abgesichert sind, tariflich
156 entlohnt werden und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern.

157 Dafür müssen öffentliche Investitionen in soziale Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Verkehr und
158 Infrastruktur gesteigert werden. Der Öffentliche Dienst muss ausgebaut und digitalisiert werden.

159 **Für eine fortschrittliche Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik auf kommunaler Ebene**

160 In den vergangenen Jahren wurden in vielen kommunalen Verwaltungen und Einrichtungen trotz
161 wachsender Aufgaben viele Stellen abgebaut. Dies hat zu einer Überlastung des Öffentlichen Dienstes
162 geführt, hohe Krankenstände verursacht und die Qualität der Daseinsvorsorge verschlechtert. Zudem
163 ist Fachwissen in den Verwaltungen verloren gegangen. Gleichzeitig ist die Abhängigkeit von teuren
164 externen Dienstleistern und Beratern gewachsen, besonders bei Bau- und Infrastrukturprojekten.
165 Dies wiederum fördert die Anfälligkeit für Korruption.

166 Eine bessere öffentliche Daseinsvorsorge und der Ausbau kommunaler Einrichtungen erfordern einen
167 klaren Kurswechsel in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Deshalb setzen wir uns für
168 folgende Maßnahmen ein:

- 169 - Kein weiterer Stellenabbau im Öffentlichen Dienst
- 170 - Unbefristete Übernahme von Auszubildenden
- 171 - Unbefristete Arbeitsverträge für alle im öffentlichen Dienst
- 172 - Einführung kommunaler Personalentwicklungs- und -aufbaupläne
- 173 - Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- 174 - Ausbau kommunaler Eigenbetriebe für die öffentliche Daseinsvorsorge
- 175 - Stopp aller Ausgliederungen öffentlicher Aufgaben an private Dienstleister
- 176 - Keine Vergabe öffentlicher Aufträge ohne klare soziale und ökologische Vorgaben
177 (Tarifbindung, faire Lieferketten, Umweltstandards)
- 178 - Entwicklung kommunaler Stadtwerke und Energieversorger zu Vorreitern regenerativer,
179 dezentraler Energieerzeugung und Dienstleistern für lokale Energiegenossenschaften
- 180 - Tarife für alle: Kommunale Betriebe müssen die gültigen Tarifverträge einhalten. Die
181 Ausgliederung von Personalgesellschaften, um auf diese Weise die Löhne zu drücken, lehnen
182 wir ab.

183 **Fortschrittliche Kommunalpolitik heißt: Gute Arbeit**

184 Trotz der gestiegenen Beschäftigungsquoten bleibt die Zahl der Langzeiterwerbslosen in vielen
185 Regionen hoch. Die Arbeitslosigkeit in NRW liegt seit langer Zeit an der Millionen-Grenze, doch die
186 politischen Institutionen zeigen sich nahezu handlungsunfähig, diesem gesellschaftlichen
187 Krebsgeschwür den Kampf anzusagen. Sie verweisen in erster Linie auf die "Kräfte des Marktes", die
188 jedoch angesichts der wirtschaftlichen Rezession die Arbeitslosigkeit ausweiten, statt sie wirksam zu
189 bekämpfen. Die Kommunen und ihre Bürger:innen sind die Hauptbetroffenen dieser unfähigen
190 Politik, die nicht viel mehr anzubieten hat, als noch mehr öffentliche Institutionen zu privatisieren und
191 den damit verbundenen Arbeitsplatzabbau noch weiter zu vergrößern. An dieser destruktiven Politik
192 sind bis auf DIE LINKE alle Parteien beteiligt. Sie beklagen in der Regel die kommunale Finanznot,
193 obwohl ihre Politiker:innen auf Landes- und Bundesebene dafür maßgeblich verantwortlich sind. Die
194 bisherigen Maßnahmen des Bürgergeldsystems, wie Ein-Euro-Fünfzig-Jobs oder
195 Weiterbildungsprogramme, haben den Betroffenen in der Regel nicht geholfen. Drohende Sanktionen
196 schaden sogar. Diese „Arbeitsmarktinstrumente“ sind gescheitert und demütigend. Sie müssen
197 abgeschafft werden.

198 Besonders junge Menschen ohne Berufsausbildung und ältere Arbeitslose in strukturschwachen
199 Regionen brauchen neue Perspektiven. Statt sie weiterhin auf den Arbeitsmarkt zu verweisen,
200 müssen die Städte und Landkreise sozialpolitische Verantwortung übernehmen und
201 Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen – vor allem in kommunalen Einrichtungen und durch spezielle
202 Beschäftigungsträger. Diese Beschäftigung muss durch öffentliche Mittel und Förderprogramme
203 finanziert werden.

204 Für uns als Linke sind unbefristete, sozialversicherte Arbeitsverhältnisse, tarifliche Entlohnung und die
205 Möglichkeit zur beruflichen Weiterbildung zentrale Bedingungen für gute Arbeit.
206 Langzeiterwerbslosen dürfen keine prekären Beschäftigungsverhältnisse zugemutet werden.
207 Arbeitsverhältnisse, die keine Arbeitslosenversicherung bieten, müssen verbessert und rechtlich auf
208 das Niveau regulärer Arbeitsverhältnisse angehoben werden.

209 **Jeder Mensch braucht entlohnte Arbeit für ein menschenwürdiges Leben**

210 Der größte Teil der erwerbslosen Menschen hat keine abgeschlossene Berufsausbildung. Von den
211 registrierten Arbeitslosen sind das 63% (!), die seit Jahren ohne Chancen auf einen Job von Hartz IV
212 bzw. Bürgergeld "leben".

213 Die herrschende Arbeitsmarktpolitik lässt sie grundsätzlich im Regen stehen, da die Förderquote
214 gerade einmal 3% beträgt und skandalöserweise die Eingliederungsbudgets sogar noch gekürzt
215 werden.

216 Für Bürgergeld-Bezieher:innen fordern wir deshalb:

217 - einen durchsetzbaren Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Qualifikation

218 - ein Arbeits- und Beschäftigungsangebot darf ohne Sanktionierung abgelehnt werden

219 - Stopp von sog. Arbeitsgelegenheiten

220 - statt Kürzung von Eingliederungsmitteln ihre Aufstockung zur Förderung aller arbeitslosen
221 Menschen

222 - angebotene Beschäftigung muss freiwillig sein und darf nicht zwangsweise vom Jobcenter
223 zugewiesen werden.

224 - Beschäftigung im öffentlichen Dienst muss unbefristet sein. Befristungen sind nur in Ausnahmefällen
225 zulässig.

226 - Die Beschäftigung muss tarifgebunden und fair entlohnt werden.

227 - Unterstützung für die Beschäftigten, wie z.B. Kinderbetreuung, psychologische Hilfe oder
228 Arbeitsassistenz für Menschen mit Behinderungen, muss garantiert werden.

229 - Es muss Unterstützung bei der Suche nach anderen Arbeitsplätzen geben.

230 **Öffentliche Beschäftigung im sozialen Bereich ausbauen**

231 Wir fordern den Ausbau von Stadtteilzentren in benachteiligten Stadtteilen. Dort sollen soziale,
232 technische und handwerkliche Dienstleistungen angeboten werden, die sich Erwerbslose und
233 Geringverdienende auf dem „freien“ Markt nicht leisten können. Diese Angebote müssen durch
234 öffentlich geförderte Beschäftigung geschaffen werden.

235 Zudem setzen wir uns für mehr Unterstützung für ältere Menschen und Menschen mit
236 Behinderungen im Alltag ein. Die Städte sollen Angebote zur Begleitung und Hilfe entwickeln, die
237 diese Gruppen unterstützen.

238 Die Linke fordert eine Arbeitsmarktpolitik, die nicht den Markt, sondern die Menschen in den
239 Mittelpunkt stellt. Beschäftigung muss den sozialen und ökologischen Bedürfnissen der Gesellschaft
240 dienen, und nicht den Profitinteressen einiger weniger.

241 **Thema: Armut**

242 **Die Armut in NRW überwinden**

243 Die offene und die verdeckte Massenerwerbslosigkeit sowie die ständige Zunahme unsicherer,
244 schlecht bezahlter Beschäftigungsverhältnisse sind die wesentlichen Gründe für die Verarmung
245 von Menschen in den Kommunen. In zahlreichen Städten in NRW leben inzwischen mehr als 35
246 % der Menschen von Bürgergeld beziehungsweise Grundsicherung. Im Verhältnis stärker
247 betroffen sind alleinerziehende Frauen, Langzeiterwerbslose, Rentner:innen sowie Menschen
248 mit internationaler Familiengeschichte. Zusätzlich wächst mit steigender Kinderzahl in einer
249 Familie die materielle Armut. Aktuelle Statistiken sprechen davon, dass jetzt schon jedes 4. Kind
250 in Armut aufwächst. In vielen Stadtteilen des Ruhrgebiets sind es bis zu 50%.

251 Ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis reicht heute nicht zum Ausstieg aus
252 der Armut. Bei mehr als der Hälfte derer, die den Bürgergeld-Bezug verlassen, erhalten bei
253 Arbeitsaufnahme Löhne unterhalb der Armutsgrenze. Ein arbeitsmarktpolitischer Skandal ist,
254 dass trotz gesetzlichem Mindestlohn ein Viertel aller Bürgergeld-Beziehenden aufstockende
255 Leistungen von den Jobcentern erhalten, weil ihr Lohn zum Leben nicht ausreicht.

256 Deshalb fordert Die Linke

- 257 - Eine bedarfsgerechte Mindestsicherung von derzeit 1.400 Euro statt Bürgergeld.
- 258 - Ein individueller Anspruch statt Bedarfsgemeinschaften. Dies schützt die
259 Menschenwürde und vermeidet Abhängigkeiten, die mit Gewalt einhergehen können.
- 260 - Einen Mindestlohn von 15 Euro, der sich jährlich automatisch mindestens gemäß der
261 Inflation erhöht. Denn alles andere bedeutet Altersarmut.
- 262 - Die Ausnahmen für Langzeiterwerbslose, Jugendliche unter 18, Menschen mit
263 Behinderung und Praktika müssen gestrichen werden.
- 264 - Eine Mindestausbildungsvergütung in Höhe von 80 Prozent der durchschnittlichen
265 tariflichen Ausbildungsvergütungen

266 **Kommunalpolitische Handlungsmöglichkeiten**

267 Das Bürgergeld-System beruht zwar auf einer bundesgesetzlichen Regelung. Auf kommunaler
268 Ebene gibt es aber zahlreiche Möglichkeiten, besonders repressive Maßnahmen deutlich
269 einzuschränken oder eine menschenwürdige Praxis durchzusetzen.

270 Wir kämpfen besonders auf kommunaler Ebene für eine sanktionsfreie Mindestsicherung.

271 Ein wichtiges Moment ist darüber hinaus das Angebot der Sozialberatung auf kommunaler
272 Ebene. Auch wir engagieren uns entsprechend in vielen Orten und sind nicht bereit, uns mit den
273 unzureichenden Beratungen in den Jobcentern und dem oftmals fragwürdigen Umgang mit den
274 zu beratenden Menschen abzufinden.

275 Derzeit gibt es viele Sozialberatungsstellen in NRW, die durch geschulte Mitglieder der Partei Die
276 Linke durchgeführt werden. Dort können Menschen, die im Leistungsbezug sind, Hilfe
277 bekommen. Dieses Angebot wollen wir ausbauen.

278 Wir kämpfen gemeinsam mit Sozialverbänden und Gewerkschaften für die Überwindung der
279 Armut. Entscheidend hierfür sind sichere Arbeitsplätze mit tariflicher existenzsichernder
280 Entlohnung.

281 Der aktuell wieder steigende Arbeitsplatzabbau führt in den Kommunen zu weiter sinkender
282 Kaufkraft. In der Arbeitsmarktpolitik muss dringend ein Kurswechsel eingeleitet werden.
283 Öffentlich geförderte Beschäftigungsprogramme sind ein Beitrag hierzu.

284 Deshalb fordern wir auf kommunaler Ebene:

- 285 - Perspektivlose und armutsfördernde Ein-Euro-Fünfzig-Jobs, Kombilohnstellen und prekäre
286 Beschäftigung in allen ihren Formen wollen wir beenden. Stattdessen müssen ausschließlich
287 unbefristete, tarifgebundene, sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen werden, die
288 aufstockende Bürgergeldleistungen überflüssig machen.
- 289 - Die Übernahme der Wohnkosten (KDU)) durch die Jobcenter und Sozialämter muss sich am
290 Mittelwert des jeweiligen kommunalen Mietspiegels beziehungsweise entsprechender
291 örtlicher Vergleichsmieten orientieren und grundsätzlich in voller Höhe übernommen
292 werden. Zwangsumzüge wollen wir abschaffen.
- 293 - Strom- und Gassperren sind menschenunwürdig und ausnahmslos zu untersagen. Die
294 Kommunen sollen verpflichtet werden, einen kommunalen Härtefonds einzurichten, der im
295 Falle der Zahlungsunfähigkeit die rückständigen Kosten übernimmt.
- 296 - Durch die Einführung eines Sozialpasses wollen wir Menschen mit Einkommen unterhalb
297 des Pfändungsfreibetrages kostenlosen Zugang zu kommunalen Einrichtungen wie
298 Schwimmbädern, Bibliotheken, Theater etc. ermöglichen.
- 299 - Mitbürger:innen, die als Wohnungslose im öffentlichen Raum leben, haben Anspruch auf
300 kommunale Unterstützung. Sollten sie den Wunsch haben, sich gesellschaftlich wieder
301 einzugliedern, erwarten wir von den Kommunen ein Angebot von Beratung, Begleitung und
302 ein bezahlbares Angebot von Wohnraum, um Integration zu fördern.
- 303 - Die Linke möchte das System von „Streetworkern“ ausbauen. Auch bei vorübergehender
304 Wohnungslosigkeit müssen die Kommunen menschenwürdige und kostenlose
305 Schlafgelegenheiten anbieten.

306 **Thema: Bildung**

307 In der Kommune ist vielfach nur von KiTa-, Schul-, VHS-Gebäuden die Rede, viel zu wenig von Bildung
308 und den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, die in diesen Einrichtungen leben und lernen.

309 Das ändert Die Linke: Wir nehmen Kinder, Jugendliche und Erwachsenen in den Blick und verbinden
310 die Aufgaben des „Trägers“ mit denen von Bildung, also der Entfaltung aller Fähigkeiten und
311 Fertigkeiten von Menschen.

312 **Schulbau bedarfsgerecht gestalten und finanzieren**

313 Schulbau in den Kommunen scheitert in NRW oftmals an den Bedingungen „armer Städte“, die durch
314 den Stärkungspakt Stadtfinanzen und den Zwang zum Personal- und Ausgabenabbau nicht die
315 benötigten Kredite für Investitionen aufnehmen können.

316 Daher will Die Linke Möglichkeiten vor Ort prüfen, wie die benötigten Schulneubauten durch
317 Zusammenarbeit mit rein öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften sofort errichtet werden können
318 und in einem Miet-Kauf-Modell dennoch in der Verfügungsgewalt und dem Eigentum der
319 Schulträgerin bleiben. Neue Schulbauten sollten so geplant werden, dass sie nicht nur den
320 gegenwärtigen Ansprüchen von Schulen genügen, sondern auch als Stadtteilzentren und Orte der
321 Erwachsenenbildung genutzt werden können.

322 Dabei ist es essenziell, dass sowohl neue als auch bestehende Schulgebäude barrierefrei gestaltet
323 werden, um allen Schüler:innen, Eltern und Lehrkräften – insbesondere Menschen, die auf Rollstühle
324 oder andere Bewegungshilfen angewiesen sind – einen gleichberechtigten Zugang zu ermöglichen.

325 Wie sollten gute Schulgebäude aussehen? Kinder brauchen Sonne, Luft und Freiraum für Bewegung,
326 Kommunikation und Gestaltung in der gesamten Schule. Sie brauchen multifunktionale Räume
327 ausgestattet mit vielfältigen Materialien, so dass das Lernen an ihren Bedürfnissen ausgerichtet
328 werden kann. Es muss Räume geben für kleinere und größere Lerngruppen, für Recherche, Forschung
329 und Übung in Einzelarbeit, für die Arbeit an Projekten und Werkstücken sowie für Präsentationen auf
330 einer Bühne für die ganze Schulgemeinschaft. Dazu kommen moderne und gut ausgestattete
331 Sporthallen und zusätzliche Räume im Rahmen der Inklusion. Auch für die interkulturelle Öffnung
332 sind weitere Begegnungs- und Beratungsräume nötig.

333 **Was tun?**

- 334 • Aktualisierung der Schulentwicklungspläne durch die Schulämter, damit diese steigenden
335 Geburtenzahlen, Migration und modernen pädagogischen Konzepten gerecht werden
- 336 • stärkere Zusammenarbeit zwischen den Nachbarkommunen bei der
337 Schulentwicklungsplanung und insbesondere eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung
338 benachbarter kreisangehöriger Kommunen
- 339 • Schulneubau sowie Neugestaltung und Ergänzung bestehender Schulgebäude orientiert an
340 den Erkenntnissen fortschrittlicher Pädagogik und neuen Anforderungen durch Inklusion
- 341 • Naturräume als Lernorte in die Planungen von Schulneu- und -umbauten einbeziehen
- 342 • Errichtung neuer Schulgebäude durch die öffentliche Hand orientiert an den Erkenntnissen
343 moderner Pädagogik und neuen Anforderungen durch Inklusion
- 344 • digitale Infrastruktur auf den modernsten Stand ausbauen

345

346 **Armut als Bildungshemmnis**

347 Armut beschämt, Armut grenzt aus, Armut macht krank. Alles, was man aus der Armutsforschung
348 weiß, trifft auch auf Kinder und Jugendliche in den Schulen zu. Dass Armut der Schüler*innen ein
349 Resultat der familiären Einkommensarmut ist und nur durch ausreichendes Familieneinkommen
350 geändert werden kann, ist unstrittig. Dennoch kann auch vor Ort etwas getan werden. Um soziale
351 Ungleichheit zu bekämpfen, fordert Die Linke eine Schule für ALLE als Ganztagschule. Das
352 gegliederte Schulsystem wollen wir überwinden. Forscher*innen und Studien zeigen regelmäßig auf,
353 wie schlecht dieses im internationalen Vergleich abschneidet.

354 **Mehrsprachigkeit garantieren**

355 In den NRW-Schulen sind sehr viele natürlich-mehrsprachig. Das trifft nicht nur auf neu
356 Zugewanderte und Geflüchtete zu, sondern auch auf die Kinder und Enkel der
357 „Gastarbeitergenerationen“. Das Recht auf Erhalt der Familiensprache ist sowohl in der Europäischen
358 Union als auch in den Europaratsstaaten garantiert.

359 Die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen mit familiärer Mehrsprachigkeit sind deutsche
360 Staatsbürger:innen, unsere Kinder in der Kommune, die in ihrem Lernprozess unterstützt werden
361 müssen.

362 Kommunalvertretungen der Linken kümmern sich um die Belange aller mehrsprachigen Kinder und
363 Jugendlicher. Durch digitale Lerngruppen können insbesondere die Förderung der „kleinen“ Sprachen
364 und aller Sprachen auch im ländlichen Raum gefördert werden.

365 Aber das Kernanliegen muss der Umgang mit familiärer Mehrsprachigkeit im Regelunterricht sein, um
366 den Bedürfnissen aller Kinder gerecht zu werden. Die Kommunen müssen das in den Blick nehmen,
367 um das Scheitern der Kinder beim Spracherwerb und im gesamten Lernprozess zu verhindern.

368 Das Land NRW hat in diesem Feld nicht nur vielfach akademische Expertise, sondern ebenfalls ein
369 breites Fortbildungsangebot, das es vor Ort zu nutzen gilt.

370 **Grundschule**

371 Klassengrößen dürfen Kommunen nach der Schulgesetzänderung kommunal regeln. Dadurch
372 entstehen in vielen Kommunen in dicht besiedelten Quartieren übervolle Klassen, wohingegen in
373 lockerer Bebauung oftmals sehr kleine Klassen vorherrschen. Hier werden Linke-
374 Kommunalvertretungen auf die Verteilung der kommunalen Klassenzahlen achten und kleine Klassen
375 insbesondere in Grundschulen mit vielen sozial und/oder bildungsbenachteiligten Kindern einrichten.

376 Der für 2026 angekündigte Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Ganztagsgrundschule birgt für die
377 Kommunen die Herausforderung, die Kapazitäten zügig auszubauen. Zwar sind 90 % der
378 Grundschulen in NRW offene Ganztagschulen, aber weniger als die Hälfte der Grundschüler*innen
379 hat einen Ganztagsplatz. Damit jedes Kind zukünftig einen Ganztagsplatz bekommt und Wartelisten
380 der Vergangenheit angehören, sind große Anstrengungen beim ohnehin problematischen Schulbau
381 nötig: Es braucht vielerorts Investitionen in Räume für Mittagsverpflegung und erweiterte Räume für
382 Ganztagsangebote. Das Bundesinvestitionsprogramm wird dafür nicht ausreichen.

383 Die Linke fordert auf kommunaler Ebene:

- 384
- sofortige Ausbauplanung für eine 100%-Versorgung im Grundschulganztags
 - Ausbau der Ganztagsplätze besonders in benachteiligten Sozialräumen und enge
385 Zusammenarbeit von Sozialarbeiter:innen mit Familien
386

- 387 • Suche nach neuen geeigneten Ausbaukonzepten bei Platzmangel
- 388 • Die Klassengrößen sind auf 15 bis max. 20 Schüler:innen zu begrenzen

389 Die strukturelle Unterfinanzierung des offenen Ganztags im Primarbereich führt zu einer oft
390 minderen Qualität der Angebote für die Schüler:innen, zu Elternbeiträgen und zu prekären
391 Arbeitsbedingungen für die Ganztagskräfte. Das ist bei offenen Ganztagsmodellen schwerlich zu
392 verhindern, sodass Die Linke sich auf Landesebene für die flächendeckende Einführung
393 gebührenfreier, gebundener Ganztagsangebote einsetzt.

394 Solange diese nicht realisiert sind, fordert Die Linke:

- 395 • die vollständige Finanzierung der Ganztagsgarantie nach dem Konnexitätsprinzip
- 396 • die auskömmliche Finanzierung des offenen Ganztags durch das Land NRW, auch für die
397 Qualitätsverbesserung

398 **Sekundarstufe I**

399 Elternbefragung – kommunale Schulentwicklungsplanung

400 Immer wieder werden Eltern auf der Suche nach einem Gesamtschulplatz oder nach Ganztagschulen
401 abgewiesen. Daher setzen sich LINKE für Elternbefragungen ein, nach denen sich die
402 kommunale/Kreis-Schulentwicklungsplanung laut Schulgesetz richten muss. Dieses Recht der Eltern
403 auf Planung nach ihren Wünschen wird oftmals mit Füßen getreten. Damit könnte auch endlich das
404 Recht auf einen Gesamtschul-/Sekundarschul-/Ganztagsplatz umgesetzt werden.

405 **Sekundarstufe II**

406 Viele Gymnasien und Gesamtschulen haben in der Oberstufe zu wenige Schülerinnen und Schüler, um
407 ein breit gefächertes Wahlangebot an Leistungskursen und Grundkursen aufrechtzuerhalten. Das
408 führt zu einem eingeschränkten Bildungsangebot. Dem versuchen viele Schulen durch Kooperation zu
409 begegnen, was mit zeitraubendem Ortswechsel für Lernende und enormem Aufwand für Lehrkräfte
410 und Schulorganisation verbunden ist. Zudem ist die Kooperation zwischen unterschiedlichen Fächern
411 für Projekte in mehreren Schulen kaum zu bewerkstelligen.

412 Daher setzt sich Linke-Kommunalpolitik für Oberstufenzentren in der gymnasialen Oberstufe ein, die
413 mehrere Oberstufen vor Ort zusammenfasst. Diese Oberstufenzentren könnten auch weit besser als
414 jetzige gymnasiale Oberstufen mit den Berufskollegs zusammenarbeiten.

415 **Inklusion im Bildungsbereich**

416 Inklusion muss von den Beteiligten aus gedacht, nicht nach Ressorts verwaltet werden.

417 Deshalb werden Linke-Kommunalvertretungen eine integrierte Förderplanung einfordern, die die
418 Unterstützung für die Betroffenen aus den verschiedenen Bereichen sicherstellt und die Organisation
419 der verschiedenen Fördermaßnahmen nicht den Eltern aufbürdet.

420 Die bisherigen Maßnahmen zur Inklusion sind so unzureichend, dass sie örtlich teilweise sogar zu
421 erhöhter Nachfrage nach Förderschulen geführt haben. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen
422 sind hier sehr begrenzt, die Landesregierung ist gefordert, die Schulen so auszustatten, dass sie der
423 UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen gerecht werden können.

424 Daher wird Linke Kommunalpolitik eine Raumplanung für Inklusion einfordern.

425 Auch wenn sich Die Linke mit allen Kräften für die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft
426 ausspricht, so werden Linke-Kommunalvertretungen dennoch in den nächsten Jahren

427 übergangsweise der Einrichtung von inklusiven Schwerpunktschulen zustimmen, um den Prozess der
428 Inklusion nicht auf Kosten der Qualität zu betreiben und die baulichen und personellen Umsetzungen
429 sinnvoll gewährleisten zu können.

430 **Schulentwicklung im ländlichen Raum**

431 Im ländlichen Raum wirkte sich die Prognose der sinkenden Schüler*innenanzahl auf die
432 Schulstruktur massiv aus: Grundschulen wurden geschlossen. Selbst Zusammenschlüsse von
433 Grundschulen, sogenannte Verbundschulen, haben nur eine aufschiebende Wirkung auf die
434 Schließung. Das Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“ findet aus Kostengründen nur noch als
435 Lippenbekenntnis statt!

436 Selbst die Kosten für die weitere Beförderung und der gerade für Grundschulkindern nachteilige
437 Mehraufwand an Fahrzeit von bis zu 2 Stunden täglich sind kein Hindernis für den Schließungswahn.
438 Da es schon seit langem keinen reinen Schüler:innenverkehr mehr gibt, kommen noch Wartezeiten im
439 ÖPNV hinzu.

440 Wenn es nach der Grundschule dann zu den weiterführenden Schulen geht, kann sich die Kommune
441 glücklich schätzen, die nach Gründung einer Sekundarschule wenigstens überhaupt noch ein Angebot
442 für Fünftklässler:innen machen kann.

443 Kommunen ohne Schulangebot verlieren an Attraktivität; die Folgen sind sofort spürbar:
444 Abwanderung! Wer ein gutes und breites Bildungsangebot bieten kann, der kann auch jetzt schon mit
445 Zuzug rechnen. Dabei entscheiden sich immer mehr Eltern für einen Gesamtschulplatz; auch auf dem
446 Land liegen die Anmeldezahlen deutlich über denen der vorhandenen freien Plätze.

447 Daher wird sich Linke Kommunalpolitik weiterhin für Gesamtschulen bzw. Sekundarschulen einsetzen
448 sowie für Oberstufenzentren, denn nur so ist auch im ländlichen Raum eine gute Schule für alle
449 realisierbar.

450 **Ausbildung: Berufskollegs – Ausbildungszentren**

451 Trotz angeblichem Mangel an Bewerber:innen suchen viele Jugendliche vergeblich einen
452 Ausbildungsplatz. Vor Ort finden sie zudem sehr viele und sehr unterschiedliche Beratungsangebote,
453 die teilweise eher verwirren als helfen. Das Beratungsangebot muss sich zuvorderst an den Interessen
454 der Jugendlichen ausrichten, nicht an Institutionen bzw. Schulformen.

455 Hier will Linke Kommunalpolitik die kommunale Steuerung stärken: Berufskollegs, Arbeitsagentur, BiZ
456 und kommunale Bildungsberatung sollen verknüpft werden, so dass Jugendliche einen zentralen
457 Anlaufpunkt erhalten.

458 **Weiterbildung**

459 Die Linke NRW setzt sich ein für eine öffentlich verantwortete und getragene Weiterbildung und
460 einen Ausbau der Volkshochschulen, der örtlichen, wohnortnahen Zentren für Weiterbildung. Das
461 Angebot muss alle Bildungsbereiche umfassen, wobei ein besonderes Augenmerk und eine
462 besondere Förderung angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung auf die politische Bildung
463 gerichtet werden müssen.

464 Auch aufsuchende Ansprache- und Motivierungsformen gehören zum Aufgabenkatalog. Andere
465 Einrichtungen und Träger sollten dieses öffentliche Angebot ergänzen, nicht ersetzen. Abwertung und
466 Bedeutungsverlust der Weiterbildung, ihre selektierende Ausrichtung und der Stellenabbau dort
467 müssen dringend geändert werden.

468 **1. Bildungsauftrag auf gesetzlicher Grundlage**

469 Der Ausbau der Weiterbildung zu einem gleichberechtigten Teil des Bildungssystems war bereits die
470 Forderung des Deutschen Bildungsrates im Strukturplan für das Bildungswesen 1970. Der öffentliche
471 Bildungsauftrag für Erwachsenen- und Weiterbildung beinhaltet demnach das Recht auf Lernen in
472 jedem Alter. Dafür müssen staatliche Rahmenbedingungen und ausreichende öffentliche Ressourcen
473 zur Verfügung stehen, um Standards und Strukturen in den Einrichtungen sichern zu können.

474 Verbesserungen erwarten wir von der jüngst gestarteten Initiative zur Novellierung des
475 Landesweiterbildungsgesetzes.

476 Nach wie vor aber müssen die öffentlichen Einrichtungen immer größere Anteile ihrer Haushalte ‚am
477 Markt‘ erwirtschaften, um Projektmittel konkurrieren und die Teilnehmenden immer höhere Kosten
478 tragen. „Nur wer hat, dem wird gegeben!“ Das Postulat des lebenslangen Lernens wird konterkariert.
479 Zentrale Bestandteile des Weiterbildungsgesetzes NRW (WBG NRW) wie die Pflichtaufgabe, der
480 Versorgungsauftrag und die tatsächliche Offenheit für alle sind damit hochgradig gefährdet.

481 Wir fordern:

- 482 • Von der Landesregierung fordern wir Ressourcen für einen tatsächlichen Ausbau des
483 Versorgungsauftrages nach dem Weiterbildungsgesetz NRW (WBG NRW). 1 % des
484 Landesbildungsbudgets sollen für die Förderung der Weiterbildung im Land, für Angebots-
485 und Beschäftigungsqualität kurzfristig zur Verfügung stehen, wie auch die GEW NRW fordert.
- 486 • Von den Kommunen und Gebietskörperschaften als Träger erwarten wir, dass sie die
487 Weiterbildungsangebote im Versorgungsgebiet nicht weiter durch Fusion von
488 Volkshochschulen oder Etatkürzungen ausdünnen, sondern ihre Finanzmittel verlässlich
489 bereitstellen und aufstocken. Eine besondere Förderung der politischen Bildung ist angesichts
490 der gesellschaftlichen Lage und fehlender „aufklärender Bildung“ dringend geboten.
- 491 • eine langfristig kostendeckende Finanzierung und koordinierte Verantwortung in der
492 öffentlichen Weiterbildung durch Bund, Länder und Gemeinden, wie z. B. vorgeschlagen in
493 dem Gutachten „Finanzierung lebenslangen Lernens“ durch die sog. „Timmermann-
494 Kommission“.
- 495 • bundesweite Regelungen für ein kohärentes inklusives Weiterbildungssystem, in dem die
496 allgemeine, kulturelle, politische und berufliche Bildung gleichermaßen gefördert werden
497 und für jeden tatsächlich die Chance auf Teilnahme besteht. Sie ergänzen die
498 länderspezifischen Regelungen für die Weiterbildung. Die Landesregierung wird aufgefordert,
499 bei der Bundesregierung die Umsetzung der Vorschläge für ein
500 Erwachsenenbildungsfinanzierungsgesetz einzufordern.

501 **Öffentliche Strukturen fördern und ausbauen**

502 Gegen die fortschreitende Privatisierung und Kommerzialisierung wollen wir die öffentlich
503 geförderten und verantworteten Weiterbildungsstrukturen ausbauen und stärken. Es muss verhindert
504 werden, dass sich die Volkshochschulen zunehmend dem Bildungsmarkt, seiner kommerziellen
505 Ausrichtung, seinen selektiven Konkurrenzstrukturen und überwiegenden Projektfinanzierung
506 unterwerfen müssen.

507 Viele Volkshochschulen sind außerdem Ansprechpartner für unterschiedlichste Zielgruppen,
508 besonders auch für diejenigen, die zu ‚Verlierern‘ am Bildungsmarkt zählen.

509 Im Aufbau kommunaler und regionaler Bildungsnetzwerke können Volkshochschulen eine wichtige
510 Schnittstelle darstellen und eine flächendeckende Versorgung für alle Erwachsenen sichern.

511 Eine Perspektive der VHS und ihrer Angebote liegt in der Bildungsberatung, der aufsuchenden
512 Bildungsarbeit bis hin zur Sozialraumentwicklung sowie in Aufbau und Anleitung virtueller
513 Lernnetzwerke.

514 Wir fordern:

- 515 • das Angebot zur Grundbildung der Bevölkerung entgeltfrei zur Verfügung zu stellen. Zur
516 Grundbildung gehört für uns dabei alles, was zum Lehr- und Stoffplan der Sek I der
517 allgemeinbildenden Schulen zählt.
- 518 • Neben der Förderung von Menschen mit Grundbildungsbedarf und dem Nachholen von
519 Schulabschlüssen zählen wir auch Folgendes zur grundlegenden, allgemeinwohlbezogenen
520 Weiterbildung: Integrationskurse für Migrant:innen, Zugänge zum Arbeitsmarkt, Übergänge
521 zwischen Schule und Ausbildung, ein Zugang zur Hochschule für Berufstätige, Umgang mit
522 neuen Medien; diese sind ohne oder nur mit geringem Teilnahmeentgelt anzubieten. Die
523 individuell aufzubringenden Entgelte dürfen nicht zum Teilnahmehindernis werden.
- 524 • Besonders die politische Bildung muss wieder eine deutliche Aufwertung erfahren, statt
525 immer mehr marginalisiert zu werden. Gerade in einer immer komplizierter und technischer
526 werdenden Welt ist Aufklärung über gesellschaftspolitische Hintergründe und
527 Zusammenhänge notwendig. Aufgrund dieser Bedeutung der politischen Bildung müssen die
528 Angebote in der Regel entgeltfrei sein.
- 529 • Zur Entfaltung einer eigenen, selbstbewussten Persönlichkeit und zur Teilhabe am
530 gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben haben auch die anderen Bereiche der
531 Volkshochschule, die kulturelle Bildung, Gesundheitsbildung, berufliche Bildung und die
532 Fremdsprachen z. B. ihre Bedeutung für das öffentliche Leben und sind aus- statt abzubauen.
533 Nach dem Prinzip der Einheit der Bildung gehören sie unbedingt dazu.
- 534 • Um Menschen für eine Teilnahme an Weiterbildung zu motivieren, sie über ihre
535 Möglichkeiten zu informieren, sind wohnortnah subjektorientierte, gender- und
536 kultursensible Beratungsstellen in öffentlicher Trägerschaft einzurichten mit
537 klientenzentrierten Konzepten, guten Rahmenbedingungen und professionellem,
538 wissenschaftlich ausgebildetem Personal mit tariflicher Eingruppierung wie bei den
539 Mitarbeiter:innen der Volkshochschulen auch.

540

541 **2. Prekäre Arbeit abschaffen**

542 In keinem anderen Bereich des Bildungswesens wurde völlig selbstverständlich hingenommen, dass
543 Unterrichtstätigkeit – und einiges mehr – vorrangig von Honorarkräften durchgeführt wird. Nach
544 einem wegweisenden Urteil ist das Ende der Honorartätigkeit gekommen.

545 Das bedeutet für die Kommunen die Umwandlung der bisherigen ausbeuterischen Verhältnisse in
546 feste Stellen und damit eine erlässliche und deutlich höhere Finanzierung der Erwachsenen- und
547 Weiterbildung mit mehr festen Stellen und tariflicher Bezahlung.

548 Wir fordern:

- 549 • Den Selbstständigen, die das bleiben möchten, ist ein Honorar pro Unterrichtsstunde von
550 mindestens 45€ zu zahlen; der Mindestlohn nach dem Branchentarifvertrag Weiterbildung
551 kann hier keine Anwendung finden.
- 552 • Mehr Stellen für Festangestellte mit tariflicher Entlohnung nach dem TVöD zu schaffen. Das
553 setzt voraus, dass Maßnahmen- und Kurskosten mit realistischen, tariflichen Personalkosten
554 kalkuliert und ausgeschrieben werden und die Förderung entsprechend ausgerichtet wird.
555 Die Mehrkosten sind nicht auf die Teilnehmenden abzuwälzen.
- 556 • Möglichkeiten einer effektiven und wirkungsvollen Interessensvertretung und
557 Mitbestimmung sind (wieder) einzuführen für das Personal und die Teilnehmenden in der
558 Weiterbildung. (vgl. den Policy Brief 03/2016 des WSI zum Thema „Solo-Selbständigkeit in
559 Deutschland. Aktuelle Reformoptionen“).

560 **Studierende und Hochschulen vor Ort fördern!**

561 Hochschulpolitik ist keine kommunale Aufgabe, aber die Studierenden und auch die Hochschule sind
562 vor Ort. Die Linke vernachlässigt weder die Studierenden noch die Hochschulen.

- 563 • Wohnen: Die Linke nimmt Wohnmöglichkeiten für Studierende vor Ort in den Blick und
564 unterstützt Studierendenwerke beim Bau. Kommunaler Boden kann hierzu in Erbpacht
565 vermietet werden, um der Wohnungsnot entgegenzuwirken.
- 566 • Verkehrsanbindung: Bei der kommunalen Verkehrsplanung muss nicht nur die Anbindung an
567 den ÖPNV gewährleistet sein, sondern auch die Abstimmung der Taktzeiten auf die
568 Hochschulbedürfnisse.
- 569 • Studierenden-Card: Die Linke will die Teilhabe an kulturellen und sportlichen Angeboten auch
570 für Studierende ermöglichen.

571 **Thema: Digitalisierung**

572 Wir wollen eine Digitalisierung, die niemanden zurücklässt. Wir wollen eine Digitalisierung, die nicht
573 in der Abhängigkeit großer Konzerne steht, sondern die auf Open Source und eigene Datenhoheit
574 setzt. Unsere Digitalisierung schützt Personendaten, sie lässt keine Überwachung zu und hat doch
575 Informationsgewinn. Wir setzen uns dafür ein, dass Digitalisierung öffentliche Dienstleistungen für
576 alle zugänglicher macht. Wir bestehen darauf, dass Digitalisierung kein Machtgefälle erschaffen darf
577 und Menschen weder ausschließt noch zurücklässt. Unsere Digitalisierung stärkt die Demokratie
578 anstatt sie zu untergraben.

579 **Public Money – Public Code**

580 Jedes Jahr gehen Milliarden Euro für die Verwendung von Lizenzen vor allem an Microsoft und Apple.
581 Durch Abomodellen und proprietäre Dateiformate sind die Kommunen (sowie Land und Bund) in
582 einem Abhängigkeitsverhältnis zu diesen Großkonzernen und müssen ihnen immer weiter Geld
583 zahlen, um ihren Tätigkeiten nachgehen zu können. Dieses Geld kann sinnvoller genutzt werden.

584 Wir wollen, dass Kommunen ihre digitale Infrastruktur komplett auf Open Source umstellen. Das
585 heißt, dass proprietäre Softwareprodukte von Microsoft, Apple und ähnlichen Konzernen durch
586 quelloffene Alternativen ersetzt werden, wie Linux als Betriebssystem und LibreOffice statt MS-Office.

587 Natürlich bedeutet eine Umstellung der digitalen Infrastruktur großen Aufwand. Software muss
588 eingerichtet und verwaltet, Personal muss geschult werden. Gegebenenfalls muss auch eigens
589 Software entwickelt oder weiterentwickelt werden, um Sonderlösungen für Spezialanwendungen zur
590 Hand zu haben. Dies lässt sich aber durch die eingesparten Lizenzkosten decken. Der organisatorische
591 Aufwand kann durch Kooperation der Kommunen, z.B. über die bestehenden kommunalen Verbände,
592 für gemeinsame digitale Infrastruktur und Softwarelösungen bewältigt werden. Durch Quelloffenheit
593 ergibt sich, dass von einer Kommune entwickelte oder verbesserte Software allen anderen zur
594 Verfügung steht. Insgesamt wollen wir eine Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit in Sachen
595 digitale Infrastruktur und Softwarelösungen, sowie Quelloffenheit und sinnvolle Verwendung
596 öffentlicher Gelder zum Wohle aller.

597 **Die Linke fordert:**

- 598 - Umstellung auf Open Source bei Betriebssystemen und Anwendungen
- 599 - Zusammenschluss von Kommunen bei digitaler Infrastruktur
- 600 - Weiterentwicklung von Open Source Lösungen

601 **Verwaltung digitalisieren, aber behutsam**

602 Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen kann für Bürger:innen und Unternehmen Entlastung
603 bedeuten, weil komplizierte Verfahren, Anfahrten oder lange Wartezeiten entfallen. Leicht
604 zugängliche und benutzerfreundliche Angebote müssen unter hohen Datenschutzstandards
605 ausgebaut werden. Menschen ohne Zugang zu digitalen Technologien dürfen jedoch nicht von den
606 öffentlichen Dienstleistungen der Kommunen ausgeschlossen werden. Es besteht weiterhin ein Recht
607 auf einen analogen Zugang.

608 Wir streben Datensparsamkeit für Bürger:innen an. Daten sollen nur erhoben werden, wenn sie
609 wirklich benötigt werden. Wir wollen eine bessere Aufklärung darüber, welche Daten erhoben
610 werden und explizite Zustimmung.

611 Bürger:innen haben das Recht auf Informationen von Behörden und öffentlichen Unternehmen. Wir
612 setzen uns ein für die Einführung von Transparenzsatzungen. Diese müssen von sich aus sämtliche

613 öffentliche Daten und Informationen wie Verträge, Treffen mit Interessenvertreter:innen oder
614 Gutachten in einem Transparenzportal online veröffentlichen. Ein solches Portal muss dabei leicht
615 zugänglich und verständlich sein. Gleichzeitig muss es offene Schnittstellen anbieten. Bürger:innen
616 können so leichter an demokratischen Prozessen teilhaben.

617 **Die Linke fordert:**

- 618 - Digitalen Zugang zu öffentlichen Daten und Unterlagen
- 619 - Hohe Datenschutzstandards in der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen
- 620 - Datensouveränität für Bürger:innen

621 **Digitale Infrastruktur in öffentlicher Hand**

622 Digitale Infrastruktur muss weiter ausgebaut werden. Gerade im ländlichen Raum gibt es immer noch
623 fehlenden Breitbandausbau. Die Netzinfrastruktur muss dabei immer in öffentlicher Hand sein.

624 Auch Hacker- und Makerspaces, Stadt(teil)bibliotheken und Volkshochschulen sind Orte digitalen
625 Lebens, Lernens und Arbeitens. Diese sowie Bürger*innendatenetze und Freifunk wollen wir
626 unterstützen und fördern.

627 Smart Ciy Projekten in den Kommunen stehen wir kritisch gegenüber. Sie sind vor allem auf
628 Konzernprofite und Datensammeln angelegt. Wir befürworten sie nur, wenn sie einen echten
629 Mehrwert für die Kommunen bringen und die gesammelten Daten und die verwendeten Hard- und
630 Softwarekomponenten nicht in der Hand von Konzernen landen.

631 Wir wollen Digitalisierung basierend auf den gesellschaftlichen Bedürfnissen vorantreiben und nicht
632 auf Basis von Profitinteressen der Konzerne oder staatlicher Überwachung. Sie müssen für die
633 Menschen eine Erleichterung des täglichen Lebens, der Mobilität und der Partizipation bedeuten und
634 die Umwelt schützen. Senior:innen, Menschen mit Behinderung oder geringem Einkommen müssen
635 von solchen Projekten profitieren. Alle Bürger:innen müssen konsequent in einen demokratisch
636 organisierten Digitalisierungsprozess eingebunden werden.

637 Die Linke fordert:

- 638 - Ausbau der Netzinfrastruktur
- 639 - Erhalt und Ausbau von gemeinschaftlichen Orten digitalen Arbeitens

640 **Digitalisierung und Bildung**

641 In der Digitalisierung der Bildung hat sich in den letzten Jahren viel getan. An den meisten Schulen ist
642 eine Ausstattung mit Geräten erfolgt. Doch ist die Digitalisierung als zusätzliche Aufgabe an den
643 Lehrkräften hängen geblieben. Wir fordern, dass Schulen eigenen eigene Fachkräfte im Bereich
644 Systemadministration und IT-Support bekommen, die nur für Wartung und technische Hilfestellung
645 zuständig sind.

646 Wir wollen, dass angeschaffte Geräte möglichst lange verwendet werden, um das Anfallen von
647 Elektroschrott zu vermeiden. Eingestellte Updates können durch die Installation freier
648 Betriebssysteme umgangen werden. Auch braucht es an den Schulen Know-How im Bereich der
649 Reparatur der Geräte. Hier können auch Lehrpersonal und Schüler:innen miteingebunden werden.

650 Wir brauchen Konzepte für eine bessere Bildung im Bereich der Digitalisierung. Wenn das Arbeitsblatt
651 nun von einem Tablet abgelesen wird, anstatt es auszudrucken, dann ist dies kein digitaler Fortschritt,
652 sondern führt eher dazu, dass Schüler:innen abgelenkt werden. Wir wollen die digitale Bildung

653 ausweiten, insbesondere müssen Themen wie Cybersicherheit, Datenschutz und Rechte im digitalen
654 Raum behandelt werden. Auch Querschnittsthemen wie Cybermobbing und Medienkompetenz
655 müssen Teil des Lehrplans sein. Außerdem darf die Anschaffung von Apple-Geräten nicht dazu
656 führen, dass digitale Bildung heißt, die Schüler:innen an einen Hersteller zu gewöhnen. Sie sollen
657 stattdessen lernen, dass es eine große Bandbreite an (freier) Software gibt. Wir fordern, dass die zur
658 Verfügung stehenden offenen Bildungsplattformen genutzt und weiterentwickelt werden und die
659 Nutzung proprietärer Plattformen reduziert wird.

660 Die Linke fordert:

- 661 - Einstellung von Systemadministrator:innen und IT-Support in Schulen
- 662 - Recht von Lehrer:innen auf Weiterbildung zum Thema Digitalisierung
- 663 - Umfassende digitale Bildung auch in den Bereichen Open Source, Datensouveränität,
664 Medienkompetenz und Cybermobbing
- 665 - Keine Herstellerabhängigkeit an Schulen

666 **KI nur maßvoll einsetzen**

667 Wir fordern, dass mit dem Thema KI äußerst vorsichtig umgegangen wird. „Künstliche
668 Intelligenz“ erfährt gerade einen Hype und es werden in vielen Bereichen KI-Lösungen vorgeschlagen,
669 die besser mit Anwendungen ohne KI gelöst werden könnten. KI liefert keine zuverlässig korrekten
670 Antworten, ist äußerst rechenaufwändig und hat damit einen hohen Energiebedarf. Hinzu kommen
671 diverse ethische Probleme und das Unwissen darüber, wie das KI-System zu seinen Entscheidungen
672 kommt. Lösungen ohne KI sind daher immer vorzuziehen.

673 Da KI immer auf bestehenden Daten trainiert wird, werden auch die darin enthaltenen sexistischen,
674 rassistischen und klassistischen Vorurteile übernommen. Diese werden dann von den KI-Systemen in
675 ihren Entscheidungen wiedergegeben oder sogar verstärkt. Wenn KI eingesetzt wird, muss
676 sichergestellt sein, dass kein derartiger Fehler (Bias) in den Trainingsdaten vorliegt. Wir stellen uns
677 gegen die Übergabe von komplette Personendaten in KI-Anwendungen. Belange des Datenschutzes
678 und des Urheberrechtes müssen ebenso immer berücksichtigt werden. Es muss auch im Vorhinein
679 geklärt sein, wie und wann neue Erkenntnisse in ein KI-Programm einfließen sollen, da das erneute
680 Training der KI auf neuen Daten äußerst aufwendig ist.

681 Die Linke fordert:

- 682 - Bevorzugung von Programmen, die ohne generative KI arbeiten
- 683 - Sicherstellung, dass bei verwendeten KI-Anwendungen kein Bias vorliegt

684 **Cybersecurity**

685 In einer digitalen Stadt, wo immer mehr Objekte und Systeme miteinander vernetzt sind, sind
686 Cyberangriffe allgegenwärtig und gehören zum Alltag. Ohne eine sichere digitale Infrastruktur kann es
687 keine Datensicherheit geben. Eine digitale Stadt muss Bürger:innen und Unternehmen dabei
688 unterstützen. Gerade kleinere Städte und Gemeinden müssen bei diesem Thema zusammenarbeiten.

689 Ein verpflichtendes Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) soll hohe
690 Sicherheitsstandards gewährleisten. Dies soll in Kooperation mit Universitäten und
691 zivilgesellschaftlichen Gruppen geschehen. Ein wichtiger Teil von Cybersicherheit sind dabei die
692 Menschen, die mit den Systemen arbeiten. Hier braucht es verpflichtende Schulungen für
693 Mitarbeitende, aber auch Aufklärungsarbeit für Bürger:innen.

694 **Überwachung verhindern**

695 Als Linke stellen wir uns gegen jede Form der Überwachung. Wir wollen keine Videoüberwachung im
696 öffentlichen Raum, insbesondere wenn diese mit „intelligenten“ Anwendungen verknüpft werden
697 sollen. Wir stellen uns gegen Projekte der Polizei, in der sie einzelne Straßen kurzfristig oder
698 dauerhaft videoüberwachen. Wir sind auch gegen Projekte des kommunalen Ordnungsdienstes, die
699 mit weiterer Überwachung einhergehen, wie z.B. die Einführung von Bodycams.

700 Die Linke fordert:

- 701 - Keine Videoüberwachung
- 702 - Keine Bodycams beim kommunalen Ordnungsdienst

703 **Thema: Friedenspolitik**

704 **Städte und Gemeinden für Frieden und globale Gerechtigkeit**

705 Internationale Politik ist Bundesaufgabe. Trotzdem fragen sich viele Menschen, was sie in ihrer Stadt
706 oder Gemeinde tun können, um sich für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt einzusetzen. Und da
707 gibt es eine ganze Menge mehr als man so denkt.

708 Die Linke widersetzt sich auf kommunaler, landesweiter und bundesweiter Ebene der umfassenden
709 Militarisierung der Gesellschaft und setzt sich für eine friedensfähige Gesellschaft ein. Wir wehren
710 uns nicht nur gegen die Aufstockung der Militärausgaben und die damit einhergehende Kürzung von
711 Sozialausgaben, sondern gegen die Mobilmachung der Bevölkerung für den Krieg: Wiedereinführung
712 der Wehrpflicht, Veränderung des Lehrplans in Schulen, um Kinder auf den Krieg einzustimmen, die
713 Aufhebung der Zivilklauseln an den Universitäten – all das soll der Kriegstauglichkeit der Gesellschaft
714 dienen. Sogar Krankenhäuser sollen nun für den Kriegsfall „ertüchtigt“ werden, dabei steht schon die
715 Versorgung der Bevölkerung im Normalfall in Frage.

716 Wir Linken setzen uns in den Kommunalparlamenten dafür ein, dass die Städte, Kreise und
717 Gemeinden das Friedensengagement ihrer Bewohner:innen aktiv unterstützen. Das geht zum Beispiel
718 so:

- 719 - Wir fordern ein, dass unsere Städte, Gemeinden und Landkreise sich zur atomwaffenfreien
720 Zone erklären und den Städteappell der Internationalen Kampagne zum Atomwaffenverbot
721 (ICAN) unterschreiben.
- 722 - Wir engagieren uns gegen die Anlage städtischer Gelder in Finanzprodukten, die im
723 Zusammenhang mit der Rüstungsindustrie, der Atomindustrie und den fossilen
724 Energiekonzernen stehen.
- 725 - Wir engagieren uns gegen Standorterweiterungen von Rüstungskonzernen und
726 Militärstandorten und setzen uns für die Umwandlung militärischer in zivile Arbeitsplätze ein
727 (Rüstungskonversion).
- 728 - Wir streiten gegen die Militarisierung von Verwaltung, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen
729 und gegen die Verschwendung öffentlicher Mittel für Bunkerbau. Der Katastrophenschutz
730 muss ausgebaut werden und zivil bleiben. Zivil-militärische Übungen lehnen wir ab.
- 731 - Wir wehren uns gegen Bundeswehrwerbung in Bildungseinrichtungen und bei Jobmessen für
732 Schüler:innen und setzen uns für Erziehung zum Frieden und für gewaltfreie
733 Konfliktaustragung ein. Wir informieren Jugendliche und Eltern über ihr Recht, die
734 Weitergabe von Meldeamtsdaten an die Bundeswehr zu untersagen.
- 735 - Wir fördern Projekte von Bildungs- und Kultureinrichtungen, in denen sich mit den Ursachen
736 und Folgen von Krieg, Aufrüstung und gesellschaftlicher Militarisierung beschäftigt wird.
- 737 - Wir hören den Menschen zu, die aus Kriegsgebieten in unsere Kommune geflüchtet sind und
738 beziehen sie als wichtige Augenzeug:innen in die kommunale Friedensarbeit ein. Mit
739 migrantischen Selbstorganisationen arbeiten wir in Solidaritätsprojekten für politisch
740 Verfolgte und/oder Kriegs- und Bürgerkriegsopfer zusammen.
- 741 - Wir unterstützen den bedarfsgerechten Ausbau von psychosozialen Zentren für Kriegs- und
742 Folteropfer und setzen uns dafür ein, dass auch Bund und Land hier wieder mehr finanzieren.
- 743 - Wir schützen verfolgte Deserteure und Kriegsdienstverweigerer, die in unsere Kommune
744 geflohen sind, vor der Abschiebung in ihr Herkunftsland, egal ob sie aus Russland, Belarus,
745 der Ukraine, dem Sudan, Syrien oder Eritrea kommen.

- 746 - Wir pflegen internationale Beziehungen im Rahmen von Städtepartnerschaften und werben
747 auch in diesem Rahmen für Einhaltung des Völkerrechts, Wahrung des Friedens, Abrüstung
748 und globale Gerechtigkeit.
- 749 - Wir treten dafür ein, dass Waren aus fairem Handel in städtischen Einrichtungen wie Schulen,
750 Jugendzentren, Bibliotheken oder bei Volksfesten einen festen Platz auf den Einkaufslisten
751 erhalten. Wir unterstützen nicht kommerzielle Fair-Trade-Läden.
- 752 - In Hochschulstädten kämpfen wir gemeinsam mit den Studierenden und Beschäftigten für
753 starke Zivilklauseln, die Forschung und Lehre zugunsten von Aufrüstung und
754 Kriegsvorbereitung ausschließen.
- 755 - Wir dulden keine Gewaltverherrlichung und keine Relativierung von Kriegsverbrechen oder
756 Verletzungen von Völker- und Menschenrecht. Unsere Haltung zu den Menschenrechten ist
757 eindeutig: Wir stehen immer an der Seite derjenigen, denen Menschenrechte vorenthalten
758 werden.
- 759 - Wir stellen uns gegen jegliche Kooperationen von Rüstungskonzernen mit kulturellen
760 Einrichtungen, Sportvereinen und Bildungsstätten.
- 761

762 **Thema: Geschlechtergerechtigkeit**

763 **Das Leben ins Zentrum stellen: Gleichberechtigung und Gerechtigkeit für alle Geschlechter**

764 Eine gerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die Frauen
765 gleichberechtigte Teilhabe im Beruf, in der politischen Aktivität, in der Bildung und in der öffentlichen
766 Wahrnehmung sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt. Benachteiligungen wie der
767 nach wie vor bestehende Lohnunterschied von mehr als 17 Prozent, der geringe Anteil von Frauen in
768 Positionen mit Entscheidungsmacht, sexistische Behandlung und Menschenrechtsverletzungen sind
769 kein Zufall, sondern Folgen gesellschaftlicher Herrschaftsstrukturen, die überwunden werden
770 müssen. Deshalb reicht Gleichstellung allein nicht aus. Die kommunale Politik muss dabei die Bedarfe
771 von trans, inter und nicht-binären Personen ausdrücklich mitdenken. Geschlechtergerechtigkeit
772 umfasst alle Geschlechter und muss aktiv gefördert werden.

773 Die ehemals klaren Grenzen zwischen den Bereichen Arbeit und Privatleben verwischen, verstärkt
774 durch die zunehmende Arbeit im Homeoffice. Ein selbstbestimmtes Leben aber erfordert ein
775 eigenständiges Bestimmen über die eigene Zeit: für Erwerbsarbeit, Sorgearbeit für Familie, Bildung
776 und Engagement im Kultur- und auch im politischen Bereich und für die eigene Erholung. Das setzt
777 eine Tätigkeit mit einem existenzsichernden Einkommen voraus.

778 Die Realität sieht anders aus: Frauen sind besonders stark von Niedriglöhnen und prekärer
779 Beschäftigung betroffen. Besonders schwierig ist die Lebenssituation von Alleinerziehenden. Die
780 geringe Anrechnung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten tragen dazu bei, dass Frauen dann auch
781 im Alter mit Armutsrenten auskommen müssen.

782 Der erste mögliche Schritt hin zu einer geschlechtergerechten Aufteilung von bezahlter und
783 unbezahlter (Pflege) Arbeit ist die Erwerbszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden für Frauen und
784 Männer bei vollem Lohnausgleich, gleichwertiger Bezahlung und familien- und bildungsfreundlichen
785 Arbeitszeitmodellen.

786 Professionelle Sorgearbeit und personenbezogene Dienstleistungen müssen durch eine würdige
787 Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen aufgewertet werden.

788 Für alle von Mehrfachdiskriminierung Betroffenen sind verbindliche Maßnahmen erforderlich, um
789 diese Diskriminierungen aufzuheben. Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die eigene
790 Lebenssituation ist zu garantieren.

791 Ungewollt Schwangere haben das Recht auf ergebnisoffene Beratung und sichere
792 Schwangerschaftsabbrüche. Deswegen fördern wir in den Kommunen
793 Schwangerschaftsberatungsstellen von nicht konfessionell gebundenen Trägern und unterstützen die
794 Niederlassung von Gynäkolog:innen, die Schwangerschaftsabbrüche nach dem aktuellen Stand der
795 Medizin durchführen.

796 **Die Linke fordert:**

- 797 - Das Ende der Benachteiligungen und der Armut von Frauen durch Niedriglöhne;
798 insbesondere Alleinerziehende brauchen soziale und existenzsichernde Unterstützung;
- 799 - Maßnahmen zur gerechten Unterstützung Alleinerziehender aller Geschlechter vor Ort, unter
800 anderem bei der Wohnungsbeschaffung;
- 801 - einen langfristig bezahlbaren Wohnraum;
- 802 - die Sicherung bestehender Wohnmöglichkeiten;
- 803 - die Sicherstellung von Betreuungsplätzen in Kitas und den weiteren Kita-Ausbau, sowie
804 verlässliche Betreuungszeiten;

- 805 - eine Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall;
- 806 - den Erhalt von wohnortnahen Krankenhäusern und derer mit Geburtsabteilungen;
- 807 - die Unterstützung für Hebammen sowie den freien Zugang zu Beratungsstellen, Arztpraxen
- 808 und anderen Einrichtungen;
- 809 - die Rekommunalisierung der Pflegeeinrichtungen und das Profitverbot in der Altenpflege;
- 810 - die Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum, z.B. durch Straßenbeleuchtung,
- 811 Notrufsäulen, kostenfreie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs

812 **Sicherheit vor Gewalt und Gewaltprävention**

813 Der Schutz von Frauen, Transpersonen, Kindern und anderen gefährdeten Menschen vor Gewalt muss
 814 auf kommunaler Ebene garantiert sein. Schutz und qualifizierte Hilfe in Bedrohungs- und
 815 Gefährdungssituationen durch Stellen wie Frauenhäuser und andere Schutzräume sowie
 816 Beratungsstellen muss sichergestellt sowie unbürokratisch und bedarfsgerecht zur Verfügung stehen.
 817 Dabei muss gewährleistet sein, dass diese Stellen unabhängig vom körperlichen Zustand,
 818 Aufenthaltsstatus oder der Lebenssituation von Betroffenen zugänglich sind. Eine bundeseinheitliche
 819 Finanzierung ist dafür unerlässlich, und diese Finanzierung muss auf kommunaler Ebene zuverlässig
 820 verteilt werden. Kommunen müssen entsprechende Zuschüsse gewährleisten. Opfer von
 821 Zwangsheiraten bedürfen besonderer Hilfe.

822 Schutz- und Hilfseinrichtungen sind einzelfallunabhängig, pauschal und verlässlich zu finanzieren. Das
 823 weit verbreitete und unzulängliche Finanzierungsmodell von Hilfsangeboten über Tagessätze muss
 824 endlich beendet werden. Die Finanzierung der Frauenhäuser ist Bestandteil einer Schutzpflicht und
 825 darf nicht länger eine freiwillige Leistung bleiben. Diese Forderungen sind längst Bestandteil
 826 internationaler Abkommen, welche die Bundesrepublik Deutschland ratifiziert hat, und für die sie in
 827 der Pflicht steht.

828 Die Politik trägt die Verantwortung dafür, dass staatliche Behörden wie Polizei, Gerichte und Ämter
 829 für das Thema patriarchale Gewalt, von der primär Frauen und queere Personen betroffen sind,
 830 sensibilisiert werden und das Gewaltschutzgesetz einheitlich umgesetzt wird. Besondere
 831 Aufmerksamkeit muss dem Umgangs- und Sorgerecht gelten, wenn Kinder als Zeugen oder selbst von
 832 Gewalt betroffen sind.

833 Alle Formen von Gewalt sind öffentlich zu verurteilen, und hinsichtlich der gesellschaftlichen
 834 Ursachen muss Aufklärung geleistet werden. Verherrlichung von Gewalt gegen Frauen in
 835 unterschiedlichsten Medien muss konsequent angeprangert und gesellschaftlich bekämpft werden.

836 **Die Linke fordert:**

- 837 - die Stärkung von Gleichstellungsbeauftragten gegenüber Politik und Verwaltung;
- 838 - die Unterstützung von Frauenprojekten statt Kürzungen und Gebührenerhöhungen;
- 839 - die Förderung von sicheren Treffpunkten für Mädchen und junge Frauen;
- 840 - den Ausbau der Beratungsangebote und der Förderung von jungen Frauen;
- 841 - die existenzsichernde Unterstützung der bestehenden Frauenhäuser;
- 842 - die Anzahl der Frauenhäuser zu erweitern;
- 843 - die Förderung von sicheren Treffpunkten für Lesben, Schwule, Trans- und Interpersonen;
- 844 - die geschlechtergerechte Verteilung von Ressourcen und finanziellen Mitteln;
- 845 - die Abgabe von Verhütungsmittel auf Rezept ohne Zuzahlung;
- 846 - die Quotierung von Entscheidungsgremien und keine Beschränkungen der Teilhabe von
- 847 Frauen an politischen Diskursen und Entscheidungen.

848

849 **Thema: Gesundheit**

850 Mit der Coronapandemie ist deutlich geworden, dass unser, von Wirtschaftlichkeit geprägtes und
851 über Fallzahlen berechnetes Gesundheitssystem weit entfernt ist von dem, was uns in der
852 Vergangenheit als sichere Versorgung verkauft wurde. Trotz wiederkehrender Wahlversprechen ist es
853 seit Jahrzehnten nicht gelungen, das klassenorientierte Kranken- und Pflegekassensystem zu
854 erweitern und finanziell zu sichern. Besonders Kinder und Alte sind gesundheitlich inzwischen
855 deutlich unterversorgt und das spüren wir in den Kommunen durch Insolvenzen im
856 Altenpflegebereich und die in NRW angeordneten Schließungen von Kliniken der Grundversorgung
857 ganz besonders.

858 Unser Gesundheitssystem kollabiert und braucht weit mehr als punktuelle Reformen: Überlastete
859 Arztpraxen, überfordertes Pflegepersonal, monatelange Wartezeiten auf Facharzttermine und
860 steigende Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung erfordern dringende Maßnahmen.
861 Schwangere, die in NRW mit großer Sorge den zunehmend weiten Weg zur Entbindung fürchten und
862 Eltern die, verzweifelt einen Platz in einer Kinderklinik für ihr schwer erkranktes Kind suchen zeigen
863 die sich weiter zuspitzende Lage der Gesundheitsversorgung. Die aktuellen Reformen sind
864 unzureichend und verschärfen die Probleme. Eine Krankenhausreform, die auf Zentralisierung setzt
865 und ländliche Regionen vernachlässigt, sowie eine Apothekenreform, die die Qualität der Beratung
866 mindert, führen nicht zu einer besseren Versorgung.

867 Die Linke sagt: Gesundheit ist öffentliche Daseinsvorsorge und muss entsprechend organisiert
868 werden. Wirtschaftlicher Wettbewerb steht im Widerspruch zu guter Versorgung. Wir setzen uns für
869 ein Gesundheitssystem ein, das die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund stellt und eine
870 solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung schafft, in die Alle einzahlen und von der alle
871 Mitglieder profitieren.

872 Eine flächendeckende Versorgung mit Gesundheit, Pflege, Therapeut:innen, Ärzt:innen und
873 Krankenhäusern besonders im ländlichen Raum ist sicherzustellen. Von den Landkreisen betriebene
874 Gesundheitszentren mit fest angestellten Ärzt:innen sind einzurichten.

875 **Für gesunde Städte und Gemeinden wollen wir:**

- 876 - Bedarfsorientierte, wohnortnahe und präventive Gesundheitsversorgung.
- 877 - Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen gehören in öffentliche Hand.
- 878 - Stärkung kommunalpolitischen Handelns für gezielte Gesundheitsbildung und
879 -förderung vor Ort, besonders in Kitas und Schulen.
- 880 - Regionale Gesundheitskonferenzen zur gemeinsamen Planung von Angeboten.
- 881 - Mobile Arztpraxen und ambulant-stationäre Versorgungszentren.
- 882 - Kommunale Gesundheitszentren mit bei den Kommunen oder Landkreisen angestellten
883 medizinischen Personal

884 **Gesundheitspolitik auf kommunaler Ebene** muss die gesundheitliche Ungleichheit besonders da
885 bekämpfen, wo Armut krank macht: Auf dem Land, wie in den Stadtteilen und großen
886 Wohnquartieren ist die pflegerische und gesundheitliche Versorgung mit sozialer Beratung zu
887 verknüpfen und durch entsprechendes Fachpersonal zu koordinieren.

888 Die Politik vor Ort braucht hierfür finanzielle Mittel und rechtliche Kompetenzen. Vorschläge wie
889 besondere Ambulanzen für Unversicherte und kommunale Übernahme freier Arztsitze sind
890 notwendig. Das System der Kassenärztlichen Vereinigungen muss reformiert und zumindest zur
891 kommunalen Zusammenarbeit verpflichtet werden.

892 **Gute Gesundheitsversorgung auf dem Land** erfordert mobile Praxen und spezialisierte
893 Gesundheitsfachkräfte. Die Rekommunalisierung von Krankenhäusern ist entscheidend, um
894 Schließungen zu verhindern und die demokratische Planung zu gewährleisten.

895 **Pflege kommunal unterstützen:** Menschen haben ein Recht auf eine würdevolle Pflege. Diese
896 überwiegend in die Hände von Angehörigen zu geben ist nur verantwortlich, wenn fachliche
897 Begleitung und Unterstützung organisiert und finanziert ist. Die Linke fordert eine solidarische
898 Pflegeversicherung auf Bundesebene und will vor Ort kommunale Pflegeeinrichtungen stärken.

899 **Gesundheit fördern durch Armutsbekämpfung:** Armutsbekämpfung ist die wirksamste
900 Präventionsmaßnahme. In kommunalen Jobcentern sollte die Gesundheit von Armutsbetroffenen im
901 Fokus stehen. Die Priorität muss auf Ermutigung liegen, nicht auf Sanktionen.

902 **Zugang zu Schwangerschaftsberatung und Schwangerschaftsabbrüchen sichern:** Ungewollt
903 Schwangere haben das Recht auf ergebnisoffene Beratung und sichere Schwangerschaftsabbrüche.
904 Deswegen fördern wir in den Kommunen Schwangerschaftsberatungsstellen von nicht konfessionell
905 gebundenen Trägern und unterstützen die Niederlassung von Gynäkolog:innen, die
906 Schwangerschaftsabbrüche nach dem aktuellen Stand der Medizin durchführen.

907 **Für eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik** setzt sich die Linke für eine umfassende Regulierung
908 aller Drogen ein. Suchtprävention muss auf kommunaler Ebene stattfinden und auch die
909 Verfügbarkeit von alkoholischen Getränken in Frage stellen. Ambulante Suchthilfe muss als Teil der
910 kommunalen Daseinsvorsorge finanziert und ausgebaut werden.

911 **Thema: Inklusion**

912 **Selbstbestimmung und Teilhabe – für eine inklusive Gesellschaft**

913 Seit 2008 gilt die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die von Deutschland unterzeichnet
914 worden ist. Die Kernaussage der Konvention ist: Im Mittelpunkt steht der Mensch. Sie fordert, den
915 vollen und gleichberechtigten Genuss aller Rechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit
916 Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen
917 innewohnenden Würde zu fördern.

918 In der Staatenprüfung 2023 in Genf stellte der zuständige Fachausschuss der UN fest, dass es in
919 Deutschland erhebliche Mängel in der Umsetzung der Rechte für Menschen mit Behinderungen und
920 in der Barrierefreiheit gibt. Es gibt immer noch Förderschulen, es gibt keinen inklusiven Arbeitsmarkt
921 und Geflüchtete mit Behinderungen bekommen keine ihrer Beeinträchtigung entsprechende
922 Gesundheitsversorgung.

923 Zwei Millionen schwerbehinderte Menschen leben in NRW. Aber immer noch gibt es in NRW z.B. zu
924 wenig barrierefreie Wohnungen oder einen Maßregelvollzug, der Menschen mit Behinderungen
925 länger die Freiheit entzieht als Menschen ohne Behinderungen bei der gleichen Straftat.

926 Wir wollen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und das gesellschaftliche Bewusstsein in NRW
927 für alle Menschen, mit oder ohne Behinderungen so verändern, dass die Teilhabe an allen
928 gesellschaftlichen Bereichen, dass ein barrierefreies und inklusives Leben gewährleistet ist.

929 Mit dem Landeshaushalt 2025 hat die Landesregierung von CDU und GRÜNEN die Teilhabe für viele
930 Menschen erheblich verschlechtert: Im Bereich der Inklusion wurden z.B. die Mittel für die berufliche
931 Inklusion, die Agentur Barrierefrei und die Mittel für die Gleichstellung von Menschen mit
932 Behinderungen massiv gekürzt, teilweise über 50%!

933 Als Linke streiten wir für ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung und viele andere
934 Menschen, die von Teilhabe ausgeschlossen sind, weil sie arm sind, alt oder jung, eine andere
935 Religion, Hautfarbe, ein anderes Geschlecht oder eine andere geschlechtliche Orientierung haben.
936 Wir treten entschieden ein für eine vielfältige Gesellschaft.

937 Dazu gehören:

- 938 - Die barrierefreie, inklusive, gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe an der
939 Gesellschaft
- 940 - Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und des Ergebnisses der
941 Staatenprüfung in Genf

942 Denn Teilhabe an der Gesellschaft und deren gleichberechtigte Gestaltung sind ein Menschenrecht.

943 Was wir dafür brauchen, ist ein echtes Teilhabekonzept, nicht einen halbherzigen „Aktionsplan NRW
944 inklusiv“, das

- 945 - bauliche, kommunikative, rechtliche, administrative und soziale Barrieren überwindet,
- 946 - gleiche Bedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen schafft.

947 Dafür muss ein umfassender Inklusionsplan erarbeitet werden, ausgestattet mit ausreichend
948 personellen und finanziellen Ressourcen und danach konsequent umgesetzt werden

949 **Inklusion ermöglichen, Sondereinrichtungen abschaffen oder umwandeln**

950 Die Linke kämpft für das Recht aller Menschen auf volle Teilhabe und ein gutes Leben. Das schließt
951 inklusive Bildung, reguläre Arbeit und selbstbestimmtes Wohnen in der Gemeinde ebenso ein wie
952 barrierefreie Teilhabe an Erholung, Kultur, Freizeitaktivitäten, Reisen und Sport.

953 Alle Sondereinrichtungen, in denen Menschen mit Behinderungen ausgegrenzt werden, müssen nach
954 und nach abgeschafft oder umgewandelt werden. Dies gilt für Förderschulen, Werkstätten sowie
955 Wohnheime für Menschen mit Behinderungen. Stattdessen muss es in der Regelschule, dem 1.
956 Arbeitsmarkt oder im Wohnbereich genug Assistenz, Barrierefreiheit und ein barrierefreies Umfeld
957 geben, damit selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen möglich ist. Dazu gehört
958 auch ein neuer Blick auf Lernziele und Arbeit: Es geht um Teilhabe und nicht um höchstmögliche
959 Leistung. Dabei muss eine individuelle Lösung für jede Person ermöglicht werden.

960 Barrierefreiheit ist eine Voraussetzung für Inklusion. Eine inklusive Gesellschaft schließt alle
961 Menschen ein, ob mit oder ohne Behinderungen. So profitieren von den Aufzügen in den Bahnhöfen
962 zu den Bahnsteigen Menschen mit kleinen Kindern, Menschen mit viel Gepäck, Senioren:innen,
963 Fahrradfahrer:innen und Menschen mit Behinderungen. Mit barrierefreier Sprache z. B. können alle
964 Menschen eher und selbstständiger ihre Rechte kennenlernen und durchsetzen wie z. B. ihre Rente
965 beantragen.

966 **Wir fordern deshalb für unsere Kreise, Städte und Gemeinden in NRW:**

- 967 - Erarbeitung und Erstellung eines Inklusionsplanes unter breiter Beteiligung der
968 Selbsthilfegruppen und -organisationen der Menschen mit Behinderungen und ohne
969 Behinderungen gleichermaßen
- 970 - Schulung von Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung und offensive Information der
971 Verwaltung zum persönlichen Budget, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt
972 wohnen, leben, lernen und arbeiten können
- 973 - Unterstützung von Initiativen und Förderung von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen, um
974 auf allen Ebenen der Gesellschaft einschließlich der Familie, das Verständnis für Menschen
975 mit Behinderung zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern
- 976 - umfassende Barrierefreiheit bei Wahlen (Wahllokal, Wahlverfahren, Wahlmaterialien z.B.
977 Wahlschablonen für Sehbehinderte und Blinde, Wahleinrichtungen)
- 978 - Bildung von Behindertenbeiräten in allen Kommunen, deren Mitglieder von den Betroffenen
979 demokratisch gewählt werden und die Rederecht und Antragsrechte in den Räten und
980 Ausschüssen haben
- 981 - Ernennung einer/s Inklusionsbeauftragte(n) in jeder Kommune; diese(r) soll u. a.
982 Ansprechpartner*in für alle Bezugsgruppen sein
- 983 - Die Einrichtung von Inklusionsbüros, in denen Inklusionsbeauftragte, Migrations- Senioren-,
984 und Gleichstellungsbeauftragte gemeinsam für die Teilhabe aller Menschen
985 zusammenarbeiten können

986 **Bauen, Wohnen und Verkehr:**

- 987 - flächendeckende aufsuchende Wohnraumberatung für Senior:innen und Menschen mit
988 Behinderungen, zum barrierefreien Umbau der Wohnung und der Förderung dafür damit sie
989 die Möglichkeit haben, länger und selbstständig zu Hause zu wohnen.
- 990 - systematische Überprüfung der öffentlichen Gebäude auf Barrierefreiheit unter Einbeziehung
991 der Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderungen

- 992 - Der Neubau sowie die Sanierung von kommunalen Gebäuden müssen ohne Ausnahme
- 993 barrierefrei geschehen. Dazu soll verpflichtend die Agentur Barrierefrei NRW eingeschaltet
- 994 werden
- 995 - Ausstattung der öffentlichen Gebäude und der kulturellen Einrichtungen mit Höranlagen und
- 996 optischen Signalen in Aufzügen und für Notfälle
- 997 - flächendeckender Ausbau von Leitsystemen für blinde und sehbehinderte Menschen im
- 998 ganzen öffentlichen Raum
- 999 - Ausstattung des ÖPNV sowie der Haltestellen mit Sprachausgabe
- 1000 - verbindlicher Ausbau der Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs in Richtung
- 1001 Barrierefreiheit mit Zeitplan und ausgestattet mit den notwendigen finanziellen Mitteln
- 1002 - Umrüstung der Fahrzeuge und Haltestellen des ÖPNV in Richtung Barrierefreiheit
- 1003 - Erstellung eines kommunalen Stadtplanes zu barrierefreien Einrichtungen und
- 1004 Dienstleistungen
- 1005 - Schulung der Fahrer:innen des ÖPNV zum Umgang mit älteren Menschen und Menschen mit
- 1006 Behinderungen

1007 **Bildung, Kultur und Arbeit:**

- 1008 - Förderung der Inklusion in Kitas und Schulen durch bessere Sach- und Personalausstattung
- 1009 - Stadtbibliotheken barrierefrei ausbauen und bedarfsgerecht mit barrierefreien Medien
- 1010 ausstatten, z. B. Bücher in Großschrift, Hörbücher, Bücher in Leichter und Einfacher Sprache,
- 1011 Brailleschrift und in anderen Sprachen
- 1012 - Barrierefreiheit bei Kulturveranstaltungen und in kulturellen Einrichtungen
- 1013 - Schaffung von mehr Arbeits- und Ausbildungsplätzen und Inklusionsabteilungen für
- 1014 Menschen mit Behinderungen in in den kommunalen Verwaltungen und Unternehmen
- 1015 - Vergabe von kommunalen Aufträgen und des Catering von Schulen und öffentlichen
- 1016 Einrichtungen an Inklusionsbetriebe
- 1017 - Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes durch die kommunalen Jobcenter

1018 **Gesundheit und Pflege:**

- 1019 - „Daheim statt im Heim“ – diese Forderung ist umzusetzen durch eine Förderung des
- 1020 barrierefreien und sozialen Wohnungsneu- und -umbaus bei den kommunalen
- 1021 Wohnungsbaugesellschaften
- 1022 - Aufstockung des Personals der Heimaufsicht, auch um die Einhaltung von
- 1023 Gewaltschutzkonzepten zu überprüfen
- 1024 - Erstellen einer kommunalen Karte von barrierefreien Gesundheitseinrichtungen (z. B. Arzt-
- 1025 und Physiopraxen, Apotheken, Hebammen, Krankenhäuser)

1026 **Beratung, Kommunikation und Information:**

- 1027 - Es ist eine barrierefreie und transparente Verwaltung zu schaffen – vom Formular über die
- 1028 Webseite bis zum Gebäude
- 1029 - Beratungsangebote in Leichter Sprache
- 1030 - Sämtliche von der Kommune zur Verfügung gestellten Dienste müssen barrierefrei sein.
- 1031 - Alle Schriftstücke der Verwaltung sind auch in Leichter und Einfacher Sprache und als
- 1032 Audiodatei herauszugeben, damit alle Bürger*innen ohne Hilfe ihre Leistungen erhalten
- 1033 können.
- 1034 - Alle Sitzungen der kommunalen Gremien und die Sitzungsunterlagen müssen barrierefrei
- 1035 sein, einschließlich Gebärdensprachdolmetschen bei Bedarf

- 1036 - Auflistung und Veröffentlichung aller barrierefreien Beratungsangebote (EUTB, Rechtsanwälte
1037 usw.)

1038 **Thema: Kinder- und Jugendpolitik**

1039 **Städte und Gemeinden fit machen für die nächste Generation**

1040 Wir möchten, dass alle Kinder und Jugendlichen in den Städten und Gemeinden Nordrhein-
1041 Westfalens gut und sicher aufwachsen können. Ein gerechter Zugang zu Bildung schon von klein auf
1042 ist eine der wichtigsten Voraussetzungen zum Abbau sozialer Ungleichheit. Obwohl die
1043 Landesverfassung jedem Kind und Jugendlichen Würde und Schutz vor Gefahren zusichert und nach
1044 seinen Bedürfnissen Förderung verspricht, ist die Situation fast im gesamten Bereich der Kinder- und
1045 Jugendhilfe katastrophal.

1046 **Jedem Kind einen Kita-Platz**

1047 Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung kann in unseren Städten und Gemeinden vielfach nicht
1048 gewährleistet werden. Noch immer müssen einige Eltern den Platz für ihr Kind erst einklagen. Das
1049 Problem des Personalmangels bekommt die Landesregierung seit Jahren nicht in den Griff. Immer
1050 öfter müssen die Kitas deshalb ihr Angebot einschränken. Wir brauchen also dringend weitere
1051 Maßnahmen des Landes zur Überwindung des Personalmangels. Dazu gehören auch intelligente
1052 Konzepte der Kommunen, um die Arbeitsbedingungen für das bestehende Personal zu verbessern.
1053 Wir fordern, dass im Bereich aller Jugendämter Nordrhein-Westfalens die Beschäftigten so
1054 unterstützt werden, dass sie ihren Beruf auch langfristig gerne und gesund ausüben können. Kitas
1055 sind keine Verwahranstalten, während die Eltern mit etwas anderem beschäftigt sind, sondern
1056 wichtige Orte des sozialen Zusammenlebens und des frühkindlichen Lernens, denn das beginnt nicht
1057 erst in der Grundschule. Sie müssen unserer Überzeugung nach deshalb auch für alle Kinder komplett
1058 gebührenfrei sein.

1059 **Kinderarmut wirksam bekämpfen!**

1060 NRW versagt seit Jahren bei der Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen.
1061 Schätzungsweise 800.000 leben unter der Armutsgrenze. Besonders betroffen sind Familien mit
1062 Migrationsgeschichte. In kaum einem anderen hochindustrialisierten Land hängen die Chancen auf
1063 ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben so eng mit den finanziellen Verhältnissen im Elternhaus
1064 zusammen. Eine gute soziale Infrastruktur wäre eine wesentliche Voraussetzung, um den
1065 Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden und ihnen gute Zukunftsperspektiven
1066 zu bieten. Aber daran mangelt es nicht nur, die Landesregierung will in diesem Bereich sogar drastisch
1067 kürzen. Das ist fahrlässig, verschärft die soziale Ungleichheit und damit die Konflikte im Land.

1068 Die Linke fordert die Rücknahme aller angedrohten Kürzungen im sozialen Bereich. Wir brauchen
1069 nicht weniger, sondern mehr Investitionen in Integration und Teilhabe. Kommunale Einrichtungen
1070 sollten, wo das möglich ist, ganz auf Gebühren für Kinder und Jugendliche verzichten. Ein
1071 diskriminierungsfreier Sozialpass sollte allen berechtigten Familien unkompliziert ausgegeben
1072 werden, mit dem sie freien oder stark ermäßigten Eintritt in Museen, Schwimmbäder, Theater und
1073 andere öffentliche Einrichtungen erhalten. Dazu sollen die Städte und Gemeinden in NRW
1074 zusammenarbeiten und gegenseitig ihre Berechtigungsnachweise anerkennen.

1075 Wir wollen, dass kein Kind hungrig bleibt. Dazu gehört, dass es in allen Kitas und Schulen ein
1076 kostenloses und gesundes Mittagessen für alle Kinder gibt.

1077 Viele Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche sind privatwirtschaftlich organisiert und teilweise
1078 richtig teuer. Sie schließen damit Kinder aus finanziell benachteiligten Familien aus. Wir brauchen
1079 dagegen nicht weniger, sondern mehr kostenlose Angebote in Kultur, Bildung, Sport und Freizeit für
1080 Kinder und Jugendliche.

1081 **Jedem Kind ein gutes Zuhause**

1082 Die schwierigen Bedingungen der Corona-Jahre, der wirtschaftliche Druck auf die Familien und
1083 gesellschaftliche Spannungen haben zu einer starken Zunahme von häuslicher Gewalt geführt. Doch
1084 die Jugendämter und Schutzeinrichtungen in unseren Städten und Gemeinden sind in dieser Zeit
1085 nicht in entsprechendem Umfang besser ausgestattet worden. Für Kinder, die vor ihrer eigenen
1086 Familie geschützt werden müssen, fehlen in so dramatischer Weise Unterbringungsmöglichkeiten,
1087 dass die Jugendämter oft bundesweit suchen müssen, wo noch ein guter Platz für ein
1088 schutzbedürftiges Kind zu finden ist. Hier muss das Land die Kommunen dringend stärker
1089 unterstützen und dafür sorgen, dass in ausreichender Zahl gute Unterbringungsmöglichkeiten
1090 geschaffen werden, die diesen besonders schutzbedürftigen Kindern und Jugendlichen gerecht
1091 werden. Wo das noch nicht geschieht, sollten die Jugendämter enger interkommunal
1092 zusammenarbeiten. Zugleich muss sichergestellt bleiben, dass die Angebote der Kinder- und
1093 Jugendhilfe sehr genau auf die Situation in den einzelnen Städten und Gemeinde zugeschnitten
1094 werden.

1095 **Unsere Städte und Gemeinden gehören nicht bloß den Erwachsenen**

1096 Wir wollen, dass sich alle Menschen in unseren Städten und Gemeinden wohlfühlen können, auch die
1097 jüngsten. Dazu gehören Straßen und Wege, die sich nicht bloß am Autoverkehr orientieren, sondern
1098 für alle Verkehrsteilnehmer:innen sicher sind: mit Verkehrsberuhigung, getrennten Radwegen und
1099 weniger Gedränge. Wir wollen weniger Lärm und Feinstaubbelastung, aber mehr Grün- und
1100 Freiflächen und mehr gute Spielplätze. Mittel für Stadtentwicklung müssen dazu besonders in
1101 benachteiligte Sozialräume und ihre Aufwertung fließen.

1102 Nach der UN-Kinderrechtskonvention haben Kinder und Jugendliche das Recht, bei allen
1103 Rechtsverfahren angehört zu werden, die sie unmittelbar betreffen. Ihre Meinung muss nicht immer
1104 das letzte Wort sein, aber doch altersgemäß berücksichtigt werden. Es muss also in unseren
1105 Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten selbstverständlich werden, dass Kinder und Jugendliche bei sie
1106 betreffenden Entscheidungen mit einbezogen werden – und zwar nicht nur in der Kinder- und
1107 Jugendhilfe. Einrichtungen, in denen Jugendliche selbstbestimmt mitwirken können, müssen
1108 besonders gefördert werden. Jugendzentren dürfen nicht der Sparpolitik geopfert werden.

1109 **Thema: Klimaschutz, Energiewirtschaft, Agrarpolitik, Umwelt- und Tierschutz**

1110 Umwelt und Natur sind wie nie zuvor bedroht. Auch Teile von NRW waren in den vergangenen Jahren
1111 von verheerenden Extremwetterereignissen betroffen. Wir dürfen die Klimakrise weder leugnen noch
1112 vor ihr resignieren. Als Linke wollen wir darum kämpfen, dass unsere Städte und Gemeinden einen
1113 großen Beitrag zum Klimaschutz leisten und zugleich selbst besser auf die Effekte des Klimawandels
1114 vorbereitet sind. Wir ringen dabei um sozial gerechte Lösungen, denn Klimaschutz, den sich nur
1115 Reiche leisten können, spaltet die Gesellschaft und bringt uns alle nicht weiter. Unsere linke
1116 Klimapolitik ist sozial und ökologisch zugleich und orientiert sich am Pariser Klimaabkommen und
1117 dem 1,5-Grad-Ziel. Denn Klima- und Umweltschutz auf kommunaler Ebene bedeutet für uns, alles zu
1118 tun, um Vorsorge für die Folgen des Klimawandels zu treffen und alles zu tun, um die CO₂-Neutralität
1119 der Kommunen bis zum Jahr 2035 zu erreichen.

1120 **Kommunaler Klimaschutz**

1121 Trotz klimapolitischer Rückschläge und Verzögerungen lohnt es sich, gegen die Klimakrise
1122 anzukämpfen. Für besseren Klimaschutz brauchen wir eine kommunale Kreislaufwirtschaft,
1123 Ressourcensparsamkeit und Recyclingkonzepte, sowie eine dezentrale Energieversorgung.

1124 Unsere Ziele sind Klimaneutralität und klimaresilientere Städte und Gemeinden. Damit wir uns vor
1125 den Folgen der Klimakrise schützen und eine komplette Katastrophe noch aufhalten können,
1126 brauchen wir nicht zuletzt die Rekommunalisierung der für die Daseinsvorsorge wichtigen Konzerne.
1127 Klimaschutz braucht die Steuerung der öffentlichen Hand und kann mit kapitalistischer
1128 Profitwirtschaft nicht gelingen.

1129 Mit konsequenter Beteiligung der Einwohner:innen unserer Städte und Gemeinden müssen wir
1130 gemeinsam Pläne entwickeln und umsetzen, die uns vor den Folgen des Klimawandels besser
1131 schützen, dabei zugleich dem Klimawandel entgegenwirken und einen Beitrag zum Umwelt- und
1132 Artenschutz leisten.

1133 Nahezu alle kommunalen Politikfelder betreffen auch den Klimaschutz: Wohnen, Verkehr,
1134 Energieversorgung, die Wirtschaftsförderung, das Grün- und Waldflächenmanagement, und vieles
1135 andere. Wir müssen die betreffenden Politikfelder den Zwecken der Kapitalmehrung und des
1136 kurzfristigen Gewinnstrebens so weit wie möglich entziehen. Wir brauchen ab sofort

- 1137 - Die Rekommunalisierung und die nötige Umstellung auf erneuerbare Energieträger bis 2035
- 1138 - Die Erzeugung des Großteils der Energie vor Ort aus regenerativen Quellen
- 1139 - Ein hohes Tempo bei Entwicklung und Bau von Energiespeichern

1140 Wir wollen alle Aspekte eines sozial-ökologischen Umbaus verbinden, hin zu
1141 Gemeinwohlorientierung, kooperativem Wirtschaften und ökologischer Nachhaltigkeit.

1142 **Schutz vor den Folgen des Klimawandels**

1143 Wo dies noch nicht geschehen ist, müssen Städte einen Klimafolgen-Anpassungsplan erarbeiten.
1144 Bestehende Pläne müssen an die beschleunigte Entwicklung der Klimaerwärmung angepasst werden.
1145 Diese Pläne zeigen Möglichkeiten, wie die Durchlüftung der Stadt verbessert, Frischluftschneisen
1146 erhalten oder gegebenenfalls wiederhergestellt werden können, wie mehr Bäume gepflanzt,
1147 Fassaden und Dächer begrünt werden können. Dafür wird ein Gründachpotential-Kataster angelegt.
1148 Gründächer sorgen für bessere Luft und binden Feinstaub. Sie können zusätzlichen Lebensraum für
1149 Vögel und Insekten schaffen.

1150 Gegen Starkregenereignisse wie z.B. Flutkatastrophen müssen Vorkehrungen getroffen werden. Die
1151 Bevölkerung muss für die Gefahren sensibilisiert werden, Starkregengefahrenkarten müssen angelegt
1152 werden, Frühwarnsysteme müssen eingerichtet werden, die Kommunen müssen städtebauliche
1153 Maßnahmen gegen Überflutungen ergreifen. Flächen müssen entsiegelt werden. Fließgewässer
1154 müssen ebenso renaturiert werden wie trockengelegte Feuchtgebiete.

1155 Digitale Hochwasser- und Starkregenwarnsysteme müssen ausgebaut und mit Echtzeit-Informationen
1156 für die Bürger:innen ausgestattet werden. Die Vernetzung zwischen Rettungskräften, Kommunen und
1157 Anwohner:innen muss verbessert werden, damit im Ernstfall schnell und koordiniert reagiert werden
1158 kann. Warnungen müssen für alle Menschen – unabhängig von ihrer Vorbildung oder Muttersprache
1159 – verständlich sein, indem sie in einfacher Sprache barrierefrei bereitgestellt werden, damit klar ist,
1160 welche Warnstufen welche Gefahr bedeuten und welche Schutzmaßnahmen zu ergreifen sind.
1161 Gleichzeitig müssen Warnsysteme präziser werden, indem sie gezielt betroffene Gebiete statt ganze
1162 Landkreise informieren. Notfallpläne für besonders betroffene Gebiete sowie Aufklärungskampagnen
1163 und Schulungen sind notwendig, um die Bevölkerung für Gefahren zu sensibilisieren und konkrete
1164 Schutzmaßnahmen zu vermitteln.

- 1165 - Hitzeinseln werden erfasst und auf das Vorhandensein kritischer Einrichtungen überprüft, wie
1166 z. B. Krankenhäuser, Pflegeheime, Kitas, Schulen, Spielplätze. Maßnahmen zum Schutz dieser
1167 Einrichtungen werden ergriffen.
- 1168 - Bei der Neupflanzung von Bäumen werden heimische, tiefwurzelnde Sorten bevorzugt,
1169 sofern sie auch den veränderten Bedingungen der Klimaerwärmung noch angepasst sind.
- 1170 - Linke Kommunalpolitik setzt sich für die Einrichtung von Baumschutzsatzungen sowie
1171 Baumkatastern in allen Kommunen ein.
- 1172 - Kommunen erstellen Aktionspläne für Hitzewellen.

1173 **Agrarpolitik**

1174 Linke Kommunalpolitik hat zum Ziel, dass Agrarpolitik sozial, ökologisch und am Tierwohl orientiert
1175 ist. Dem Naturschutz und dem Schutz der Artenvielfalt kommt durch die Folgen des
1176 menschengemachten Klimawandels eine besondere Rolle zu.

1177 Was wir tun, um sozialökologische Landwirtschaft zu stärken und die Natur zu schützen:

- 1178 - Große Teile des Grünlands werden derzeit bewirtschaftet. Auf größeren Ackerschlägen sollen
1179 künftig feste Wild- und Insektenschutzstreifen eingerichtet werden. Kommunales Agrarland
1180 soll ökologisch und ohne den Einsatz von synthetischen Pestiziden bewirtschaftet werden.
1181 Nicht verpachtete oder von der Kommune selbst bewirtschaftete Flächen sollen als Insekten-
1182 und Wildschutzraum umgestaltet werden. Bestehende Pachtverträge sollen in den
1183 kommenden zehn Jahren umgestellt oder gekündigt werden, wo dies möglich ist.
- 1184 - Die Kommune initiiert und unterstützt Projekte der solidarischen Landwirtschaft, wie auch
1185 Möglichkeiten der regionalen und saisonalen Direktvermarktung für Agrarbetriebe aus der
1186 Region.
- 1187 - Linke Kommunalpolitik strebt die Umstellung der Versorgung von allen öffentlichen Kantinen,
1188 Schulen und Kindergärten auf vorrangig pflanzliche ökologische, saisonal und regional
1189 erzeugte Nahrungsmittel an.
- 1190 - Kommunale Wälder werden erhalten und als standortangepasste Mischwälder naturnah
1191 bewirtschaftet. Teile der städtischen Wälder sollen nicht bewirtschaftet, sondern der Natur
1192 überlassen werden.

- 1193 - Verkehrsinseln und das verkehrsbegleitende Grün werden so gestaltet, dass sie als
1194 Reproduktionsstätten für Biodiversität dienen können, Flugkorridore für Insekten und
1195 Leitsysteme für Kleintiere müssen geschaffen werden. Unnötige Lichtemissionen müssen
1196 vermieden werden.
- 1197 - Die Kommune wirkt der zunehmenden Versiegelung in privaten Gärten durch geeignete
1198 Satzungen entgegen und ergreift Maßnahmen, um Schottergärten zu identifizieren und ihre
1199 Entsiegelung zu erreichen.

1200 **Energiepolitik**

1201 Linke Energiepolitik auf kommunaler Ebene braucht eine sozialökologische Wende. Eine sichere,
1202 nachhaltige, von Importen unabhängige und für alle bezahlbare Energieversorgung ist das Ziel
1203 unserer Politik. Die Versorgung der Einwohner:innen mit Energie gehört in die öffentliche Hand und
1204 darf nicht profitorientiert sein.

1205 Wie eine sozialökologische Energiewende aussieht:

- 1206 - Linke Kommunalpolitik fordert bezahlbaren Strom und bezahlbare Heizenergie für alle. Den
1207 Zugang zu Energie zu ermöglichen, ist eine grundlegende Aufgabe staatlicher
1208 Daseinsvorsorge. Daher fordern wir einen Strom-Sozialtarif für einkommensschwache
1209 Einwohner:innen, um den wachsenden Ungleichheiten bei der Energieversorgung
1210 entgegenzuwirken und das Recht auf Strom für alle zu verwirklichen. Wir wehren uns gegen
1211 Stromabschaltungen bei Zahlungsrückständen durch die Energieversorger.
- 1212 - Die örtlichen Stromnetze und der örtliche Energieversorger gehören in die öffentliche Hand.
1213 Stadt oder Kreis sollen über Energiegenossenschaften oder ihre eigenen Stadtwerke
1214 Ökostromprojekte entwickeln. Sie sollen einen Plan entwickeln, wie sie bis zum Jahr 2030
1215 ausschließlich hochwertigen Ökostrom anbieten können. Öffentliche Gebäude von Kreisen
1216 und Kommunen sollen schon heute mit hochwertigem Ökostrom des eigenen
1217 Energieversorgers versorgt werden.
- 1218 - Kommunen und Kreise sollen Aktienpakete von Unternehmen, deren Geschäftsfeld die
1219 Extraktion, Verarbeitung und der Vertrieb fossiler Energieträger (Mineralöl-, Erdgas- und
1220 Kohleindustrie) oder die Atomwirtschaft ist, abstoßen.
- 1221 - Städte und Kreise erarbeiten verbindliche Handlungsziele für die CO₂-Reduktion und den
1222 Ausbau regenerativer Energien, wie auch einen Maßnahmenkatalog dazu. Ziel ist, die
1223 Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 in den Kommunen zu erreichen. Die örtlichen CO₂-
1224 Emissionen werden ermittelt und ihre Entwicklung jährlich fortgeschrieben. Für diese
1225 Aufgaben wird in der Verwaltung eine eigene Stelle mit ausreichenden Mitteln und
1226 personeller Ausstattung geschaffen.
- 1227 - Die Sanierung des alten Gebäudebestandes wird mit einer Sanierungsrate von mindestens
1228 fünf Prozent pro Jahr vorangetrieben.
- 1229 - Neue städtische Gebäude werden mindestens nach Effizienzstandard KfW 55, mit einer
1230 Photovoltaikanlage und – wo immer möglich – gleichzeitig mit einem begrünten Dach gebaut.
- 1231 - Ziel kommunaler Politik muss die Ausstattung aller geeigneten Dächer mit
1232 Photovoltaikanlagen sein. Kommunen erstellen, wo noch nicht vorhanden, ein
1233 Solardachpotential-Kataster. Sie verfolgen das Ziel, Solaranlagen auf allen geeigneten Dächern
1234 städtischer Gebäude einzurichten. Einzelpersonen und Energiegenossenschaften werden
1235 dazu ermutigt, Solaranlagen auf städtischen Dächern zu bauen. Insbesondere ist es aber die
1236 Aufgabe des städtischen Energieversorgers, Solaranlagen in der Stadt zu errichten. Beim
1237 Verkauf städtischer Grundstücke und im Rahmen von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen

- 1238 werden private Bauherr:innen durch städtebauliche Verträge zur Errichtung von
1239 Photovoltaikanlagen verpflichtet. Eine generelle Verpflichtung zur Errichtung von
1240 Photovoltaikanlagen bei Neubauten sollte angestrebt werden.
- 1241 Im Wärmeplanungsgesetz des Bundes ist geregelt, dass in Kommunen mit mehr als 100.000
1242 Einwohner:innen bis zum Juni 2026 ein Wärmeplan erstellt werden muss. Für Gemeindegebiete mit
1243 bis zu 100.000 Einwohnern ist dafür Zeit bis zum 30. Juni 2028. Als Linke setzen wir uns dafür ein,
1244 dass diese sozial verträglich gestaltet ist.
- 1245 Wohnen und Bauen sind für 40 Prozent der Treibhausgase in Deutschland verantwortlich. Eine
1246 Wärmewende ist unerlässlicher Bestandteil von Klimapolitik: Gebäude müssen saniert, Heizungen
1247 umgestellt werden. Das darf nicht zu einer zusätzlichen Belastung für Mieter*innen und
1248 Eigenheimbesitzer*innen mit niedrigen und mittleren Einkommen führen. Eine warme Wohnung für
1249 alle muss bezahlbar sein. Mieter*innen können ihre Heizungen nicht wechseln, deshalb lehnen wir
1250 CO2-Preise im Wärmebereich ab.
- 1251 Das Heizungsgesetz der Ampel hat die Gesellschaft gespalten, weil es die Sorgen der Menschen
1252 ignoriert hat. Es ist unsozial und torpediert die Klimaziele im Gebäudesektor. Wir wollen die Leute
1253 nicht allein lassen: Keine Normalverdiener*in darf durch Klimaschutz finanziell mehrbelastet werden.
1254 Es braucht flächendeckende Beratungsangebote mit Sanierungsbeauftragten für alle
1255 sanierungsbedürftigen Häuser. Es braucht eine kommunale Wärmeplanung mit Beteiligung der
1256 Bürger*innen, Mieter*innen- und Umweltverbänden.
- 1257 Wir fordern eine Investitionsoffensive in energetische Sanierungen und Heizungstausch auf
1258 Bundesebene in Höhe von 25 Milliarden Euro pro Jahr. Beim Heizungstausch wollen wir die Förderung
1259 für Zusatzkosten nach Einkommen staffeln: Menschen mit niedrigen Einkommen kriegen den
1260 Heizungstausch mit bis zu 100% bezahlt, Menschen mit mittleren Einkommen anteilig gestaffelt. Für
1261 einen Einpersonenhaushalt wollen wir bei einem Jahreseinkommen von 30.000 Euro zum Beispiel
1262 82% der Kosten, bei einem Einkommen von 60.000 Euro 42% der Kosten erstatten, inklusive dem
1263 Tausch der Heizkörper, wenn dieser technisch notwendig ist. Ergänzend fordern wir vergünstigte
1264 Kredite der KfW, so dass Mehrkosten fürs Heizen vermieden werden können, da Investitionskosten für
1265 effiziente Heizungen so zu günstigen Konditionen gestreckt werden können. Spitzenverdiener*innen
1266 mit einem Einkommen von 250.000 Euro aufwärts müssen die Sanierung ihrer Luxusvillen selbst
1267 bezahlen.
- 1268 **Natur- und Artenschutz als kommunale Aufgaben**
- 1269 In NRW sind 25 Prozent der heimischen Arten bedroht, darunter nun auch der Igel. In unseren
1270 Städten und Kreisen setzen wir uns für mehr Natur- und Artenschutz ein. Besonders das
1271 Insektensterben muss aufgehalten werden.
- 1272 Zur Schaffung von mehr Lebensräumen soll jede Kommune ein integriertes Programm zum Schutz
1273 und zur Erweiterung von Lebensräumen für bedrohte Arten entwickeln. Dazu gehört unter anderem:
- 1274 - In Hausgärten, auf öffentlichen Flächen und in Naturschutzgebieten dürfen keine Pestizide
1275 eingesetzt werden.
 - 1276 - Die Landwirtschaft muss insekten- und vogelfreundlich werden.
 - 1277 - Bestehende Biotope müssen verbunden werden.
 - 1278 - Die Verkehrspolitik in Kommunen und Kreisen muss sichere Verkehrswege für wandernde
1279 Arten anbieten.
 - 1280 - Die Lichtverschmutzung muss zurückgeführt werden.

- 1281 - Bereits in NRW ausgestorbene Arten, darunter auch Beutegreifer wie der Wolf oder der
 1282 Luchs, müssen wieder angesiedelt werden.
- 1283 - Die Ausbreitung invasiver Arten, wie des Goldschakals, der Asiatischen Hornisse etc. muss in
 1284 ihren Auswirkungen auf die Lebensräume einheimischer, bedrohter Arten beobachtet und
 1285 bewertet werden.

1286 **Tierschutzpolitik**

1287 Seitdem 2013 durch die Novellierung des Tierschutzgesetzes der Tierschutz zum Staatsziel erklärt
 1288 wurde, hat sich für die Tierwelt nicht wirklich viel verbessert. Die Tierwelt insgesamt – insbesondere
 1289 die sogenannten Nutztiere – werden bisher weiterhin der Vermarktung und dem Profitstreben
 1290 unterworfen.

1291 Linke Politik kann mit geeigneten Maßnahmen auf kommunaler Ebene gegensteuern. Der
 1292 Schutzauftrag des Staates beschränkt sich nicht nur auf den Menschen. Wir wollen natürliche
 1293 Lebensgrundlagen erhalten und Landschaften renaturieren. Wir wollen Schinderei und quälerische
 1294 Haltungsformen beenden und wissen doch, dass keine Gefangenschaft jemals zu 100 Prozent
 1295 artgerecht sein kann. Wir wollen, dass der respektvolle Umgang mit Tieren erlernt und praktiziert
 1296 wird. Statt weiter zunehmender Konzentration von Nahrungsmittelproduktion müssen regionale
 1297 Kreisläufe für agrarwirtschaftliche Güter gefördert werden.

1298 Wir sprechen Tieren das Recht auf eine natürliche, artgerechte Existenz zu, unabhängig von ihrem
 1299 Nutzwert. Im Einzelnen heißt Tierschutz für Linke Kommunalpolitik:

- 1300 - keine Genehmigung von Zirkusgastspielen mit Tieren inkl. Ponykarussells auf Volksfesten
- 1301 - Stärkung von Tierschutzorganisationen in den Kommunen
- 1302 - Ausbau der Kontrollen durch die Veterinärmedizin
- 1303 - soziale Staffelung der Hundesteuer
- 1304 - kommunale Kastrationspflicht für freilaufende Katzen
- 1305 - Ausweitung der Finanzmittel für örtliche Tierheime durch Übernahme der realen Kosten
- 1306 - Erstellung eines Stadtaubenkonzeptes
- 1307 - keine Erweiterungsgenehmigungen von Mastanlagen und Schlachtfabriken
- 1308 - Reptilienbörsen verbieten
- 1309 - Zoos müssen verpflichtet werden, Tiere artgerecht unterzubringen, anderenfalls ist die
 1310 Haltung nicht zu genehmigen.
- 1311 - Delphinarien sind zu schließen.
- 1312 - Silvesterböllerei dem Tier- und Umweltschutz unterordnen

1313 **Thema: Kulturpolitik**

1314 **Kunst und Kultur für Alle**

1315 Die Zusammensetzung unserer Gesellschaft ist im Wandel begriffen und bietet uns einen breiten
1316 Zugang zur Vielfalt der Menschen und ihren Kulturen, die es zu entdecken gilt. Die Vielfalt von
1317 Kunst und Kultur, die wir persönlich und unsere Mitbürger:innen mit internationaler
1318 Familiengeschichte mitbringen, prägen unser Zusammenleben und verändern es. Diese Vielfalt ist
1319 für Die Linke im Rahmen ihrer Kommunalpolitik ein bedeutender Bestandteil. Wir nutzen hierbei,
1320 dass der Kulturauftrag des Landes NRW und seiner Kommunen nach Art.18 der Landesverfassung
1321 NRW-Verfassungsrang genießt.

1322 **Bedeutung von Kultureinrichtungen und Orte der Erinnerungskultur in Städten und Gemeinden**

1323 Öffentliche Kulturförderung wird wie viele Leistungen der allgemeinen Daseinsvorsorge in den
1324 Städten und auch in ländlichen Gemeinden zusammengestrichen, obwohl Kultur sich besonders
1325 und unmittelbar auf die Lebensqualität auswirkt. Bibliotheken, Musikschulen, Theater,
1326 Konzerthäuser, Tanzbühnen und Museen müssen mit immer knapper werdenden finanziellen
1327 Mitteln auskommen. Auch freie Träger, Spielstätten, Initiativen und weitere Akteure der freien
1328 Szene sind derzeit durch massive Kürzungen bedroht. Daran ändert auch das vom Land
1329 verabschiedete Kulturfördergesetz wenig. Daher ist es eine wichtige Aufgabe linker
1330 Kommunalpolitik, in den Stadt- und Gemeinderäten auf die Bedeutung von Kunst und Kultur für
1331 den Zusammenhalt der Gesellschaft zu verweisen und die erforderlichen finanziellen Mittel zu
1332 fordern.

1333 Kultur bestimmt die Art, wie wir leben, unseren privaten Alltag bis zum sozialen Miteinander im
1334 öffentlichen Raum, bestimmt die Gestalt unserer Städte und unsere Vorstellung von
1335 menschlichem Leben, bestimmt, was wir hören, sehen, fühlen und schmecken. Kunst bedeutet
1336 Schönheit, Wahrheit, den Erhalt und die Verwirklichung menschlichen Daseins. Kunst ist frei und
1337 darf nicht politisch instrumentalisiert werden.

1338 Kulturelle Förderung muss unabhängig von politischen Machtinteressen gewährleistet sein und
1339 darf nicht als Mittel zur Einschränkung unliebsamer Akteur:innen genutzt werden. Die
1340 Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wie etwa Sexismus, Rassismus und
1341 Antisemitismus, muss als integraler Bestandteil der Kulturförderung anerkannt bleiben.

1342 Die Aufgabe von Kulturpolitik geht aber darüber hinaus. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die
1343 Stadtplanungs- und Integrationspolitik, Bildungs- und Jugendpolitik, Sozial- und Wirtschaftspolitik
1344 gleichermaßen betrifft. Sie ist dem Erhalt der schöpferischen Leistungen, aber auch dem Erhalt
1345 des Gedächtnisses der Menschheit, den Archiven, Zentren der Erinnerungskultur und
1346 Gedenkstätten verpflichtet. Kulturpolitik muss darauf ausgerichtet sein, die Menschen von heute
1347 zu ermächtigen, ihre Leben, ihre Gewohnheiten und ihre Zukunft selbst zu gestalten. Der
1348 Förderung von Soziokultur, selbstverwalteten Bürger:innen- und Jugendzentren, der eigenen
1349 kulturellen Betätigung von Laien, von der Herstellung von Kleidung über Malen und Singen sowie
1350 Erzählen der eigenen Geschichte bis zur Theaterarbeit muss ein breiter Raum und eine große
1351 finanzielle Unterstützung gewährt werden.

1352 **Finanzierung von Kunst und Kultur im öffentlichen Raum**

1353 Die Kommunen erhalten über eine Schlüsselzuweisung Steuermittel für die kulturellen Aufgaben.
1354 Diese Zuweisungen sind zumeist unzureichend, um die vielfältigen kulturellen Aufgaben zu
1355 finanzieren. Die Mittel, die unsere Städte und Gemeinden für Kultur aufwenden, sind zudem

1356 höchst unterschiedlich. Insbesondere die Kommunen, die dem sogenannten Stärkungspaktgesetz
1357 unterliegen, können leider nur wenig Geld für Kultur ausgeben, weil die zur Verfügung stehenden
1358 Finanzmittel in den Schuldenabbau geleitet werden. So kann kreative Vielfalt nur begrenzt gelebt
1359 werden und der kulturelle Verfassungsauftrag des Landes NRW wird unterlaufen. Auch hier zeigt
1360 sich besonders die Wichtigkeit der von uns seit Jahren geforderte Altschuldenentlastung der
1361 Kommunen im Land.

1362 **Die Linke fordert:**

- 1363 - Sichere Finanzierung von Kultureinrichtungen generell.
- 1364 - Ausbau von Kulturangeboten in den Stadtteilen, auf dem Land und besonders an Orten wo
1365 der Zugang zu Theater, Konzerten und Ausstellungen nicht selbstverständlich ist.
- 1366 - Institutionelle und somit planbare Förderung von Künstler*innen und Kultureinrichtungen
- 1367 - Kommunale Förderprogramme sollten sich an der neuen Honorarmatrix des Landes NRW
1368 orientieren und sicherstellen, dass Honoraruntergrenzen eingehalten werden. Dabei darf es
1369 nicht zu einer Reduzierung kultureller Projekte und Initiativen kommen.
- 1370 - Kommunale Beratungsangebote zur Weiterentwicklung von Kulturprojekten und ihrer
1371 Finanzierung.
- 1372 - Sicherung und Erhalt öffentlicher Bibliotheken, Theater, Archive, Museen und städtischer
1373 Musikschulen
- 1374 - Bereitstellung von Ausstellungs- und Proberäumen für die freie Szene (Nutzung von
1375 Leerständen)
- 1376 - Schaffung von Ausstellungsflächen für die freien Künstler*innen
- 1377 - Sicherung der kommunalen Zuschüsse, für örtliche Kunst- und Kulturvereine
- 1378 - Förderung und Pflege der Orte der Erinnerungskultur und Unterstützung von Initiativen, die
1379 sich aktiv mit Erinnerungskultur auseinandersetzen.
- 1380 - Bereitstellung von Freiflächen für Graffiti
- 1381 - Wir regen die Lenkung von Spenden für den Kulturbetrieb in den Kommunen an und fordern
1382 sie auf entsprechende Sponsorenmodelle anzubieten und zu bewerben.

1383 **Kulturschaffende absichern**

1384 Der überwiegende Teil der Menschen, die beruflich im Kulturbetrieb tätig sind und keine
1385 Festanstellung in einem der öffentlichen Kulturbetriebe haben, arbeitet unter prekären
1386 Bedingungen. Ihre Kulturbegeisterung geht zumeist mit Selbstaussbeutung und einer breiten
1387 Palette von Nebentätigkeiten einher, um ihren Lebensunterhalt annähernd zu sichern.

1388 Achtzig Prozent der Tätigen im Kultursektor sind weiblich, wobei auch in diesem Arbeitsfeld die
1389 leitenden Positionen überwiegend von Männern besetzt sind. Menschen mit einem
1390 internationalen Familienhintergrund sind auch in den Führungspositionen der
1391 Kultureinrichtungen weit unterrepräsentiert, obwohl gerade sie besonders zur kulturellen Vielfalt
1392 und kulturellen Entwicklung beitragen könnten.

1393 **Die Linke setzt sich ein für:**

- 1394 - Die Sicherung und Tarifbindung der Arbeitsverhältnisse in Kulturbetrieben.
- 1395 - Die Festanstellung von Künstler*innen an Schulen, Musikschulen und Volkshochschulen, zumal
1396 die Rechtslage Honorarverträge nur noch sehr begrenzt zulässt.
- 1397 - Die geschlechtergerechte Besetzung von Stellen im Kultursektor und auch in diesem
1398 Arbeitsfeld fordern wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männern.

1399 **Kulturelle Teilhabe ist mehr!**

1400 Teilhaben an Kultur heißt nicht nur preiswerte Theater- oder Konzertkarten, ermäßigte Gebühren
1401 für Volkshochschulkurse oder die kostenfreie Nutzung der öffentlichen Bibliothek. Teilhabe an
1402 Kultur beinhaltet auch, selbst aktiv werden zu können, sein eigenes kreatives Potential zu
1403 entdecken und entwickeln zu können, unabhängig von Bildung und Einkommen. Der Zugang zu
1404 Kunst und Kultur ist individuell unterschiedlich. Finanzielle Hindernisse sowie soziale und
1405 bildungsmäßige Unterschiede existieren weiterhin.

1406 Kulturelle Bildung beginnt in den Kindertagesstätten, findet im Schulalltag statt und begleitet uns
1407 in der Erwachsenenbildung und erweitert unseren Blickwinkel im Besonderen mit vielfältigen
1408 Kulturangeboten. Sie bietet einen wesentlichen Beitrag zur Persönlichkeits-entwicklung.
1409 Kulturelle Angebote müssen für Menschen aller Altersgruppen zugänglich sein – unabhängig von
1410 ihrer sozialen Lage, einer Beeinträchtigung oder ihrer ethnischen Herkunft.

1411 **LINKE Kommunalpolitik fordert:**

- 1412 - freie Zugänglichkeit zu Museen und Ausstellungen als Träger öffentlichen Kulturgutes
- 1413 - freien Eintritt in öffentlichen Kultureinrichtungen wie Theater und Konzerthallen für
1414 Leistungsbezieher:innen (SGB II, SGB XII, Schüler:innen, Student:innen und Rentner:innen)
- 1415 - Ausbau der öffentlichen und freien musische Förderung von Kindern von
1416 Leistungsbezieher*innen über das Bildungs- und Teilhabepaket.

1417 **Kultur ist und bleibt ein lebendiger und politischer Bestandteil unsers Lebens!**

1418 Die Linke wird im Rahmen der öffentlichen Finanzpolitik in den Gemeinden, den Städten und im
1419 Land, neben der zentralen sozialen Frage immer auch die Förderung kultureller Vielfalt und ihre
1420 Teilhabe zum Wohle aller Menschen im Focus behalten.

1421 **Thema: Ländlicher Raum**

1422 **Für einen lebenswerten ländlichen Raum**

1423 In den Kleinstädten und Dörfern in Nordrhein-Westfalen fehlt eine gute Anbindung an das öffentliche
1424 Verkehrsnetz, Gesundheitsversorgung, Einkaufsmöglichkeiten, Schulen und Kitas, Kultur- und
1425 Sportstätten. Dezentrale Ortsteile und Dörfer werden so zu reinen Schlafstätten, die man fast nur
1426 verlässt, um zur Arbeit, zur Schule, zur Ärzt:in, zum Einkaufen, Kino, Theater oder zum Sport zu
1427 fahren.

1428 Die Linke setzt sich für gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land ein. Die
1429 öffentliche Hand muss in die Infrastruktur der Kommunen massiv und nachhaltig investieren. NRW
1430 braucht einen Masterplan für einen lebenswerten ländlichen Raum, welcher sich lokal angepasst an
1431 den Bedürfnissen der Menschen orientiert, für ausreichende Versorgung und eine gesunde Natur
1432 sorgt.

1433 Wir wollen, dass Menschen in jeder Gemeinde gut und bezahlbar wohnen können. Menschen
1434 werden ins Umland vertrieben, weil sie in den Kleinstädten keine bezahlbaren Wohnungen finden.

1435 Entsprechend ist das Recht auf Mobilität hier von besonderer Bedeutung. Auf dem Land fehlt eine
1436 gute Anbindung an den ÖPNV. Alle Dörfer und Ortsteile müssen gut getaktete Buslinien bekommen.
1437 Mit mehr Linienbussen, Bedarfs- und Bürger:innenbussen sowie On-Demand-Angeboten ergänzt
1438 durch Sammeltaxi-Angebote in der Nacht soll auf ein vollumfängliches Mobilitätsangebot
1439 hingearbeitet werden. Stillgelegte Bahnstrecken wollen wir reaktivieren und das Regionalzugsystem
1440 erweitern, um das Leben auf dem Land mit dem Arbeiten in der Stadt besser vereinbaren zu können.
1441 Wir fordern den Ausbau sicherer Radwege und Abstellplätze. Der Ausbau der Radwege scheitert oft
1442 am Landerwerb, hier sind Enteignungen zu prüfen. Mobilitätshubs sollen Bahnhöfe, Haltestellen,
1443 Carsharing und Fahrradvermietung vernetzen.

1444 Im ländlichen Raum in NRW ist die verarbeitende Industrie stark. Damit das so bleibt, treten wir für
1445 einen ökologisch-sozialen Umbau, öffentliche Beteiligung und mehr Mitbestimmung ein. Wir treten
1446 ein für die Sicherung lokaler Arbeitsplätze, die Unterstützung nachhaltiger Industrien, des Handwerks,
1447 ökologisch nachhaltiger Landwirtschaft und regionaler Wirtschaftskreisläufe.

1448 Monokultur, Gülle und Pestizide gefährden Mensch und Natur. Agrarkonzerne zerstören bäuerliche
1449 Strukturen. Es sollen kreiseigene Stellen zur Kontrolle der anfallenden Gülle geschaffen werden,
1450 damit eine Grundwasserverseuchung mit Nitrat verhindert wird. Zur Pflege und ökologisch
1451 nachhaltigen Aufforstung der strapazierten Wälder benötigen wir doppelt so viel Personal in den
1452 Forstämtern, die in der Fläche erhalten werden müssen.

1453 Für alle Menschen müssen Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf fußläufig in der Nähe zur
1454 Verfügung stehen. Der Einzelhandel muss wieder angesiedelt werden. Solidarische Dorfläden müssen
1455 gefördert werden.

1456 Ein flächendeckendes schnelles Mobilfunknetz und Internetanschluss müssen für alle Haushalte und
1457 Unternehmen zur Verfügung stehen. Der Ausbau muss vorangetrieben werden.

1458 Die gesundheitliche Versorgung in der Fläche ist mangelhaft und wird durch die aktuelle
1459 Krankenhausreform noch mehr gefährdet. Die Versorgung mit Hausärzt:innen wird immer dünner
1460 und die Wege zu Fachärzt:innen und ins Krankenhaus immer weiter. Die Menschen brauchen
1461 allerorten gute Versorgung mit Gesundheit, Pflege, Therapeut:innen, Ärzt:innen und Krankenhäusern.
1462 Dies muss durch die öffentliche Hand sichergestellt sein. Im Notfall ist der Rettungsdienst ist in NRW

- 1463 oft zu spät - besonders auf dem Land. Notärzt:innen, Feuerwehr und Polizei müssen schneller vor Ort
1464 sein.
- 1465 Wir wollen öffentliche Grundschulen, Kitas und Jugendzentren in jedem Ort erhalten oder schaffen.
1466 Es gibt kaum Gesamtschulen auf dem Land und viele Kinder bekommen keinen Platz. Die Linke
1467 fordert den Rechtsanspruch auf einen Gesamtschulplatz.
- 1468 Freizeit-, Kultur-, Sport- und gastronomische Angebote müssen erhalten, ausgebaut und gefördert
1469 werden. Die Linke tritt für die öffentliche Unterstützung von lokalen Kulturzentren, Jugendzentren,
1470 kleiner Kinos und Theater sowie Räumen für Veranstaltungen und Konzerte ein.
1471 Kommunikationszentren in allen Ortsteilen und Dörfern sind sicherzustellen.
- 1472 **Wir wollen:**
- 1473 - eine flächendeckende Versorgung mit Gesundheit, Pflege, Therapeut:innen, Ärzt:innen und
1474 Krankenhäusern
- 1475 - von den Landkreisen betriebene Gesundheitszentren mit fest angestellten Ärzt:innen
- 1476 - dass, Feuerwehr und Rettungsdienst schneller am Einsatzort sind
- 1477 - massiver Ausbau des ÖPNV auf dem Land
- 1478 - ausreichend bezahlbaren Wohnraum
- 1479 - Grundschulen und ausreichend Gesamtschulplätze vor Ort
- 1480

1481 **Thema Migrationspolitik**

1482 **Migration und Flucht: Integration sozial und menschlich angehen**

1483 Das Rheinland und Westfalen sind seit über 100 Jahren Einwanderungsregionen für arbeits- und
1484 schutzsuchende Menschen. Sie alle sind uns willkommen, und es ist unsere Pflicht, ein sicherer Hafen
1485 für diese Menschen zu sein und ihnen die Chance auf vollständige Integration zu bieten.

1486 Als Linke stehen wir für eine solidarische Integrationspolitik, die Menschenrechte achtet und
1487 Diskriminierung entgegentritt.

1488 Die Linke ist inzwischen die einzige Partei im Bundestag, die das Recht auf Asyl konsequent verteidigt.
1489 Wir bleiben dem Grundsatz treu: Kein Mensch ist illegal!

1490 Statt auf Ausgrenzung und Abschottung setzen wir auf Investitionen in Integration durch inklusive
1491 Bildung und gute Arbeitsplätze. In unseren Kommunen gibt es nicht zu viele Eingewanderte, sondern
1492 zu wenig bezahlbaren Wohnraum, zu schlecht ausgestattete Schulen und Kitas, zu wenig Ärzt:innen
1493 und Pfleger:innen. Mehrsprachigkeit von Menschen sehen wir als Chance statt als Problem. Die
1494 Rechte von Geflüchteten stellen wir nicht gegen die Rechte der schon lange hier lebenden Menschen.

1495 Wir wollen Migrant:innen-Selbsthilfeorganisationen und Integrationsräte in die politischen
1496 Entscheidungen auf kommunaler Ebene einbeziehen.

1497 **Wir fordern für eine gelungene Integration:**

- 1498 - Kommunen müssen dem Bündnis „Städte sicherer Häfen“ beitreten. Kommunen müssen
1499 Geflüchtete dezentral und menschenwürdig unterbringen. Kommunal angebundene
1500 Antidiskriminierungsstellen müssen geschaffen werden. Geflüchteten und Einwander:innen
1501 aus anderen EU-Staaten muss sofort nach ihrer Ankunft ermöglicht werden, Sprach- und
1502 Integrationskurse zu absolvieren
- 1503 - Willkommens- und Intensivklassen müssen ausgebaut werden. Ausländische Bildungs- und
1504 Berufsabschlüsse müssen schneller anerkannt werden.

1505 **Gleiche soziale und politische Rechte für alle**

1506 Mehr als zwei Millionen Menschen in NRW verfügen nicht über einen deutschen Pass. Um für
1507 langjährig hier lebende Migrant:innen gleiche Rechte und Aufenthaltssicherheit zu schaffen, bedarf es
1508 deshalb deutlicher Einbürgerungserleichterungen. Statt Sonderregelungen und Erlasse gegen
1509 Migrant:innen fordern wir die volle rechtliche Gleichstellung durch erleichterte Einbürgerung und das
1510 Wahlrecht für alle Menschen, die hier dauerhaft leben. Ergänzt werden muss eine solche Politik durch
1511 einen konsequenten Ausbau des Diskriminierungsschutzes auf allen Ebenen.

1512 **Wir wollen**

- 1513 - kommunale Unterstützung bei der Beantragung von Doppel- und
1514 Mehrfachstaatsangehörigkeiten erleichtern
- 1515 - sozialräumliche Integrationsarbeit als ein zentraler Bestandteil der Stadtentwicklung
- 1516 - Beratungsstellen zur Heranführung von Neuzugewanderten an die sozialen Regelsysteme und
1517 zur Arbeitsmarktintegration: mit herkunftssprachlichen Berater:innen
- 1518 - Bleiberechtsregelung für geduldete und illegalisierte Menschen
- 1519 - Schaffung von kommunal angebotenen Antidiskriminierungsstellen
- 1520 - Förderung der Selbstorganisationen von Migrant:innen
- 1521 - Gleichstellung der Integrationsräte mit anderen Ausschüssen
- 1522 - kommunale Finanzierung von Dolmetscher:innen für alle Behördengänge

- 1523 - Einbeziehung von Migranten:innen-Selbsthilfeorganisationen in die Entscheidungen und die
1524 Politik der Kommunen

1525 **Für menschenwürdige Unterbringung**

1526 Die Unterbringung von zugewiesenen Asylsuchenden und Geduldeten auf kommunaler Ebene liegt in
1527 der Zuständigkeit der Kommunen. Obwohl die Unterbringung in Wohnungen nicht nur
1528 menschenwürdiger, sondern fast immer auch günstiger ist als in Sammelunterkünften, sieht das
1529 Asylgesetz aktuell vor, dass Asylsuchende in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht
1530 werden sollen. Häufig bedeutet das: Leben in Mehrbettzimmern ohne Rückzugsmöglichkeiten, mit
1531 Gemeinschaftsbädern und Gemeinschaftsküchen. Das erzwungene Zusammenleben mit vielen
1532 fremden Menschen auf engstem Raum ohne Privatsphäre stellt für die Betroffenen eine hohe
1533 Belastung dar. Solche Wohnverhältnisse erschweren die gesellschaftliche Teilhabe und Integration
1534 und widersprechen auch den Empfehlungen des Sachverständigenrates der Bundesregierung. Daher
1535 tritt Die Linke für die dezentrale Unterbringung in Wohnungen ein. Wo kommunale
1536 Sammelunterkünfte existieren, müssen sie möglichst menschenwürdig gestaltet sein.

1537 **Wir wollen**

- 1538 - verbindliche Mindeststandards für die Unterbringung, um den teilweise eklatanten
1539 Missständen entgegenzuwirken und Beschwerdestellen, bei denen Verstöße gegen die
1540 Standards gemeldet werden können
- 1541 - Ersatz großer Gemeinschaftsunterkünfte durch kleinere Einrichtungen mit abgetrennten
1542 Wohneinheiten, die sich in die Wohnumgebung einfügen und nicht als Fremdkörper wirken
- 1543 - menschenrechtskonforme Gestaltung der Hausordnungen, um das Recht auf
1544 Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG) auch in Gemeinschaftsunterkünften abzusichern
- 1545 - Nutzung aller kommunalen Spielräume für die Unterbringung in Wohnungen, nicht nur bei
1546 traumatisierten und besonders schutzbedürftigen Geflüchteten
- 1547 - Abschaffung überhöhter Nutzungsgebühren, die von Bewohner*innen der
1548 Gemeinschaftsunterkünfte verlangt werden, sobald sie ein eigenes Einkommen haben
- 1549 - Erstellung von Gewaltschutzkonzepten für kommunale Gemeinschaftsunterkünfte
- 1550 - Bekämpfung von Immobilienhaien, die vor allem mit Schrottimmobilien auf die Ausbeutung
1551 von Neuzugewanderten abzielen

1552 **Integration durch Bildung**

1553 Das Erlernen der deutschen Sprache ist eine wichtige Voraussetzung für eine gleichberechtigte
1554 Teilhabe am Berufsleben, an Bildung und Kultur sowie an gesellschaftlichen und politischen
1555 Entscheidungsprozessen.

1556 **Wir wollen**

- 1557 - ein Sofortprogramm zur Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften, die Deutsch als
1558 Zweitsprache unterrichten, um dem gestiegenen aktuellen Bedarf gerecht werden zu können,
- 1559 - eine bedarfsgerechte Erstausrüstung an Schulen für alle Kinder; Willkommens- bzw.
1560 Intensivklassen sind in allen Schularten auszubauen; dies muss mit der Einstellung
1561 zusätzlicher Lehrkräfte, die Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache unterrichten, sowie von
1562 Schulsozialarbeiter:innen und psychologischen Beratungskräften einhergehen; geflüchtete
1563 Schüler:innen müssen schnellstmöglich in das Regelschulsystem integriert werden,
- 1564 - die Schulpflicht für alle Kinder und Jugendliche frühzeitig und unabhängig vom
1565 Aufenthaltsstatus, gleiches gilt für den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung; die

- 1566 bestehenden Kapazitäten sind entsprechend noch stärker auszubauen, damit die Versorgung
1567 quantitativ wie qualitativ für alle Kinder verbessert werden kann,
1568 - vermehrte Angebote zum Nachholen eines Schulabschlusses an einer berufsbildenden Schule
1569 auch für Geflüchtete, die nicht mehr der allgemeinen Schulpflicht unterliegen,
1570 - Quereinstiege in die Schul- und Bildungslaufbahn erleichtern,
1571 - allen eingewanderten und geflüchteten Menschen unmittelbar kostenlose Sprachkurse zur
1572 Verfügung stellen,
1573 - Integrationslehrer:innen fest anstellen und fair bezahlen,
1574 - Integrationskurse für Geflüchtete unabhängig vom Aufenthaltsstatus anbieten,
1575 - die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen erleichtern.

1576 **Bleiberecht**

1577 Die Linke setzt sich dafür ein, dass die Kommune alle rechtlichen Spielräume nutzt, um
1578 Abschiebungen zu verhindern. Die Kommunen sollen ein von den Ausländerbehörden unabhängiges
1579 Beratungsangebot für von Abschiebung bedrohte Einwohner:innen vorhalten. Insbesondere
1580 Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan stellen schwere Menschenrechtsverletzungen dar
1581 und müssen unbedingt unterlassen werden.

1582 **Integration durch Arbeitsplätze**

1583 Eine schnelle Eingliederung in Arbeit ist ein zentraler Faktor der gesellschaftlichen Integration. Dies
1584 gilt für alle Menschen. Geflüchtete haben durch Arbeitsverbote, Beschränkungen und
1585 Nachrangigkeitsregelungen mit besonderen Restriktionen beim Zugang zum Arbeitsmarkt zu
1586 kämpfen.

1587 **Wir wollen**

- 1588 - anonyme Bewerbungsverfahren für alle Stellen bei kommunalen Arbeitgebern,
- 1589 - Auftragsvergaben nur an Unternehmen, die ebenfalls anonyme Bewerbungsverfahren
1590 durchführen,
- 1591 - Asylsuchenden und EU-Zuwander:innen sofort nach ihrer Ankunft ermöglichen, Deutsch zu
1592 lernen und an einem Integrationskurs teilzunehmen; diesen Teilnahmeanspruch müssen auch
1593 Geduldete, unabhängig vom Duldungsgrund, erhalten,
- 1594 - das Arbeitsverbot für Asylbewerber:innen in den ersten drei Monaten abschaffen; die
1595 Vorrangprüfung bei der Beschäftigung von Asylsuchenden und Geduldeten muss abgeschafft
1596 werden,
- 1597 - Asylsuchenden und Geduldeten in Ausbildung eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte
1598 Dauer der Berufsausbildung gewähren,
- 1599 - interkulturell kompetente Fachkräfte in Bildung, Gesundheitswesen und Behörden,
- 1600 - die interkulturelle Öffnung und Kompetenzstärkung der Verwaltung.

1601 **Für eine humane Flüchtlingspolitik**

1602 Die Integration von Geflüchteten muss am Tag ihrer Ankunft beginnen.

1603 Wir stellen die Rechte von Geflüchteten nicht gegen die anderer Menschen. Statt uns gegeneinander
1604 ausspielen zu lassen, müssen wir gemeinsam dafür streiten, dass es ALLEN bessergut geht.

1605 Flucht und Verfolgung sind immer auch individuell. Deshalb wehren wir uns gegen das politische
1606 Kalkül, Geflüchtete pauschal und abhängig vom Herkunftsland in jene mit einer angeblich „guten
1607 Bleibeperspektive“ und solche mit einer angeblich „schlechten Bleibeperspektive“ einzuteilen.

1608 Mit der Begründung der „schlechten Bleibeperspektive“ wird vielen Geflüchteten zum Beispiel der
1609 Zugang zu Sprach- und Integrationskursen verweigert. Auch wird ihnen nicht erlaubt, sich selbst eine
1610 Wohnung zu suchen.

1611 Wir lehnen das Konstrukt der angeblich „sicheren Herkunftsstaaten“ ab. Es widerspricht dem als
1612 Individualrecht konzipierten Grundrecht auf Asyl. Es dient dazu, die Rechte und Widerspruchsfristen
1613 von Geflüchteten zu beschneiden, eine fundierte Einzelfallprüfung zu vermeiden und Asylanträge
1614 schneller abzulehnen, um Menschen schneller abschieben zu können.

1615 **Wir wollen**

- 1616 - eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive für alle hier lebenden Menschen ohne deutschen
- 1617 - geflüchteten Roma gleiche Rechte zugestehen wie allen Geflüchteten,
- 1618 - jegliche Abschiebep Praxis beenden,
- 1619 - verbindliche und einklagbare gute Standards für die Unterbringung und Versorgung
- 1620 - schutzsuchender Menschen in den Landesunterkünften und Kommunen einführen,
- 1621 - perspektivisch Unterbringung aller Geflüchteten in Wohnungen statt in Massenunterkünften,
- 1622 - Vorrangigkeitsprüfungen in der Kommune aussetzen,
- 1623 - die Versorgung der Betreuungsarbeit für Geflüchtete aus öffentlicher Hand betreiben und
- 1624 - finanzieren,
- 1625 - Entscheidungen der Härtefallkommission und des Petitionsausschusses müssen für die
- 1626 - Ausländerbehörden verbindlich sein,
- 1627 - die Strukturen der Geflüchteten-Arbeit ausbauen und verstetigen; dafür mehr Personal
- 1628 - sowohl in der Verwaltung als auch im Care-Bereich einstellen,
- 1629 - eine:n vom Landtag bestellte:n Geflüchtetenbeauftragte:n ernennen,
- 1630 - den Zugang zu Sozialberatung und weiteren Beratungseinrichtungen gesetzlich verankern,
- 1631 - Pauschalbetrag für die kommunale Betreuung und Beratung von Asylsuchenden,
- 1632 - vollen Zugang zur Gesundheitsversorgung für Geflüchtete ermöglichen,
- 1633 - Unterbringung in Wohnungen statt in Massenunterkünften,
- 1634 - keine Einschränkung der Freizügigkeit von Geflüchteten innerhalb von Nordrhein-Westfalen
- 1635 - Verordnung zur Wohnsitzauflage zurücknehmen,
- 1636 - Gewährung kostenloser Rechtsberatung für Asylsuchende

1637 **Kommunal Verantwortung übernehmen: Sichere Häfen jetzt!**

1638 Die Linke steht ein für solidarische Städte, die angesichts der humanitären Krise an den EU-
1639 Außengrenzen und des Sterbens im Mittelmeer ihren Teil der Verantwortung übernehmen. Seit der
1640 Gründung der internationalen Seebrücke-Bewegung im Juli 2018 haben sich bereits zahlreiche Städte
1641 und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zu „sicheren Häfen“ erklärt. Sie stellen sich damit gegen die
1642 menschenrechtswidrige Abschottungspolitik der EU, die tausende Tote fordert. Die Linke unterstützt
1643 diese kommunalen Initiativen, die angesichts der humanitären Krise von der Bundes- und
1644 Landesregierung die Möglichkeit einfordern, Nothilfe leisten zu dürfen – also aus Seenot Gerettete
1645 zusätzlich zu den Verteilquoten aufnehmen zu können. Weiter setzt sich Die Linke dafür ein, dass den
1646 Worten auch Taten folgen und dass die Kommunen ein sicheres Ankommen organisieren.

1647 **Wir wollen**

- 1648 - kommunale Beschlüsse für sichere Häfen, mit denen die Städte und Gemeinden ihre
- 1649 - Unterstützung für die zivile Seenotrettung erklären und Unterbringung von aus Seenot
- 1650 - geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote anbieten

- 1651 - Beitritt der Kommune zum Bündnis „Städte sicherer Häfen“, in dem sich die Städte und
- 1652 Gemeinden für die Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen
- 1653 Migrationspolitik einsetzen
- 1654

1655 **Thema: Mobilität**

1656 **Mobilität für alle - vernetzt, emissionsarm, barrierefrei, unentgeltlich.**

1657 Der Verkehrssektor macht rund 20 Prozent der Treibhausgas-Emissionen in Deutschland aus. Er hat
1658 bislang nichts zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes beigetragen. Statt weniger gibt es immer mehr
1659 Autos auf den Straßen. Die Kapitaleigner:innen der Autoindustrie sind eine mächtige Lobby und
1660 möchten die Verkehrswende zu einer reinen Antriebswende ummodellieren, daran richtet sich die
1661 Verkehrspolitik bisher aus.

1662 Statt Wachstum beim motorisierten Individualverkehr brauchen wir eine sozial-ökologische
1663 Mobilitätswende, die alle Menschen mitnimmt und unser Klima schützt. Die Linke will Mobilität für
1664 alle - vernetzt, emissionsarm, barrierefrei, unentgeltlich.

1665 Wir müssen den öffentlichen Raum vom Auto zurück erobern: für den Fußverkehr und mehr
1666 Aufenthaltsqualität auf Straßen und Plätzen, für den Radverkehr, für Bus und Straßenbahn. Wir
1667 setzen auf Verkehrsvermeidung, kurze Wege und klimafreundliche Verkehrsmittel.

1668 Verkehrsplanung muss dazu vom Kopf auf die Füße gestellt werden, ausgehend von den schwächsten
1669 Verkehrsteilnehmenden: von Zufußgehenden, Kindern, Menschen mit Behinderung, aufsteigend zu
1670 Radfahrenden, zu ÖPNV und Motorisiertem Individualverkehr (MIV).

1671 Bestehende Strukturen neu denken: Deutschlandweit ist die Strukturierung des ÖPNV und die damit
1672 verbundene Tarifstruktur uneinheitlich und undurchschaubar. NRW geht hier mit gutem Beispiel
1673 voran: Landesweit gibt es nur 4 Verkehrsverbünde. Dennoch bleibt viel zu tun - Allein im VRR sind
1674 über 20 Verkehrsverbünde angesiedelt, mit jeweils eigenen Strukturen, Vorständen und
1675 Herausforderungen. Starke Synergieeffekte bleiben hier liegen. Ein übergreifender, gemeinsamer Pool
1676 aus Personal und Fahrzeugen ist ein erster Schritt in die richtige Richtung; mit Kooperationen und
1677 Zusammenschlüssen können kurzfristige Engpässe gefüllt und gemeindeübergreifende Linien
1678 eingerichtet und betrieben werden.

1679 Daher fordern wir:

1680 - einen Verkehrsverbund für ganz NRW

1681 - die (schrittweise) Konsolidierung der Verkehrsbetreiber. Bis dahin mindestens eine intensivere
1682 Kooperation.

1683 **Attraktiver, für alle bezahlbarer öffentlicher Verkehr auch in der Fläche**

1684 Wir wollen, dass alle Menschen mobil sein können. Wir wollen attraktive, bequeme und bezahlbare
1685 Angebote, die die Mobilität von Menschen und Gütern erhalten und bestehende
1686 Mobilitätsungerechtigkeiten abbauen. Grundsätzlich soll niemand mehr auf ein eigenes Auto
1687 angewiesen sein. Zentral ist ein attraktiver, für alle bezahlbarer öffentlicher Verkehr auch in der
1688 Fläche sowie ergänzende Mobilitätsangebote.

1689 Wir streiten für einen massiven Ausbau des Schienennetzes, im Nahverkehr ebenso wie im Regional-
1690 und Fernverkehr, in der Stadt und auf dem Land.

1691 Für zentral halten wir die Reaktivierung von regionalen Bahnstrecken. In NRW sind 60 Strecken nach
1692 wie vor als Bahntrassen gewidmet. Bei deren Reaktivierung würden 30 Mittelzentren wieder einen
1693 Bahnanschluss bekommen. Das wäre ein Quantensprung für klimafreundlichen Verkehr.

1694 Ferner setzen wir uns für den massiven Ausbau eines taktverdichteten Busliniennetzes in den Städten
1695 und Dörfern ein. Da ein Großteil der Pendler*innen aus dem Umland der Städte kommt, wollen wir

- 1696 die Dörfer und Ortschaften in der Fläche mit Stadtbahnlinien, mehr Park/Bike&Ride-Plätzen sowie
 1697 einem verstärkten Angebot an Schnellbussen an den Knotenpunkten besser an den Nahverkehr
 1698 anbinden.
- 1699 Wo immer es möglich ist, wollen wir Stadtbahnlinien verlängern und die Städte und Dörfer in der
 1700 Fläche mit erschließen, nach dem Vorbild des „Karlsruher Modells“. Um Lücken zu schließen, müssen
 1701 auch Abruflösungen oder Bürger*innenbusse besser gefördert werden.
- 1702 Alle Menschen haben ein Recht auf Mobilität und Teilhabe, dies gehört für uns zur Daseinsfürsorge,
 1703 die öffentlich organisiert werden muss.
- 1704 Wir wollen den Nahverkehr vollständig in öffentliche Hand behalten bzw. zurückführen.
 1705 Verkehrsbetriebe sollten demokratisch verwaltet und mitbestimmt werden seitens der Beschäftigten
 1706 und ihren Gewerkschaften sowie seitens der Nutzer:innen.
- 1707 Wir fordern:
- 1708 - den Auf- und Ausbau des Schienennetzes. Dabei bevorzugen wir den oberirdischen Bau, der
 1709 aus finanziellen und ökologischen Gründen Tunnel-Lösungen vorzuziehen ist.
 - 1710 - den (Wieder-)Aufbau von elektrifizierten Straßenbahnnetzen in den Städten, die vielerorts
 1711 seit 1945 auch auf Druck der Autoindustrie durch Busse ersetzt wurden oder gänzlich
 1712 entfallen sind. In 26 Kommunen in Frankreich ist dies in den letzten 15 Jahren mit großem
 1713 Erfolg geschehen.
 - 1714 - die Reaktivierung von Schienenbus-Systemen in ländlichen Regionen
 - 1715 - Bus- und Bahnspuren sowie Ampelanlagen, die auf den ÖPNV abgestimmt sind.
 - 1716 - Taktverdichtung statt längerer Züge
 - 1717 - Mehr Fahrpersonal durch gute Arbeit, deutliche Erhöhung der Entgelte und Verbesserung der
 1718 Arbeitsbedingungen.
 - 1719 - die Ergänzung der Radwege aus alten Eisenbahnstrecken durch Straßenbahnkörper, wo
 1720 immer das möglich und sinnvoll ist.
- 1721 Personalmangel führt zu vielen Beeinträchtigungen im Bahnverkehr wie im ÖPNV. Die Linke steht
 1722 ohne Wenn und Aber solidarisch an der Seite der Beschäftigten im Nahverkehr. Wir unterstützen
 1723 vorbehaltlos ihre Gewerkschaften ihre Arbeitskämpfe und fordern zugleich angemessen bezahlte
 1724 Tariflöhne für alle Beschäftigten im Verkehrsbereich. Wir begrüßen, befördern und unterstützen die
 1725 Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der Klimaschutzbewegung.
- 1726 Wir fordern klimaneutrale Fahrzeuge, die nicht mehr mit fossilen Brennstoffen betrieben werden. In
 1727 Oberleitungs- und Batteriebusen nach dem Solinger Modell mit kleinen Akkus, die sich an den
 1728 Hauptstrecken an der Oberleitung aufladen und auf den Nebenstrecken ohne Oberleitung im
 1729 Akkubetrieb fahren, sehen wir den Antrieb der Zukunft.
- 1730 Im ländlichen Raum, in Stadtrandlagen und in Nebenzeiten, insbesondere nachts, wollen wir die
 1731 Einführung von „On-Demand-Angeboten“ als Ergänzung zum Linienverkehr. Insbesondere im Zuge der
 1732 zunehmenden Digitalisierung können so auch dünn besiedelte Regionen mit öffentlichen
 1733 Verkehrsmitteln bedient werden.
- 1734 Mobilität muss erschwinglich für alle sein. Das Deutschlandticket war ein wichtiger Schritt hin zur
 1735 Verbilligung und zur Abschaffung des Tarifschungels. Unser Ziel ist ein steuerfinanzierter, kostenloser
 1736 ÖPNV. Als Übergangsschritte dahin fordern wir:
- 1737 - ein 9-Euro-Sozialticket als Deutschlandticket, zumindest aber in den Kommunen
 - 1738 - freie Fahrt für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende

- 1739 - statt Erhöhung schrittweises Absenken des Preises für das D-Ticket und im Gebiet der
1740 Verkehrsverbünde gleiche Mitnahme-Möglichkeiten wie für Abo-Kunden.
1741 - Insbesondere unsere Schieneninfrastruktur kann außerdem von technischen und digitalen
1742 Lösungen profitieren. Wir haben in NRW immer noch störungsanfällige Stellwerke aus der
1743 Kaiserzeit. Digitale Stellwerke können helfen, die Kapazität auf der Schiene zu erhöhen.

1744 **Fußgänger:innen**

1745 Fußgänger:innen sind die Verkehrsteilnehmer:innen, welche am häufigsten bei der Verkehrsplanung
1746 vergessen werden – und zugleich die schwächsten. Dabei ist Fußverkehr die elementare, gesündeste,
1747 preiswerteste und klimafreundlichste Art der Fortbewegung. Sie ermöglicht Begegnungen, Gespräche
1748 und Verweilen im öffentlichen Raum – eine wesentliche Qualität öffentlichen Lebens.

1749 Fußverkehr ist in hohem Maße divers: Alle Altersgruppen einschließlich mobilitätseingeschränkter
1750 und blinder Menschen mit unterschiedlichem Mobilitätsverhalten bestimmen gutes Leben im
1751 öffentlichen Raum.

1752 Daher fordern wir:

- 1753 - Lebenswerte Gestaltung von Plätzen und Straßen durch Bäume, Brunnen beschattete Bänke
1754 und Spielmöglichkeiten, die zum Flanieren, Spielen oder einfach zum Aufenthalt einladen,
1755 nachdem Vorbild der Supberblocs in Barcelona
- 1756 - Stadtgestaltung fußgängerfreundlich ausgestalten, das bedeutet Wege kurz, sicher und
1757 barrierefrei planen
- 1758 - Innenstädte konsequent autofrei gestalten, Neubaugebiete autoarm planen
- 1759 - Bündelung des Kfz-Verkehrs auf einigen wenigen Straßen.
- 1760 - Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in der Kommune.
- 1761 - Gehwegbreiten von mindestens 2,50 Meter an allen Straßen.
- 1762 - Eigene Stellen für Fußverkehrsbeauftragte in den Kommunen mit den Aufgaben:
1763 - Durchführung von Fußverkehrschecks in Vierteln
- 1764 - Prüfung der Stadtentwicklungs-, Verkehrs- und Freiraumplanungen hinsichtlich der Belange
1765 des Fußverkehrs
- 1766 - Prüfung der Barrierefreiheit für alle Fußgänger*innen, insbesondere auch für Menschen mit
1767 Mobilitätseinschränkungen und Sehbehinderungen, Kinderwagen
- 1768 - Konzeption und Entwicklung einer gesamtstädtischen Fußverkehrsstrategie, von kommunalen
1769 Fußverkehrsnetzen; Evaluation, Umsetzungskontrolle und Weiterentwicklung

1770 **Radverkehr**

1771 Das Fahrrad – egal ob mit oder ohne elektrische Verstärkung – ist im Rahmen einer sozial-
1772 ökologischen Mobilitätswende eine zentrale Säule. Das Radfahren ist eine eigenständige
1773 Mobilitätsform und wichtiges Bindeglied zu den anderen Verkehrsmitteln, insbesondere zum
1774 öffentlichen Personennahverkehr. Radfahren ist gesund, emissionsarm und erzeugt kaum Lärm bei
1775 geringerem Platzbedarf an öffentlichem Raum.

1776 Eine optimale Infrastruktur macht das Radfahren attraktiver und sicherer, bringt mehr Menschen aus
1777 dem Auto aufs Rad. Unser Ziel ist es, Fahrradrouten für den Alltag zu schaffen, damit so viele Wege
1778 wie möglich problemlos per Rad erledigt werden können, nach dem Vorbild des „Kopenhagener
1779 Modells“. Durch hochentwickelte Fahrradtechnik sowie die Nutzung elektrischer Antriebe sind heute
1780 wesentlich längere Wege und höhere Lasten möglich.

1781 Daher fordern wir

- 1782 - Die Sanierung vorhandener Radwege, damit sie gut befahrbar, eindeutig gekennzeichnet und
1783 von allen Verkehrsteilnehmer:innen bei allen Sichtverhältnissen eindeutig erkennbar sind.
1784 Radwege müssen sauber, verkehrssicher, gut beleuchtet, im Winter von Schnee geräumt sein
1785 und dürfen nicht fremdgenutzt werden. An größeren Straßen ist eine bauliche Abgrenzung
1786 vom restlichen Straßenverkehr nötig.
- 1787 - Den Ausbau von Radwegenetzen, Fahrradstraßen und Radschnellwege, die miteinander über
1788 Knotenpunkte verbunden werden. Der Straßenraum dafür soll nicht von Bürgersteigen,
1789 sondern von Autospuren genommen werden.
- 1790 - Eigene Ampeln und eigene Ampelphasen, nach Beispiel der „Oberhausener Radwelle“. So
1791 genannte „Fußtritte“ erleichtern das sichere Stehen mit dem Rad an Haltepunkten wie roten
1792 Ampeln oder Stoppschildern und verbessern den Verkehrsfluss.
- 1793 - Öffentliche Verleihsysteme von Rädern, die durch die kommunalen Verkehrsbetriebe
1794 angeboten werden und eine Kombination von ÖPNV-Tarifen mit Leihradangeboten
1795 ermöglichen.
- 1796 - Mehr Fahrradparkhäuser und Radstationen an den Bahnhaltstellen, mehr
1797 Mobilitätsstationen, auch am Stadtrand, an denen Räder sowie Leihräder kostenfrei und
1798 sicher abgestellt werden können.

1799 **Autoverkehr**

1800 Die sozial-ökologische Mobilitätswende kann nur gelingen, wenn wir den motorisierten
1801 Individualverkehr stark begrenzen. Denn in Zeiten der Klimakrise gerät diese Form der Fortbewegung
1802 an ihre Grenzen, auch mit E-Autos. Die autogerechte Stadt ist ein Konzept von vorgestern.

1803 Wir fordern innerorts 30 Stundenkilometer als Regelgeschwindigkeit. Höhere Geschwindigkeiten
1804 müssen ausdrücklich angeordnet werden (beispielsweise auf großen Ein- und Ausfallstraßen einer
1805 Stadt). Eine Reduktion der erlaubten Geschwindigkeit auf 30 km/h reduziert die
1806 Unfallwahrscheinlichkeit und Unfallfolgen Lärm- und Abgasemissionen drastisch und ist ein
1807 vernünftiger Schritt hin zu mehr Sicherheit für alle am Verkehr beteiligten Personen.

1808 Viele Straßen und Brücken sind sanierungsbedürftig. Darauf sollten die Finanzmittel in diesem Sektor
1809 konzentriert werden. Den Aus- und Neubau von Straßen für den Autoverkehr lehnen wir ab. Zudem
1810 sollten alle Projekte, welche einen zusätzlichen Autoverkehr durch die Städte zur Folge haben
1811 können, mit Blick auf die sozial-ökologische Verkehrswende hinterfragt werden.

1812 Kommunale Fahrzeugflotten sollen verkleinert und von Verbrennungsmotoren auf klimafreundliche
1813 Antriebe umgerüstet werden. Pkw sollen durch Dienstfahrräder ersetzt werden, wo dies möglich ist.
1814 Kommunale Fahrzeugflotten können auch in ein Carsharing-Angebot eingebracht werden, um auch in
1815 kleineren Städten und Gemeinden ohne große Anschaffungskosten Carsharing-Angebote aufzubauen.

1816 Wir setzen uns ein für eine Reduzierung der in der Stellplatzsatzung vorgeschriebenen Stellplätze
1817 insbesondere bei sozialem Wohnungsbau und in mit dem ÖPNV gut erreichbarer Lage. Gerade
1818 Menschen mit wenig Einkommen verfügen oft über kein eigenes Auto. Hohe Stellplatzanforderungen
1819 bei Neubauprojekten verteuern diese deutlich und stellen so ein Hindernis für ausreichend
1820 bezahlbaren Wohnraum dar.

1821 **Güter- und Lieferverkehr**

1822 Güter sollen vorrangig auf der Schiene und auf den Wasserwegen transportiert werden. Dafür
1823 müssen größere Gewerbegebiete wieder mit Gleisanschlüssen ausgestattet werden, finanziert durch
1824 nach Größe gestaffelten Abgaben der ansässigen Betriebe. Neue, aufkommensstarke Gewerbegebiete
1825 dürfen nur noch mit Gleisanschluss genehmigt werden.

1826 Der Lieferverkehr in den Städten ist in den vergangenen Jahren geradezu explodiert. Vor allem durch
1827 den Aufschwung des Online-Handels, doch auch durch Lieferdienstangebote von lokalen Märkten
1828 sind Staus und verstopfte Straßen durch Liefer-Lkws zum gewohnten Bild geworden. Im Sinne einer
1829 Mobilitätswende muss dieser Lieferverkehr umgedacht werden und Alternativen zum Lkw-Chaos
1830 gefunden werden.

1831 Wir fordern die Einrichtung von Micro-Hubs als innerstädtische Zwischenlager, eine Auslieferung zum
1832 Kunden per Lastenfahrrad sowie weiteren ökologisch vertretbaren Verkehrsmitteln.

1833 Wir fordern, dass unsere Kommunen nach „bayerischem Vorbild“ alle wieder einen zentrumsnahen
1834 lärmarmen Güterbahnhof bekommen. In Bayern haben die ersten Kommunen die innerstädtischen
1835 Güterbahnhöfe der Deutschen Bahn AG abgekauft, um die ökologische wie stauvermeidende
1836 Versorgung ihrer Stadt und ihrer ortsansässigen Betriebe bis ins Zentrum weiterhin zu gewährleisten.

1837 **Finanzierungsvorschläge**

1838 Auf Bundesebene wollen wir die Finanzmittel umwidmen, weg vom Auto hin zum öffentlichen
1839 Verkehr. Der Bundesverkehrswegeplan 2030 ist überwiegend auf autozentrierte Projekte
1840 ausgerichtet. Er hat ein Gesamtvolumen von 270 Milliarden Euro, davon 132 Milliarden für das Auto.
1841 Selbst wenn man davon Sanierung und Unterhalt von Straßen abzieht, gibt es noch viel
1842 Steuermilliarden, die zugunsten öffentlicher Verkehre umgeschichtet werden können und müssen,
1843 zum Beispiel die 30 Milliarden Euro für 850 neuen Autobahnkilometer bis 2030.

1844 Auch in den jährlichen Bundeshaushalten finden sich viele direkte und indirekte Autosubventionen,
1845 die der Verkehrswende fehlen. Das Umweltbundesamt kam für das Haushaltsjahr 2018 auf laufende
1846 Steuersubventionen für den Auto- und Flugverkehr von insgesamt 30 Milliarden Euro.

1847 Auf Landesebene wollen wir die Umwidmung von Finanzmitteln weg vom Straßenneubau und der
1848 unsinnigen Subventionierung defizitärer Regionalflughäfen hin zum öffentlichen Verkehr.

1849 Den Kommunen soll die Erhebung einer Nahverkehrsabgabe von ortsansässigen Betrieben ab einer
1850 bestimmten Größe zum Ausbau des ÖPNV rechtssicher ermöglicht werden.

1851

1852 **Kommunalen Ordnungsdienst entwaffnen**

1853 Der kommunale Ordnungsdienst (KOD) ist in vielen Städten in den letzten Jahren immer weiter
1854 aufgerüstet worden. Mit immer stärkerer Bewaffnung bis hin zum Einsatz von Hunden werden sie
1855 immer bedrohlicher. Dabei gehen sie besonders oft gegen obdachlose Menschen vor und vertreiben
1856 sie beispielsweise von ihren Schlafplätzen und stellen ihnen Bußgeldbescheide aus. Ihre Uniform ist
1857 dabei meist kaum von der Polizei zu unterscheiden, sodass sich lediglich am Schriftzug erkennen lässt,
1858 um wen es sich handelt. Dies führt zu häufigen Kompetenzüberschreitungen.

1859 Zusätzlich werden an vielen Orten private Sicherheitsdienste eingesetzt, auch sie gehen übermäßig
1860 gegen arme und wohnungslose Menschen vor.

1861 Die Linke fordert:

1862 • Entwaffnung des KOD: Der KOD sollte keine Schlagstöcke und kein Pfefferspray mit sich führen.
1863 Erst recht stellen wir uns gegen Bodycams, Taser oder Hundestaffeln.

1864 • Klare Unterscheidbarkeit von der Polizei. Die Uniformen des KOD müssen auf den ersten Blick von
1865 denen der Polizei unterschieden werden können, z.B. durch die Verwendung einer anderen Farbe.

1866 • Kein Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten. Private Sicherheitsdienste haben im Schutz des
1867 öffentlichen Raums nicht verloren.

1868 **Kriminalisierung von Armut beenden**

1869 Die Ordnungsbehördliche Verfügung ist ein ordnungspolitisches Recht auf kommunaler Ebene. Es
1870 wird in vielen Kommunen genutzt, um Armut zu kriminalisieren. Dies macht sich besonders oft in
1871 zwei Abschnitten bemerkbar: Dem Verbot auf öffentlichen Flächen zu campieren oder zu
1872 übernachten und dem Verbot auf öffentlichen Bänken zu liegen, das oft Formulierungen trägt wie
1873 „Sitzmobiliar entgegen seiner Zweckbestimmung zu benutzen“. Beides richtet sich explizit gegen
1874 obdachlose Menschen, die keine andere Möglichkeit haben als auf der Straße zu übernachten. Wir
1875 fordern, dass diese Kriminalisierung endlich beendet wird!

1876 Die Linke fordert:

1877 • Streichung des Verbots von campieren und übernachten aus Ordnungsbehördlichen
1878 Verordnungen

1879 • Streichung von „Sitzmobiliar entgegen seiner Zweckbestimmung zu benutzen“ und anderen
1880 armutskriminalisierenden Abschnitten aus Ordnungsbehördlichen Verordnung.

1881 **Gegen Polizeigewalt**

1882 Polizei ist Landessache, doch wirken sich die dort getroffenen Entscheidungen direkt in den
1883 Kommunen aus. In NRW sterben besonders häufig Menschen bei Polizeieinsätzen, allein im Jahr 2024
1884 wurden sieben Menschen von der Polizei getötet. Nur in seltenen Fällen kommt es dabei zu einem
1885 Prozess, meistens bleibt es für die beteiligten Beamt*innen ohne Konsequenzen.

1886 Polizeieinsätze enden dabei besonders häufig tödlich, wenn Menschen sich in psychischen
1887 Ausnahmesituationen befinden. Wir fordern ein Notfallteam aus psychologisch geschulten Personal,
1888 dass in Fällen von psychischen Ausnahmesituation mit der Polizei zum Einsatz fährt und deeskalierend
1889 tätig ist. Der Einsatz von Taser in den größeren Städten gefährdet Menschen zusätzlich. Taser sind
1890 eine tödliche Waffe, vor denen das UN-Komitee gegen Folter warnt.

- 1891 Gerade in benachteiligten Stadtteilen geht die Polizei oft besonders brutal vor, während sie
1892 gleichzeitig Anzeigen der Bewohner*innen weniger ernst nimmt. Wir fordern, dass die Polizei sich für
1893 ihre Arbeit im Stadtteil vor kommunalen Vertreter*innen und der Öffentlichkeit verantworten muss.
- 1894 Videoüberwachung lehnen wir grundsätzlich ab. Sie schafft keine Sicherheit, sondern verlagert
1895 Kriminalität höchstens.
- 1896 Die Linke fordert:
- 1897 • Beendigung von Tasereinsätzen
 - 1898 • Pilotprojekt zur Zusammenarbeit der Polizei mit psychiatrischen Kliniken bei Menschen in
1899 psychischen Ausnahmesituationen
 - 1900 • Keine Videoüberwachung
- 1901

1902 **Thema: Planungspolitik**

1903 **Lebenswerte soziale Städte und Regionen mit gleichwertigen Lebensbedingungen**

1904 Die Entwicklung von Stadt und Land verläuft sehr unterschiedlich. Während die Großstädten der
1905 Rheinschiene, Münster und Bielefeld stark wachsen, verlieren ländliche Räume in der Peripherie
1906 massiv an Einwohner:innen. Im Raum Köln und Düsseldorf steigen die Mieten rasant, preiswerter
1907 Wohnraum wird zunehmend knapper und der Bestand an Sozialwohnungen ist aufgrund einer viele
1908 Jahre völlig verfehlten Förderpolitik des Landes drastisch gesunken. Im Raum Höxter und am
1909 Niederrhein hingegen stehen Häuser leer.

1910 Auch zwischen den Ballungszentren gibt es große Unterschiede. Die vom Niedergang der
1911 Montanindustrie und der Rationalisierung der Stahlindustrie geprägten Großstädte im Ruhrgebiet
1912 und im ebenfalls altindustriell geprägten Bergischen Land schrumpften fast 50 Jahre lang. Erst in den
1913 letzten Jahren gibt es wieder Wachstum, vor allem durch Zuwanderung, Geflüchtete und den Ausbau
1914 der Universitäten. Auch hier wird Wohnraum immer knapper, die Mieten steigen deutlich.

1915 Linke Kommunalpolitik muss diese Unterschiede berücksichtigen und differenzierte Antworten und
1916 Lösungsansätze bieten. Die Linke tritt für eine solidarische Stadtentwicklung ein, für lebenswerte und
1917 lebendige Städte und Regionen für alle. Die Ansiedlung von Unternehmen, der Wohnungsbau,
1918 Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten müssen
1919 auf die Bedürfnisse aller Einwohner:innen ausgerichtet sein und dürfen nicht den Profitinteressen von
1920 Konzernen, Banken und Investoren untergeordnet werden.

1921 Die Linke hält an dem im Grundgesetz verankerten Grundsatz der Schaffung gleichwertiger
1922 Lebensbedingungen fest. Bundes- und Landespolitik müssen sich daran messen lassen, und der
1923 Landesentwicklungsplan muss darauf ausgerichtet werden.

1924 **Soziale Verwerfungen und Klimakatastrophe erfordern neue, nachhaltige Antworten der**
1925 **Stadtplanung**

1926 Die gesellschaftliche Entwicklung und Fragen wie die Klimakatastrophe stellen die Stadtentwicklung
1927 vor neue Anforderungen. Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich hat in den letzten Jahren
1928 zugenommen. Die Armut hat sich verfestigt. In Großstädten wie Essen gibt es inzwischen Stadtteile, in
1929 denen mehr als 50 Prozent der Kinder als arm gelten, während der Bezug von Bürgergeld in anderen
1930 Stadtteilen kaum eine Rolle spielt. Die Klimakatastrophe wird die Großstädte in ihren
1931 hochversiegelten Kernbereichen teilweise unbewohnbar machen.

1932 Gleichzeitig hat sich die Zusammensetzung der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten stark
1933 verändert. 2023 hatten 3,23 Mio. Einwohner:innen in NRW einen ausländischen Pass, das ist ein
1934 Anteil von fast 18 Prozent. Insgesamt hat gut ein Drittel der Bevölkerung in NRW einen
1935 Migrationshintergrund. Gleichzeitig wird die Bevölkerung immer älter. Auch hieraus ergeben sich
1936 Aufgaben für die kommunale Planung. Die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit
1937 internationaler Familiengeschichte müssen stärker berücksichtigt werden. Barrierefreies Wohnen und
1938 eine gute Erreichbarkeit von Gesundheits- und Freizeiteinrichtungen werden immer wichtiger.

1939 Die Linke setzt sich für eine soziale Vielfalt in den Stadtteilen und Wohnbezirken ein. Stadtteile mit
1940 sozialen Problemen müssen durch ein Quartiersmanagement unterstützt werden, das ihnen hilft,
1941 soziale Netzwerke aufzubauen. Diese Quartiersarbeit muss dauerhaft gesichert werden. Die
1942 Verbesserung des Wohnumfelds darf nicht zu steigenden Mieten und zur Vertreibung von
1943 Bewohner:innen führen.

- 1944 Als Antwort auf die Erhitzung der Städte müssen mehr Freiflächen erhalten und geschaffen werden.
- 1945 Wir brauchen mehr Grün. Der Flächenverbrauch und die Versiegelung neuer Flächen müssen
- 1946 gestoppt werden. Bei der städtischen Bauleitplanung hat der Umbau im Bestand für Die Linke
- 1947 Vorrang, ebenso die Verdichtung bereits bebauter Flächen, unter Berücksichtigung des lokalen
- 1948 Freiraumbedarfs und der stadtklimatischen Anforderungen. Die nicht nur im Ruhrgebiet großen
- 1949 altindustriellen, zum Teil seit Jahrzehnten brach liegenden Flächen bieten hier auch Chancen: Ein
- 1950 großer Teil des Flächenbedarfs kann hieraus gedeckt werden, sofern Altlasten entfernt werden. Sie
- 1951 muss vom Land stärker gefördert werden, ebenso ein Grundstücksfonds, der die Kommunen beim
- 1952 Erwerb und der Transformation brachliegender Flächen unterstützt.
- 1953 Der Einzelhandel muss vor allem angesichts wachsender Probleme mit dem Individualverkehr eine
- 1954 quartiersnahe Versorgung gewährleisten. Daher lehnt Die Linke Einkaufszentren auf der „grünen
- 1955 Wiese“ ab. Das Problem der abends „toten“ Innenstädte kann nur durch eine Belebung des Wohnens
- 1956 und eines breiten Kulturangebots in den Innenstädten gelöst werden – auch wenn Kaufhäuser und
- 1957 Bürogebäude mehr Rendite versprechen. Mehr Sonntagsöffnungen helfen hier nicht. Des Weiteren
- 1958 sind stärkere Eingriffsmöglichkeiten der Städte gegen Spekulation nötig.
- 1959 Eine nachhaltige Politik für die soziale und ökologische Transformation kann dabei durchaus an
- 1960 breiter akzeptierten Vorgaben anknüpfen. Dazu gehören die „Leipziger Erklärung“, vor allem aber die
- 1961 Nachhaltigkeitsziele der UNO. Diese Ziele, die Sustainable Development Goals (SDGs) sind eine gute
- 1962 Grundlage zur Steuerung von Transformationsprozessen und umfassen soziale, integrative,
- 1963 ökonomische, ökologische und demokratische Ziele. Die Linke ist dafür, dass diese Ziele viel stärker in
- 1964 der Kommunalpolitik umgesetzt werden.
- 1965 Nicht zuletzt ist Die Linke für mehr Beteiligung der Einwohner:innen gerade auch in Fragen der
- 1966 Stadtplanung und Stadtentwicklung. Viele Großprojekte führen zu Auseinandersetzungen, viele
- 1967 Bebauungspläne werden beklagt. Ein Mittel dagegen ist eine bessere, über die Regelungen des
- 1968 Baugesetzbuches hinausgehende Beteiligung vor der Entscheidung über die Planung von Vorhaben.
- 1969 Bürger:innen-Workshops, gemeinsame offene Diskussions- und Planungsprozesse können unter dem
- 1970 Strich manchmal sogar Prozesse beschleunigen und Rechtsstreitigkeiten vermeiden. Verfahren selbst
- 1971 müssen stärker als bisher auf einen Ausgleich der Interessen ausgerichtet werden und weniger auf
- 1972 die Durchsetzung der Interessen von Investoren.
- 1973 Die Linke fordert:
- 1974 - Erweiterung der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten bei Flächennutzungsplan- und
- 1975 Bebauungsplanverfahren
- 1976 - Einschränkung des Flächenverbrauchs durch Vorrang für Bauen im Bestand und
- 1977 Innenverdichtung – Begrenzung von Baumaßnahmen im Außenbereich
- 1978 - Ausloten von Nachverdichtungsmöglichkeiten, besonders in Wachstumsregionen
- 1979 - Stärkere Unterstützung bei energetischer Sanierung
- 1980 - Vielfältige Stadtquartiere mit unterschiedlichen soziale Lebenswelten
- 1981 - Unterstützung von Programmen wie „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“
- 1982 - Ausweitung des Quartiersmanagements in benachteiligten Stadtteilen
- 1983 - Einrichtung von Gestaltungsbeiräten aus unabhängigen Expert:innen, die bei allen größeren
- 1984 Projekten und nach Bedarf beraten
- 1985 - Förderung von Mehrgenerationen-Wohnprojekten und Wohnprojekten für ältere Menschen

- 1986 - Keine Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“
- 1987 - Wiederbelebung von Innenstädten durch Kultur- und Wohnprojekte
- 1988 - Nutzung von kommunalen Flächen grundsätzlich durch Erbpacht statt Verkauf
- 1989 - Kommunalen, vom Land NRW und der EU geförderter Bodenfonds insbesondere für die
- 1990 Umwandlung von altindustriellen Flächen zu neuer Nutzung
- 1991 - Anwendung der Nachhaltigkeitsziele SDGs der UNO bei kommunalen Entscheidungen
- 1992 - Förderung des Denkmalschutzes
- 1993 - Entwicklung von Mindeststandards für Infrastruktur im ländlichen Raum
- 1994 - Leerstand bekämpfen
- 1995 - Leerstehende Gewerbeimmobilien auf die Möglichkeit zur Umwidmung in Wohnraum prüfen

1996 **Für eine demokratische und soziale Regionalentwicklung**

1997 Die wachsenden Gegensätze zwischen Stadt und Land sowie Arm und Reich führen zu einer stärkeren
 1998 Bedeutung der regionalen Entwicklung. Kommunale Aufgaben lassen sich oft innerhalb einer
 1999 einzelnen Stadt oder eines Landkreises nicht mehr bewältigen. Für die Daseinsvorsorge, etwa in der
 2000 Strom-, Gas- und Wasserbereitstellung oder Abfallentsorgung, ist oft regionale Kooperation
 2001 erforderlich.

2002 Die Linke sieht in der weiteren Regionalisierung kommunaler Aufgaben einen Weg zur Überwindung
 2003 der wachsenden Gegensätze zwischen Stadt und Land und für die Schaffung gleichwertiger
 2004 Lebensbedingungen. Die Voraussetzungen für die Entwicklung regionaler Zusammenarbeit müssen
 2005 vom Land gestärkt werden.

2006 Die aktuellen Verwaltungsstrukturen in Nordrhein-Westfalen spiegeln diese Entwicklungen bisher nur
 2007 unzureichend wider. Wichtige Änderungen gab es nur durch die Stärkung des Regionalverbandes
 2008 Ruhr (RVR) und die Bildung der Städteregion Aachen. Für beides hat sie sich stark gemacht, nicht
 2009 zuletzt auch für die Direktwahl des „Ruhrparlaments“.

2010 Die Linke stellt sich gegen eine Politik der Standortkonkurrenz und für die Stärkung der
 2011 Zusammenarbeit von Kommunen. Die politischen Strukturen und der Zuschnitt der Mittelinstanzen
 2012 müssen überprüft und der Entwicklung einer zunehmend vernetzten Region angepasst werden.

2013 **Für einen lebenswerten ländlichen Raum**

2014 In den ländlichen Regionen wird das Leben auch in NRW zunehmend schwieriger. Die Infrastruktur ist
 2015 oft mangelhaft, Kleinstädte verkommen zu schlichten Schlafstädten ohne ausreichende Infrastruktur.
 2016 Viele Dörfer leiden unter fehlendem Anschluss an das öffentliche Verkehrsnetz, wenig
 2017 Einkaufsmöglichkeiten und schlechtem Zugang zu Gesundheitsversorgung und kulturellen Angeboten.

2018 Die Linke setzt sich für eine gleichwertige, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte und
 2019 nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums ein. Eine ausreichende Versorgung vor Ort muss
 2020 gewährleistet werden, auch mit Ärzten, Freizeiteinrichtungen und Internet. Eine solche Infrastruktur
 2021 muss von den Kommunen gesichert werden. Dabei können auch von den Einwohner:innen getragene
 2022 Konzepte oder Genossenschaften helfen. Das beinhaltet den schnellen Ausbau des Internet-
 2023 Breitbandes, die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung durch die öffentliche Hand und die
 2024 Förderung von Kultur-, Sport-, Freizeit- und gastronomischen Angeboten im ländlichen Raum.

2025

2026 **Thema: Queerpolitik**

2027 Die Linke NRW setzt sich konsequent für die Rechte und die Sichtbarkeit queerer Menschen in allen
2028 Lebensbereichen ein. Queerpolitik ist ein zentraler Bestandteil unserer Vision einer sozialen und
2029 gerechten Gesellschaft. Kommunen sind entscheidend, um vor Ort für Gleichberechtigung, Schutz vor
2030 Diskriminierung und Zugang zu Ressourcen zu sorgen. Unser Ziel ist eine Kommune, in der alle
2031 Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität ein sicheres und
2032 respektiertes Leben führen können.

2033 Unsere Queerpolitik begrenzt sich dabei nicht auf bloße Fragen von Repräsentation. Wir wollen die
2034 soziale Lage queerer Menschen verbessern.

2035 Trotz Fortschritten in der rechtlichen Gleichstellung, beispielsweise durch das
2036 Selbstbestimmungsgesetz, sind queere Menschen wieder verstärkt Diskriminierung und Gewalt
2037 ausgesetzt. Befeuert durch die rechtsextreme AFD greifen auch Parteien wie CDU und FDP immer
2038 häufiger zu queerfeindlicher Rhetorik.

2039 **Wir setzen uns kommunal ein für:**

- 2040 - Kommunale queere Aktionspläne mit verbindlichen Maßnahmen, sowie finanzieller und
2041 personeller Ausstattung. Diese sollen in Zusammenarbeit mit queeren Organisationen,
2042 Beratungsstellen und der Zivilgesellschaft entwickelt werden. Ziel ist es, Maßnahmen zur
2043 Förderung der Gleichberechtigung, zum Schutz vor Diskriminierung und zur Schaffung von
2044 inklusiven Strukturen systematisch in den Kommunen zu verankern.
- 2045 - Einrichtung und finanzielle, wie personelle Absicherung kommunaler Beratungs- und
2046 Antidiskriminierungsstellen.
- 2047 - Queere Mindeststrukturen gerade im ländlichen Raum aufbauen und sichern. Queere
2048 Beratungsstellen, Aidshilfen und Jugendangebote müssen gerade dort mit dem ÖPNV
2049 erreichbar sein.
- 2050 - Förderung von Bildungsprogrammen zur Sensibilisierung. Aufklärung und Sensibilisierung
2051 sind Grundpfeiler für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft. Wir fordern Programme zur
2052 Schulung von Lehrkräften, Behörden und öffentlichen Einrichtungen, um diskriminierendes
2053 Verhalten und Vorurteile abzubauen. Queer freundliche Schulprojekte und Veranstaltungen
2054 in kommunalen Bildungseinrichtungen sollen finanziell und organisatorisch unterstützt
2055 werden.
- 2056 - Eine qualifizierte Weiterbildung von Kontaktstellen und Vertrauenslehrkräften in Schulen und
2057 Berufsschule

2058

2059 **Thema: Senior:innenpolitik**

2060 **Für lebenswerte Kommunen auch im Alter**

2061 Der demographische Wandel erfordert einen Bewusstseinswechsel im Umgang mit kommunaler
2062 Seniorenpolitik, dem Alter und seinen Potentialen. Kommunale Senior:innenpolitik braucht einen
2063 höheren Stellenwert im politischen Alltag.

2064 Kommunale Senior:innenpolitik ist dabei mehr als Daseinsvorsorge und Bezuschussung von
2065 Alteneinrichtungen. Es geht darum, den Senior:innen umfassende gesellschaftliche und kulturelle
2066 Teilhabe zu ermöglichen und Voraussetzungen zu schaffen, ihre Potentiale und Lebenserfahrungen
2067 gesellschaftlich einzubringen.

2068 Insbesondere geht es auch darum, der weit verbreiteten Einsamkeit entgegenzutreten.

2069 Senior:innenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. In allen Politikbereichen geht es dabei darum,
2070 folgende Punkte zu beachten:

- 2071 1. **Förderung von Teilhabe und Mitbestimmung:** Schaffung von Plattformen, in denen
2072 Senior:innen aktiv in die Planung und Entscheidungsprozesse kommunaler Projekte
2073 einbezogen werden. Dazu gehören regelmäßige Bürgerforen und Workshops.
- 2074 2. **Stärkung der Netzwerke:** Einrichtung von Netzwerkbüros in jeder Kommune, welche die
2075 Zusammenarbeit zwischen sozialen Einrichtungen, Selbsthilfegruppen und ehrenamtlichen
2076 Helfer:innen fördern. Diese Büros sollten als zentrale Anlaufstellen für Senior:innen dienen.
- 2077 3. **Zugang zu kulturellen und sozialen Angeboten:** Entwicklung von Programmen, die älteren
2078 Menschen den Zugang zu kulturellen und sozialen Aktivitäten erleichtern, z. B. durch
2079 kostenfreie oder vergünstigte Eintrittspreise und spezielle Veranstaltungen.
- 2080 4. **Barrierefreie Infrastruktur:** Verbesserung der baulichen Infrastruktur, um öffentliche Plätze,
2081 Verkehrsmittel und Gebäude barrierefrei zu gestalten, damit Senior:innen uneingeschränkter
2082 Zugang zu allen Lebensbereichen haben.
- 2083 5. **Gemeinschaftliche Wohnprojekte:** Förderung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten und
2084 genossenschaftlichem Wohnen, die auf die Bedürfnisse älterer Menschen ausgerichtet sind
2085 und sozialen Zusammenhalt stärken.
- 2086 6. **Stärkung der häuslichen Pflege:** Ausbau von Unterstützungsangeboten für pflegende
2087 Angehörige sowie finanzielle Hilfen für die häusliche Pflege, um die Lebensqualität von
2088 Senior:innen zu verbessern und ihre Selbstständigkeit zu fördern.
- 2089 7. **Bildungsangebote des lebenslangen Lernens:** Einrichtung von Bildungs- und
2090 Fortbildungsprogrammen, die speziell auf die Interessen und Bedürfnisse älterer Menschen
2091 zugeschnitten sind, um lebenslanges Lernen zu ermöglichen.
- 2092 8. **Ehrenamtsförderung:** Förderung von ehrenamtlichem Engagement durch Schulungen,
2093 finanzielle Anreize und Anerkennungsprogramme, um Senior:innen die Möglichkeit zu geben,
2094 sich aktiv in die Gemeinschaft einzubringen.
- 2095 9. **Intergenerationaler Austausch:** Initiativen zur Förderung des Dialogs und der
2096 Zusammenarbeit zwischen Jung und Alt, z. B. durch gemeinsame Projekte, Veranstaltungen
2097 oder Mentor:innenprogramme.

- 2098 10. **Soziale Beratung und Unterstützung:** Ausbau von Beratungsstellen, die Senior:innen in
2099 Fragen der sozialen Sicherheit, Gesundheitsversorgung und finanziellen Unterstützung
2100 umfassend beraten und begleiten.
- 2101 Diese Maßnahmen sollten auf eine inklusive, gerechte und solidarische Gesellschaft abzielen, die die
2102 Potenziale älterer Menschen anerkennt und fördert.
- 2103

2104 **Thema: Sozialpolitik**

2105 **Für ein soziales Miteinander in den Kommunen**

2106 Die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich wird immer tiefer, innerhalb der Städte sowie zwischen
2107 Stadt und Land. Während marginalisierte Stadtviertel sowie viele kleinere und mittlere Städte in
2108 strukturschwachen Gebieten von Vernachlässigung und Mangel an sozialer Infrastruktur geprägt sind,
2109 bilden sich andernorts durch Aufwertung und Verdrängung abgeschottete Wohlstandsinseln
2110 (Gentrifizierung). Strukturschwache Regionen leiden unter dem ersatzlosen Abbau ihrer
2111 Industriearbeitsplätze, enormen Kaufkraftverlusten und der Abwanderung ihrer Bewohner:innen.

2112 In den wachsenden Städten und ihrem Umland ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für viele
2113 Menschen zu einer existenziellen Frage geworden. Große Teile der Innenstädte werden privat
2114 bewirtschaftet oder befinden sich sogar komplett in Privatbesitz. Viele öffentliche Räume werden zu
2115 Konsummeilen und Sicherheitszonen, oft umrahmt von gesichtsloser Architektur. Für all jene, die
2116 nicht konsumieren wollen oder können, gibt es immer weniger Platz.

2117 Bund und Länder investieren Milliarden in Prestigeobjekte und vernachlässigen gleichzeitig die
2118 Weiterentwicklung attraktiver und lebenswerter Wohnorte. Die Schwächung der öffentlichen
2119 Finanzen, insbesondere in den Kommunen, führt zu Einsparungen bei sozialen Projekten.
2120 Investitionen in die Daseinsvorsorge fehlen.

2121 Doch mit der einseitigen Ausrichtung auf Wirtschaftsförderung, privaten Wohnungsbau und
2122 Quartiersaufwertung sind die falschen Rahmenbedingungen gesetzt worden: Die Chancen des
2123 Stadtumbaus hin zu einer ökologischen, energieeinsparenden und sozialverträglichen Wende der
2124 Stadtentwicklung unter breiter Beteiligung und Mitbestimmung der Bewohner*innen werden nur
2125 ungenügend genutzt. In einigen Projektgebieten ist die Stimmung besser, das Wohnumfeld baulich
2126 schöner geworden, die sozialen Probleme aber sind weitergewachsen.

2127 **Die Linke fordert und unterstützt:**

- 2128 - Die Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Einwohner:innen in allen politischen Fragen
- 2129 - Die Selbstorganisation durch bspw. Mieterinitiativen der Einwohner*innen
- 2130 - Die Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand; dies
2131 gilt für den Verkehr, die soziale Infrastruktur für Kinder, Familien und Senior*innen,
2132 Gesundheitsdienste, Beratungsstellen u. v. m.
- 2133 - Den Bau bezahlbarer kommunaler Wohnungen
- 2134 - Die Grundversorgung aller Einwohner*innen in Bezug auf Strom, Heizung, Gas und Wasser
2135 muss gewährleistet sein
- 2136 - Die sozialen Sicherungssysteme müssen weiter ausgeweitet werden, um Lücken der sozialen
2137 Infrastruktur zu schließen
- 2138 - Eine sozialraumorientierte Politik, welche etwa mit Quartiersmanagement, ÖPNV-
2139 Entwicklung und Vernetzung die Lebensbedingungen in Stadtteilen und Quartieren vor Ort
2140 müssen verbessert

2141 **Vor Ort in der Kommune gibt es viele Möglichkeiten, sozialer Benachteiligung entgegenzuwirken:**

- 2142 - Die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse mit guten Löhnen, von denen
2143 Menschen leben können, ohne auf aufstockende Leistungen angewiesen zu sein.
- 2144 - Der Ausbau und die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, im ersten Schritt
2145 zumindest für alle Personen unter 18 Jahren, Schüler*innen, Auszubildende sowie
2146 Rentner:innen, Bürgergeld- und Grundsicherungsbezieher:innen

- 2147 - Die Schaffung neuer Angebote schaffen der kommunalen Daseinsvorsorge, wie z. B.
- 2148 kommunale Sozialpässe für Museen, Schwimmbäder und Sozialtarife für Strom und Gas
- 2149 - Die Lehrmittelfreiheit und kostenloses Mittagessen in Tageseinrichtungen und an allen
- 2150 Schulen
- 2151 - Die regelmäßige Erstellung eines Armutsberichts in den Kreisen und kreisfreien Städten durch
- 2152 die öffentliche Hand
- 2153 - Der Erhalt und Ausbau öffentlich finanzierter sozialer Beratungsstellen, z. B.
- 2154 Erwerbslosenzentren, Schuldnerberatungen, AIDS-Hilfen, ambulante Suchthilfe und
- 2155 Schwangerschaftskonflikt-Beratungsstellen sowie Beratungsstellen für Geflüchtete Menschen
- 2156 - Die Stärkung von Bürgerzentren
- 2157 - Die weitere Förderung von Verbraucherschutzzentralen mit einer ausreichenden personellen
- 2158 Ausstattung
- 2159 - Die Ausweitung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Menschen, die von
- 2160 Wohnungs- oder Obdachlosigkeit betroffen sind
- 2161

2162 **Thema: Sportpolitik**

2163 **Sport als Grundlage für Gesundheit, Inklusion und gesellschaftlichen Zusammenhalt**

2164 Sport ist mehr als nur Bewegung – er fördert Gesundheit, stärkt den Gemeinschaftssinn und ist ein
2165 zentraler Bestandteil kultureller Teilhabe. Von der frühkindlichen Bewegungserziehung über den
2166 Schulsport und das Training während der Berufsjahre bis hin zu Angeboten für SeniorInnen: Sport
2167 schafft Begegnung und Entwicklungsmöglichkeiten über alle Lebensphasen hinweg.

2168 Fast 30 % der Menschen in Deutschland sind Mitglied in einem Sportverein, und viele treiben darüber
2169 hinaus regelmäßig Sport. Sportvereine sind in vielen Kommunen Nordrhein-Westfalens die
2170 mitgliederstärksten Gemeinschaften und erfüllen wichtige Aufgaben – von der Förderung von
2171 Toleranz und sozialem Miteinander bis zur Gewaltprävention. Dies unterstreicht den hohen
2172 gesellschaftlichen Wert des Sports.

2173 Die Linke setzt sich für eine inklusive Sportlandschaft ein, die allen Menschen zugänglich ist und
2174 barrierefreie Angebote bietet. Wir wollen Sportangebote für alle Geschlechter und Altersgruppen.
2175 Alle Menschen müssen die Chance erhalten, schwimmen als wichtige Überlebenstechnik zu erlernen.

2176 Die Linke setzt sich ein für eine gerechte Sportförderung. Denn die Förderung von Sportangeboten ist
2177 wichtig für:

- 2178 - Die Stärkung der Persönlichkeitsentwicklung und des Gemeinschaftssinns,
- 2179 - Die Förderung von Gesundheit und Prävention,
- 2180 - Den Erhalt und Ausbau des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

2181 **Unsere Forderungen für eine solidarische Sportlandschaft:**

2182 1. Stärkung des Ehrenamts: Ehrenamtliches Engagement muss gesellschaftlich anerkannt
2183 und gefördert werden, da es wesentlicher Bestandteil der Sportvereine ist.

2184 2. Förderrichtlinien gemeinsam erarbeiten: Mit den Sportvereinen und Sportbünden sollen
2185 kommunale Förderrichtlinien gestaltet werden, um bedarfsorientierte Förderung zu gewährleisten.

2186 3. Kommunale Sport- und Schwimmstätten: Öffentliche Sporteinrichtungen wie Hallen,
2187 Plätze und Schwimmbäder müssen erhalten, modernisiert und bei Bedarf erweitert oder neu gebaut
2188 werden.

2189 4. Gemeinnützige Gesundheitszentren: Kommunen sollten Gesundheitszentren fördern und
2190 finanzieren, die allen Menschen zugänglich sind und besonders auch Menschen mit körperlichen
2191 Beeinträchtigungen unterstützen.

2192 **Unsere Ziele für eine gerechte Sportförderung:**

2193 Die Linke fordert eine kommunale Sportpolitik, die:

- 2194 - den kostenlosen Eintritt in Schwimmbäder und vergünstigte Sozialtarife für
2195 Transferleistungsbeziehende sicherstellt,
- 2196 - Nutzungsgebühren für Sportvereine im Breitensport abschafft,
- 2197 - den barrierefreien Zugang zu wohnortnahen Sportstätten für alle gewährleistet,
- 2198 - die Teilhabe von Frauen, Mädchen, Inter-, Nichtbinären, Transpersonen durch spezifische
2199 Angebote wie Selbstverteidigungskurse fördert,
- 2200 - kommunale Förderung für gemeinnützige Gesundheitszentren schafft, die Menschen jeden
2201 Alters, insbesondere Berufstätige, Senior:innen, Migrantinnen und Menschen mit
2202 Behinderungen erreichen,

- 2203 - transparente Sportentwicklungs- und Investitionspläne gemeinsam mit Sportvereinen und -
- 2204 bünden aufstellt,
- 2205 - Projekte und Vereine mit hohem Anteil an Kindern, Jugendlichen, Migrant:innen und
- 2206 einkommensschwachen Menschen besonders fördert,
- 2207 - kommunale Unterstützung bei Förderanträgen an Land und Bund bereitstellt,
- 2208 - eine „Initiative Vereinssport“ auflegt, um Kindern bei Schuleintritt ein Jahr Mitgliedschaft im
- 2209 Sportverein zu finanzieren,
- 2210 - das Ehrenamt wertschätzt und als gesellschaftlich wichtige Arbeit im Rahmen öffentlicher
- 2211 Maßnahmen fördert; steuerliche Entlastungen für ehrenamtlich Tätige, wie eine
- 2212 Kilometerpauschale, werden dabei angestrebt,
- 2213 - den Erhalt und Ausbau von Anlagen für Trendsportarten wie Skaten und Parcours unterstützt,
- 2214 - die Förderung von Fanprojekten zur Gewaltprävention sicherstellt und eng mit Sportvereinen
- 2215 zusammenarbeitet.
- 2216

2217 **Thema: Wirtschafts- und Finanzpolitik**

2218 **Für eine kommunale Wirtschafts- und Finanzpolitik, die den Menschen dient**

2219 Seit Jahren ist zu beobachten, wie die neoliberale Wirtschaftspolitik auch auf kommunaler Ebene
2220 zunehmend negative Auswirkungen zeigt. Öffentliche Einrichtungen werden geschlossen, die
2221 Infrastruktur verfällt und die Städte und Gemeinden sind mit immer höheren Schulden belastet.

2222 Die Verantwortung für diese Situation liegt bei einer Politik, die den Interessen von Konzernen und
2223 Großinvestor:innen folgt, anstatt die Bedürfnisse der Menschen vor Ort in den Mittelpunkt zu stellen.
2224 Nachdem viele Kommunen jahrelang auf Privatisierung gesetzt haben, ist zwar längst erwiesen, dass
2225 die Privatisierung kommunaler Aufgaben keineswegs bessere Leistungen bringt und sich in der Regel
2226 nur auf dem Rücken der Beschäftigten „rechnet“. Trotzdem nimmt der Druck zur Privatisierung
2227 wieder zu, da die finanziellen Spielräume der Kommunen schrumpfen.

2228 Schon 2023 schätzten 348 der 396 Städte und Gemeinden in NRW ihre finanzielle Lage für 2024 sehr
2229 schlecht oder eher schlecht ein und erwarten sogar eine weitere Verschlechterung ihrer
2230 Finanzsituation in den kommenden fünf Jahren. Bereits 2023 konnten nur noch 73 Kommunen ihren
2231 Haushalt strukturell ausgleichen und 2028 werden 240 Kommunen in NRW ihre finanziellen Reserven
2232 völlig aufgebraucht haben, wenn es so weitergeht. Die seit Jahrzehnten bestehende Praxis der
2233 Unterfinanzierung der Kommunen durch das Land und nicht kompensierter Aufgabenzuweisungen
2234 des Bundes muss endlich beendet werden.

2235 Es zeichnet sich zudem ab, dass auf die Städte und Gemeinden durch massive Aufrüstung noch
2236 weitere Einschnitte der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur zukommen. In dieser
2237 Auseinandersetzung wird die Linke eine starke Gegenstimme sein, die den Zusammenhang von
2238 Aufrüstung und dem Abbau sozialer Infrastruktur benennt.

2239 Solange diese grundlegenden Reformen der kommunalen Finanzierung nicht umgesetzt sind,
2240 beteiligt sich Die Linke nicht an durch angebliche Sachzwänge diktierten Kürzungshaushalten, auch
2241 nicht, um ein Abrutschen in den Nothaushalt zu verhindern. Durch derartige Anstrengungen der
2242 Kommunen wird letztlich nur der Druck auf Land und Bund, endlich zu einer durchgreifenden Reform
2243 der Kommunalfinzen zu kommen und das Konnexitätsprinzip einzuhalten, erheblich vermindert

2244 Die Linke fordert einen grundsätzlichen Wandel in der kommunalen Wirtschafts- und Finanzpolitik.
2245 Unser Ziel ist eine Wirtschaft, die den Menschen dient, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
2246 sichert, den sozialen Zusammenhalt stärkt und ökologische Nachhaltigkeit gewährleistet. Wir setzen
2247 auf solidarische und demokratische Lösungen, die den öffentlichen Sektor stärken und zugleich eine
2248 gerechte Finanzierung ermöglichen.

2249 **Forderungen der Linken für eine gerechte und nachhaltige kommunale Wirtschafts- und**
2250 **Finanzpolitik:**

2251 1. Stärkung einer sozialen, kommunalen Wirtschaft

2252 - Die Kommunen sollen eine aktive Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung übernehmen, wobei der
2253 Fokus auf sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Mitbestimmung
2254 liegt.

2255 - Öffentliche Betriebe, die dem Gemeinwohl dienen, sollen ausgebaut werden, insbesondere in den
2256 Bereichen Energieversorgung, Wohnen und Daseinsvorsorge. Genossenschaftliche Betriebe sollen
2257 gefördert werden.

- 2258 - Die Einschränkungen der Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen in Art. 107
2259 Gemeindeordnung NRW müssen aufgehoben werden, soweit sie einen Vorrang für private
2260 Wirtschaftstätigkeit vorsehen.
- 2261 - Kommunale Unternehmen sollen nicht nur wirtschaftlich erfolgreich sein, sondern auch soziale
2262 Verantwortung übernehmen, etwa durch die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum, ökologisch
2263 nachhaltigen Produkte und gute Arbeit. Sie müssen Vorbilder faire Bezahlung, Mitbestimmung und
2264 eine integrative Arbeitskultur sein.
- 2265 2. Stärkung der kommunalen Finanzen
- 2266 - Die Linke fordert eine deutliche Erhöhung des kommunalen Anteils am Steueraufkommen des
2267 Landes NRW von derzeit 23 Prozent auf rund 28 Prozent. Dieser Anteil wurde früher in NRW
2268 tatsächlich erreicht.
- 2269 - Die Gewerbesteuer soll zu einer Gemeindegewerbesteuer weiterentwickelt werden. Dabei sollen
2270 größere Betriebe stärker besteuert werden, als kleine. Die Gewerbesteuer ist neben der Grundsteuer
2271 die einzige bundeseinheitlich geregelte, originäre Kommunalsteuer, bei der Städte und Gemeinden
2272 über ein eigenständiges Hebesatzrecht verfügen.
- 2273 - Die im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. April 2018 geforderte Reform der Grundsteuer
2274 darf nicht zu weiteren Belastungen der Mieter:innen führen. Die Regelungen in NRW, die das
2275 Grundsteueraufkommen aufkommensneutral halten sollen, führen jedoch zu einer stärkeren
2276 Belastung von Wohngrundstücken, während Geschäftsgrundstücke eher entlastet werden. Die Linke
2277 unterstützt die im Landesgesetz vorgesehene Möglichkeit, die Hebesätze zu splitten und so
2278 Wohngebäude geringer zu belasten. Falls das Landesmodell mit dem differenzierten
2279 Grundsteuerhebesatz vor Gericht für verfassungswidrig erklärt werden sollte, fordern wir einen
2280 Ausgleich der Steuerausfälle der Kommunen durch das Land.
- 2281 - Die Linke will die Umlagefähigkeit der Grundsteuer B im Rahmen der Betriebskostenverordnung
2282 aufheben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Grundsteuer B ausschließlich von den Eigentümer:innen
2283 entrichtet wird. Die Grundsteuer B ist bislang voll umlagefähig und wird den Mieter:innen bei den
2284 Mietnebenkosten in Rechnung gestellt. Viele Menschen, die mit immer weiter erhöhten Mieten zu
2285 kämpfen haben, haben zu Recht Sorge vor einem „Nebenkosten-Hammer“.
- 2286 - Die Linke unterstützt die Anwendung der Grundsteuer C, die in NRW gesetzlich neu eingeführt
2287 wurde. Dadurch können baureife, aber noch nicht bebaute Grundstücke höher besteuert werden, um
2288 im Falle des Mangels an Bauland Spekulation entgegenzuwirken.
- 2289 - Die Steuerpolitik muss gerechter werden! Wir fordern die Einführung einer Millionärssteuer, die
2290 Reform der Erbschaftsteuer sowie eine gerechte Besteuerung von Unternehmen, um die Kommunen
2291 nachhaltig zu finanzieren.
- 2292 - Das Konnexitätsprinzip muss eingehalten werden! Bundes- und Landesregierung haben den
2293 Kommunen Aufgaben übertragen, ohne für einen entsprechenden finanziellen Ausgleich zu sorgen.
2294 Das muss sich ändern. Wir fordern: Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen.
- 2295 - Die restriktiven Bedingungen der Gemeindeordnung NRW zur Haushaltsführung der Kommunen
2296 müssen gelockert werden.
- 2297 3. Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge
- 2298 - Das Land muss endlich ausreichende Mittel für Investitionen in Schulen, Kitas, Straßen, öffentlichem
2299 Nahverkehr und Wohnraum bereitstellen. Bund und Land dürfen die Kommunen nicht allein lassen.

- 2300 Dabei tritt Die Linke für eine Ausweitung allgemeiner, nicht zweckgebundener Zuweisungen an die
2301 Kommunen ein.
- 2302 - Die Förderprogramme von Land, Bund und EU müssen zumindest für Kommunen in der
2303 Haushaltssicherung zu 100 % ohne Eigenanteil abrufbar sein, leichter zugänglich gemacht und besser
2304 abgestimmt werden. Viele Fördertöpfe können nicht abgerufen werden, weil die Kommunen mit dem
2305 Eigenanteil finanziell und mit den Formalitäten personell überfordert sind.
- 2306 - Die Linke ist dafür, Privatisierungen rückgängig zu machen, insbesondere privatisierte öffentliche
2307 Einrichtungen im Bereich der Daseinsvorsorge wie Stadtwerke oder Wohnungsbaugesellschaften
2308 sollen rekommunalisiert werden, um sie wieder dem Gemeinwohl zu unterwerfen.
- 2309 - Städte und Kreise haben wichtige Funktionen im Bereich der Wirtschaftsförderung, sei es bei der
2310 Ansiedlung von Unternehmen oder der Bereitstellung von Grundstücken und Infrastruktur. Mit diesen
2311 Strukturen müssen sie sorgsam umgehen. Eine konsequente Bodenpolitik soll verhindern, dass
2312 öffentlicher Grund und Boden verkauft wird. Nutzungsrechte für Gewerbeflächen sollen grundsätzlich
2313 im Erbbaurecht vergeben werden.
- 2314 4. Abbau der kommunalen Altschulden
- 2315 - Die Linke fordert die Einrichtung eines Altschuldenfonds, durch den die nicht-investiven Schulden
2316 der Kommunen übernommen werden. Dies betrifft insbesondere Regionen, die von Strukturwandel
2317 und Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die Kommunen in NRW; die in besonderer Weise vom
2318 Strukturwandel betroffen sind, dürfen nicht allein gelassen werden!
- 2319 - Da durch die Altschuldenregelung, die die Landesregierung vor kurzem vorgelegt hat, nur die Hälfte
2320 der nicht-investiven Schulden der Kommunen in NRW übernommen würde, muss der Bund die
2321 andere Hälfte übernehmen. Falls dies nicht passiert, muss das Land „nachbessern“.
- 2322 **Für eine gerechte Zukunft in den Kommunen**
- 2323 Die von der Linken vorgeschlagene Wirtschafts- und Finanzpolitik für die Kommunen zielt darauf ab,
2324 die soziale, wirtschaftliche und ökologische Zukunft vor Ort aktiv zu gestalten. Es geht um den Aufbau
2325 einer gerechten Gesellschaft, in der die Kommunen als starke Akteure in einer solidarischen und
2326 nachhaltigen Wirtschaft wirken. Dies erfordert nicht nur Investitionen und eine gerechte
2327 Steuerpolitik, sondern auch eine konsequente Neuausrichtung hin zu einer kommunalen Wirtschaft,
2328 die den Bedürfnissen aller Menschen dient.
- 2329

2330 **Thema: Wohnen**

2331 Wir wollen eine Wohnpolitik, die allen das Recht auf Wohnen garantiert und die sich nicht am Markt
2332 orientiert, sondern an den Bedürfnissen der Menschen. Die nicht auf Profite aus ist, sondern auf das
2333 Gemeinwohl.

2334 Das Recht auf Wohnen bedeutet mehr als ein Dach über dem Kopf. Wir wollen Städte, Dörfer und
2335 Stadtteile, die lebenswert sind und wo sich jede:r das Wohnen leisten kann. Wir wollen, dass
2336 niemand Angst haben muss um seine Wohnung.

2337 **Wohnen ist ein Menschenrecht**

2338 Auch in NRW wird Wohnen immer teurer. Gerade in den großen Städten steigen die Mieten weiter
2339 und weiter, ohne dass sich Löhne und Sozialleistungen diesem anpassen. Aber auch in den
2340 umliegenden Landkreisen gibt es kaum noch bezahlbare Wohnungen oder Baugrundstücke. Es wird
2341 immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Besonders Familien müssen dadurch mit viel
2342 zu wenig Platz auskommen.

2343 Über Mieten wird Reichtum von unten nach oben verteilt wird. Ärmere Menschen müssen ihre Miete
2344 zahlen, sonst droht ihnen die Obdachlosigkeit, während Reiche leistungslos und nur durch Eigentum
2345 ihr Vermögen weiter und weiter vergrößern können.

2346 Durch die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit und die Privatisierung großer
2347 Wohnungsbestände sind bundes- und landespolitisch viele Entscheidungen getroffen worden, die
2348 sich nun negativ in den Kommunen auswirken. Ganze Viertel gehören gewinnorientierten und
2349 börsennotierten Wohnungskonzernen, welche die Mieten weiter und weiter anheben, aber anstatt
2350 die Häuser zu sanieren das Geld an ihre Aktionär:innen ausschütten. Nebenkostenabrechnungen sind
2351 oft falsch und völlig überteuert.

2352 **Die Häuser denen, die drin wohnen**

2353 Als Linke stehen wir an der Seite der Mieter:innen. Wir unterstützen Initiativen wie „Deutsche
2354 Wohnen & Co enteignen“. Nur durch die Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne und einen
2355 großen Bestand in öffentlicher Hand können wir langfristig günstige Mieten und gute
2356 Wohnbedingungen garantieren und dabei auch Mieter:innen Mitbestimmung ermöglichen.

2357 Auch wenn dies nicht in kommunaler Verantwortung liegt, können wir in den Kommunen an vielen
2358 Stellen die Situation für die Mieter:innen verbessern.

2359 Wo immer es möglich ist, sollten Kommunen befähigt werden über gezielten Ankauf und
2360 Vorkaufsrechte kritische Bestände zurückzukaufen. Über die Wohnungsaufsicht kann parallel Druck
2361 aufgebaut werden.

2362 **Mieter:innen stärken**

2363 Immer mehr Mieter:innen setzen sich gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung zur Wehr, immer
2364 mehr organisieren sich in Mieterinitiativen, um gemeinsam gegen die Wohnungsnot zu kämpfen. Wir
2365 als die Linke solidarisieren uns mit ihnen und unterstützen sie, wo wir nur können.

2366 Wir wollen einen wirksamen Mietendeckel in allen Kommunen. Der Preis für Wohnen darf sich nicht
2367 an völlig überdrehten Marktpreisen orientieren, sondern muss an die tatsächlichen Kosten angepasst
2368 sein. Bis es einen wirksamen Mietendeckel gibt, muss das Land zumindest in mehr Kommunen einen
2369 angespannten Wohnungsmarkt anerkennen, damit wenigstens die Mietpreisbremse und ein etwas
2370 besserer Schutz vor Mieterhöhungen greifen.

2371 Der Mietspiegel führt dazu, dass Mieten weiter und weiter steigen. Durch eine Anpassung an den
2372 Mietspiegel können Mieterhöhungen durchgeführt werden, die wiederum dafür sorgen, dass der
2373 Mietspiegel steigt. Eine Spirale nach oben. Trotzdem wollen wir als Linke auf kommunaler Ebene
2374 einen qualifizierten Mietspiegel, um Mieter:innen vor Willkür zu schützen. Er muss sich dafür an den
2375 Bestandsmieten orientieren und nicht an den neu abgeschlossenen Mietverträgen.

2376 **Die Linke fordert:**

- 2377 - Mietendeckel
- 2378 - Mietspiegel, die sich an den Bestandsmieten orientieren
- 2379 - Ausweitung und Unterstützung von Beratungsangeboten
- 2380 - Zahlung von Mitgliedsbeiträgen von Mietvereinen durch die Jobcenter und Sozialämter

2381 **Grundsteuer**

2382 Die Grundsteuer ist neben der Gewerbesteuer die einzige bundeseinheitlich geregelte, originäre
2383 Kommunalsteuer, bei der Städte und Gemeinden über ein eigenständiges Hebesatzrecht verfügen.
2384 Die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. April 2018 gebotene Reform der
2385 Grundsteuer muss drei Funktionen erfüllen: Erstens ist die Steuerlast sozial gerecht zu verteilen. Da
2386 unter den heutigen Umständen die Frage des ausreichenden und bezahlbaren Wohnraums eine der
2387 wichtigsten sozialen Fragen in Ballungsgebieten ist, darf eine Reform der Grundsteuer Mieterinnen
2388 und Mieter nicht zusätzlich belasten. Nichtprofitorientierte Wohnungsunternehmen sollen von der
2389 Grundsteuer befreit werden. Zweitens sind Kommunen vor Steuerausfällen zu schützen, indem die
2390 Grundsteuer verfassungsfest ausgestaltet wird. Dabei ist die Souveränität der Kommunen derart zu
2391 gewährleisten, dass sie durch ein kommunales Hebesatzrecht für eine Aufkommensneutralität der
2392 Grundsteuerreform auf Gemeindeebene sorgen können. Um einen Impuls zur Bekämpfung von
2393 Grundstücksspekulation zu setzen, müssen unbebaute aber baureife Grundstücke bei Bedarf stärker
2394 belastet werden.

2395 Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Grundsteuerreform, die ab 2025 erstmals zum Tragen
2396 kommt, belastet in NRW die Wohngrundstücke deutlich stärker als Geschäftsgrundstücke. Um diese
2397 stärkere Belastung von Wohngrundstücken zu vermeiden, hat das Land NRW per Gesetz den Städten
2398 die Möglichkeit gegeben, die Hebesätze der Grundsteuer B für Wohn- und Geschäftsgrundstücke zu
2399 differenzieren. Damit können Kommunen nun Kostenexplosionen bei den Wohngebäuden vermeiden
2400 und stattdessen die Entlastung bei den Gewerbeimmobilien reduzieren. Wir unterstützen dieses
2401 Vorgehen.

2402 Für den Fall, dass das Landesmodell mit dem differenzierten Hebesatz bei der Grundsteuer B vor
2403 Gericht für verfassungswidrig erklärt werden sollte, fordern wir, dass das Land die möglichen
2404 Steuerausfälle der Städte ausgleicht.

2405 Darüber hinaus wollen wir die Umlagefähigkeit der Grundsteuer B im Rahmen der
2406 Betriebskostenverordnung aufheben. Die Grundsteuer B ist bislang voll umlagefähig und wird den
2407 Mieter:innen bei den Mietnebenkosten damit auch voll umfänglich in Rechnung gestellt. Das trifft
2408 viele Menschen, die mit immer weiter erhöhten Mieten zu kämpfen haben und zurecht Sorge haben
2409 vor einem Nebenkosten-Hammer im Zuge der Grundsteueränderungen. Wir setzen uns dafür ein,
2410 dass die Grundsteuer B ausschließlich von den Eigentümerinnen und Eigentümern entrichtet wird.

2411 Ferner wurde mit der Grundsteuerreform die Grundsteuer C wieder eingeführt. Hierbei handelt es
2412 sich um eine Grundsteueroption der Kommunen für baureife aber noch nicht bebaute Grundstücke.

2413 Die Kommunen haben also die Möglichkeit diesen gesonderten Hebesatz zu erheben, sind allerdings
2414 nicht verpflichtet. Wir unterstützen die Einführung der Grundsteuer C, wird den Kommunen damit
2415 doch ermöglicht, im Falle des Mangels an Bauland dessen spekulativ motivierter Zurückhaltung
2416 entgegenzuwirken.

2417 **Das Recht auf Wohnen kennt keine Ausnahmen**

2418 Wohngeld ist für viele Menschen eine Erleichterung und hilft ihnen, die Miete zu bezahlen. Die Linke
2419 setzt sich dafür ein, dass die Wohnungsämter gut ausgestattet sind und alle Anträge schnell
2420 bearbeitet werden können.

2421 Die Bezieher:innen von Bürgergeld erhalten zwar die als angemessen geltende Miete bezahlt, aber
2422 bei Mietsteigerungen fallen ihre Wohnungen schnell aus der Angemessenheit heraus. Zwangsumzüge
2423 sind die Folge. Daher fordern wir flächendeckend die aktuell auf dem Wohnungsmarkt verfügbaren
2424 Angebotsmieten zum Maßstab für die Angemessenheit der Wohnkosten zu machen. Steigen dann
2425 die Mieten, steigen die Angemessenheitsgrenzen mit. Niemand darf zu einem Umzug gezwungen
2426 werden, weil die Wohnung zu teuer wird.

2427 Die Zahl der Wohnungslosen in den Städten steigt. Wir fordern, dass mit dem Konzept „Housing First“
2428 Menschen wieder in Wohnungen gebracht werden. Auch die Notübernachtungsstellen müssen
2429 verbessert werden. Aktuell sind die Zustände dort so schlimm, dass Menschen lieber auf der Straße
2430 übernachten, auch wenn dies Lebensgefahr bedeutet. Dies liegt an einer privatwirtschaftlichen
2431 Betreuung, die rein gewinnorientiert arbeitet. Wir fordern gute Notübernachtungsstellen, die
2432 kostenlos sind und für alle Wohnungslosen zugänglich, unabhängig ihrer Staatsangehörigkeit. Für
2433 Frauen, queere Menschen, Menschen mit Behinderung und Jugendliche braucht es Angebote, die
2434 ihren Bedürfnissen entsprechen. Außerdem muss dort auch die Unterbringung mit Hund möglich
2435 sein.

2436 **Die Linke fordert:**

- 2437 - Genügend Mitarbeitende für die Bearbeitung von Wohngeldanträgen
- 2438 - Einführung eines schlüssigen Konzeptes zur Ermittlung von Angemessenheitsgrenzen
2439 mit jährlicher Evaluierung in allen Kommunen des Landes
- 2440 - Housing First
- 2441 - Gute, kostenlose Notübernachtungsstellen für alle Wohnungslosen
- 2442 - Aufenthaltsmöglichkeiten tagsüber mit Heizung, sanitären Anlagen und sozialen
2443 Angeboten

2444 **Für eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik**

2445 Das Argument der fehlenden Wohnungen wird dazu benutzt, um den Verkauf von Grundstücken in
2446 guten Lagen an Investorinnen und Spekulant:innen zu legitimieren. „Aufwertungs-“ und
2447 „Leuchtturmprojekte“ fungieren als Preistreiber in den Stadtteilen und verdrängen die dort lebenden
2448 Menschen. Boden ist aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit keine Ware wie jede andere, und die
2449 Eindämmung von Bodenspekulation ist zentrale Aufgabe linker Politik. Durch die Vergabe von
2450 Grundstücken in Erbpacht kann eine Kommune dauerhaft Einfluss auf deren Gestaltung nehmen und
2451 Bodenspekulationen verhindern. Durch eine wirkungsvolle Bodenvorratspolitik können strategisch
2452 wichtige Grundstücke frühzeitig erworben werden und die Möglichkeiten der Kommunen erweitert
2453 werden. Erbpachtgrundstücke in städtischer Hand erleichtern auch den Erwerb von Wohneigentum
2454 durch junge Familien.

2455 **Die Linke fordert:**

- 2456 - Keine Leuchtturmprojekte, sondern langfristige Verbesserungen
- 2457 - Vergabe von Grundstücken in Erbpacht
- 2458 - Wirkungsvolle Bodenvorratspolitik
- 2459 - Ausweitung von Vorkaufsrechten und aktiven Ankauf von kritischen Beständen durch die
- 2460 Kommunen

2461 **Sozialen Wohnungsbau ausweiten**

2462 In vielen Städten herrscht Wohnungsnot. Daher muss im Vordergrund kommunaler Wohnungspolitik
2463 der Neubau von dauerhaft belegungs- und preisgebundenen Mietwohnungen stehen. Wir fordern,
2464 dass die Sozialbindung von Wohnungen nicht mehr auslaufen kann, sondern dauerhaft ist. Bei allen
2465 Neubauvorhaben streben wir eine Quote von mindestens 40% der Wohnflächen als öffentlich
2466 geförderter Wohnraum an.

2467 Kommunen müssen guten und bezahlbaren Wohnraum durch eigene Bautätigkeit schaffen. Sie
2468 müssen dafür sorgen, dass Wohnungsbestände saniert und barrierefrei ausgebaut sowie energetisch
2469 modernisiert werden. Diese Maßnahmen dürfen nicht zur Verdrängung von Mieter:innen führen. Auf
2470 Bundesebene muss die Modernisierungumlage abgeschafft werden. Durch die Einführung eines
2471 Baulückenkatasters können Flächen effektiv genutzt werden und willkürlicher Flächenfraß verhindert
2472 werden.

2473 Als Linke sind wir grundsätzlich gegen die weitere Ausweisung von Einfamilienhaussiedlungen, da
2474 diese im Vergleich zum Geschosswohnungsbau überproportional viel Fläche verbrauchen.
2475 Stattdessen wollen wir gute Konzepte für gemeinsames Wohnen fördern wie z.B.
2476 Mehrgenerationenhäuser.

2477 Bei der Planung von Neubaugebieten legen wir Wert auf eine soziale Infrastruktur wie Kitas, Schulen,
2478 Einkaufs- und Begegnungsmöglichkeiten und eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr.
2479 Insbesondere im städtischen Raum müssen Grünflächen und Parks, Kinderspielplätze und
2480 Jugendtreffs zwingend mitgedacht werden. Wir unterstützen die Schaffung von Quartieren, in denen
2481 Menschen ohne eigenes Auto leben wollen.

2482 Insbesondere in den ländlichen Regionen wollen wir dafür sorgen, dass Senior:innen ihre Häuser
2483 zugunsten junger Familien gegen altersgerechte, barrierefreie Wohnungen tauschen können, ohne
2484 dabei finanzielle Nachteile zu erleiden. Wir setzen uns für energetische Sanierungen im
2485 Altbaubestand ein, um Wohnraum zu erhalten und die Energiekosten bezahlbar zu halten.

2486 **Die Linke fordert:**

- 2487 - Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus und eine festgelegte Quote von mindestens
- 2488 40% der Bruttogeschossfläche in den Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen
- 2489 - Ausweitung kommunaler Bautätigkeit
- 2490 - Baulückenkataster
- 2491 - Kein Bau von Einfamiliensiedlungen
- 2492 - Tauschprogramme „alt zu jung“
- 2493 - Energetische Sanierung im Altbaubestand
- 2494 - Projekte „Wohnen ohne eigenes Auto“

2495 **Kommunale Möglichkeiten nutzen**

2496 Durch die Einführung einer Zweckentfremdungssatzung können Kommunen effektiv sowohl gegen
2497 Leerstand als auch gegen Kurzvermietungsmodelle wie AirBnBs vorgehen. Abbruch, Leerstand und
2498 Nutzungsänderung sind anzeige- und genehmigungspflichtig und können untersagt werden. Die
2499 Einführung eines Leerstandskatasters macht ihn nicht nur sichtbar, sondern vereinfacht Eingreifen bis
2500 hin zu Enteignungen.

2501 Außerdem stehen mit der Einführung einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) weitere
2502 Instrumente zur Verfügung. So sind dort auch Modernisierungen und bestimmte Bautätigkeiten
2503 genehmigungspflichtig, sodass die Verdrängung von Bewohner:innen erschwert wird.

2504 Wir brauchen eine kommunale Wohnaufsicht, die gegen Mietwucher, Zweckentfremdung und
2505 Verwahrlosung von Wohnraum vorgeht. Sie muss immer an der Seite der Bewohner:innen stehen
2506 und für sie Lösungen finden.

2507 Die Wohnungsaufsicht muss mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet sein, um auch in
2508 größerem Umfang Ersatzmaßnahmen in problematischen Beständen zwischenfinanzieren zu können.
2509 Mittelfristig können die Gelder vom Eigentümer zurückgeholt werden.

2510 **Die Linke fordert:**

- 2511 - Zweckentfremdungssatzung in allen Kommunen
- 2512 - Leerstandskataster
- 2513 - Soziale Erhaltungssatzungen insbesondere in ärmeren Quartieren
- 2514 - Stärkung der kommunalen Wohnaufsicht

2515 **Kommunale Wohnungsbaugesellschaften stärken**

2516 Wir wollen kommunale Wohnungsgesellschaften stärken. Sie sollen wirksame Instrumente für eine
2517 soziale Wohnungspolitik werden und keine Gewinne für ihre Gesellschafter ausschütten müssen. Sie
2518 müssen finanziell gestärkt werden, um ihrer Aufgabe bezahlbaren Wohnraum zu schaffen gerecht zu
2519 werden. Auch Möglichkeiten von Mitbestimmung der Mieter:innen wollen wir schaffen.

2520 **Die Linke fordert:**

- 2521 - Kommunale Wohnungsgesellschaften müssen ihre Mieterhöhungen unter dem
2522 Kostendeckungsprinzip begrenzen
- 2523 - Keine Gewinnausschüttungen, sondern Reinvestition
- 2524 - Mittel der Gesellschaft sind dauerhaft zweckgebunden, der Verkauf von Wohnungen an
2525 renditeorientierte Träger:innen ist verbindlich ausgeschlossen.
- 2526 - Die kommunalen Wohnungsgesellschaften müssen Strukturen einführen, die
2527 Mieter:innen beteiligen und mitbestimmen lassen – denkbar ist z.B. eine Drittelparität
2528 (Kommune, Beschäftigte, Mieter:innen).
- 2529 - Dort, wo Kleinstädte nicht die Kapazitäten haben, eigene Wohnungsgesellschaften
2530 aufzubauen, streben wir die Gründung von kreiseigenen Wohnungsgesellschaften an

2531 **Kommunale Wärmeplanung sozial gestalten**

2532 Im Wärmeplanungsgesetz des Bundes ist geregelt, dass in Kommunen mit mehr als 100.000
2533 Einwohner:innen bis zum Juni 2026 eine Wärmeplanung erstellt werden muss. Für

- 2534 Gemeindegebiete mit bis zu 100.000 Einwohnern ist dafür Zeit bis zum 30. Juni 2028. Die
2535 kommunale Wärmeplanung kann ein wichtiger Baustein zur Energiewende sein.
- 2536 Die Linke ist insbesondere in Großstädten und Ballungsgebieten für den Ausbau der
2537 Fernwärmeversorgung. Dabei muss ein Schwerpunkt die Nutzung industrieller, bisher oft
2538 ungenutzter Energiequellen sein. Gleichzeitig ist sie für einen Ausbau einer dezentralen
2539 Energieversorgung wie z.B. die Nutzung von Erdwärme durch Wärmepumpen für Quartiere und
2540 Stadtviertel. Hierzu müssen kommunale Angebote geschaffen werden.
- 2541 Als Linke setzen wir uns dafür ein, die Wärmeplanung sozial verträglich zu gestalten. Der
2542 Anschluss an ein Fernwärmenetz darf nicht dazu führen, dass die Kosten für die Mieter:innen
2543 explodieren. Dazu sind gesetzliche Regelungen zur Preistransparenz und -kontrolle erforderlich.
2544 Darüber hinaus ergeben sich wichtige Tätigkeitsfelder für die Stadtwerke.
- 2545 Gerade die Monopole auf dem Fernwärmemarkt haben in den letzten Jahren gezeigt, wie die
2546 Preise durch intransparente, nicht nachvollziehbare Preisklauseln explodieren können. Die
2547 Kommunen müssen die Kontrolle über die Fernwärmenetze behalten, um die Preisentwicklung
2548 kontrollieren zu können.
- 2549 Die Bezahlbarkeit muss auch in einem frühen Stadium der Planung eine Rolle spielen.
2550 Planungen dürfen sich nicht an den Interessen der Eigentümer:innen orientieren, sondern
2551 müssen die Belange der Mieter:innen in den Mittelpunkt stellen.
- 2552 Wir stellen uns gegen klimatisch sinnlose Pläne wie die Nutzung von Wasserstoff zum Heizen
2553 und gegen die Verbrennung von Holz, wodurch in hohem Maße gesundheitsschädlicher
2554 Feinstaub freigesetzt wird.
- 2555 Die Kosten der im Bund und in der EU geregelten energetischen Sanierung von Wohnhäusern
2556 dürfen auf Mieter:innen grundsätzlich nur bis zur Höhe der Einsparungen bei den Energiekosten
2557 umgelegt werden.
- 2558 Die Linke fordert:
- 2559 - Vor allem in Ballungsgebieten den Ausbau der Fernwärmeversorgung, in der Regel durch
 - 2560 - kommunale Anbieter bei Nutzung vorhandener und/oder erneuerbarer Energiequellen.
 - 2561 - Kostentransparenz und -kontrolle bei der Preisgestaltung der Fernwärme.
 - 2562 - Eine quartiersbezogene, dezentrale Energieversorgung z.B. durch Wärmepumpen für
 - 2563 - Wohnblöcke oder Stadtviertel.
 - 2564 - Eine sozialverträgliche Gestaltung der Energiewende schon bei der Wärmeplanung.
 - 2565 - Keine Nutzung von Wasserstoff und Holz zum Heizen.
 - 2566 - Fernwärmenetze müssen unter öffentlicher Kontrolle bleiben